Nr. 271. Einzelpreis 15 Pfennig

Halle (Saale), Freitag, den 20. November 1931

Volksblatt

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Bezirk Merseburg

Das „Volksblatt" erscheint mit täglichen Beilagen. Es ist Publikations-Organ der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ verschiedener Behörden. Schriftleitung: Gr. Märkerstraße 6. Fernsprech-Anschlüsse Nr. 24605, 24667, 26505. Persönliche Auskunftserteilung mittags von 13 bis 14 Uhr. — Unverlangt eingesandten Manuskripten ist stets das Rückporto beizufügen.

Bezugspreis monatlich 2,00 und 0,30 Mk. Zustellungsgebühr, insgesamt 2,30 Mk., für Abholer wöchentlich 0,50 Mk., Postbezugspreis 2,30 Mk., durch Postboten zugestellt 2,70 Mk., bei direkter Einsendung an den Verlag 2,60 Mk. — Anzeigenpreis 13 Pfg. im Anzeigen- und 80 Pfg. im Reklameteil der Millimeter, Hauptgeschäftsstelle: Gr. Märkerstraße 6. Fernruf 24605, 24667, 26505. Postscheckkonto 20319 Erfurt.

Lügen der Hakenkreuzler um die Konferenz der Innenminister

Was sagt Groener dazu?

Nazipresse will ihn auf den Kampf gegen die SPD. festlegen

Die am Dienstag in Berlin abgehaltene Konferenz der Innenminister der Länder endete mit dem Ersuchen des Reichsinnenministers, den Gang der Verhandlungen vertraulich zu behandeln. Diesem Ersuchen hat niemand der Konferenzteilnehmer widersprochen. Trotzdem hat sich der braunschweigische Nazi-Minister Klagges nicht an dieses Ersuchen gehalten. Er hat einem Reporter des Berliner Nazi-Organs eine Unterredung gewährt, die unter der tendenziösen Bankenüberschrift „Groener gegen die SPD." wiedergegeben wird und in der es der Ueberschrift entsprechend heißt, daß „das Ergebnis der Konferenz als eine glatte Niederlage der SPD. und damit auch Severings" anzusehen" ist.

*

Dieser unwahren Schlußfolgerung fügt das Nazi-Blatt wörtlich folgendes hinzu:

„In der sehr nichtssagenden amtlichen Verlautbarung über das Ergebnis der Konferenz heißt es, daß der Terror bekämpft werden müsse, „von welcher Seite er auch komme". Dieser letzte Passus ist, wie wir aus bester Quelle hören, erst in der Reichskanzlei eingefügt worden, in der offiziellen Mitteilung von Groener hat er dem Vernehmen nach nicht gestanden, da Groener, wie gesagt, ganz eindeutig gegen Links gezielt hat, — so peinlich es auch der Journaille sein mag, dies feststellen zu müssen."

Was hier behauptet wird, ist trotz der „besten Quelle", aus der das Nazi-Organ seine Informationen bezogen haben will, von Anfang bis zu Ende unwahr. Weder hat sich der Reichsinnenminister in der Konferenz „eindeutig gegen Links" gewandt, noch ist der Passus des Kommuniqués „von welcher Seite er auch komme", in der Reichskanzlei eingefügt worden. Er hat von Anfang an in dem amtlichen Kommuniqué gestanden, das vom Reichsinnenministerium im Einverständnis mit dem Reichsinnenminister verfaßt worden ist.

Es entsteht die Frage, ob der Reichsminister des Innern den tendenziösen und unwahren Bericht des Nazi-Blattes über die Ländertonferenz, der zum Teil auf Aeußerungen des braunschweigischen Naziminiters bzw. auf eine „beste Quelle", die wahrscheinlich mit Herrn Klagges identisch ist, zurückzuführen ist, unwidersprochen lassen will. Es könnte dann schließlich der Fall eintreten, daß sich auch die übrigen Teilnehmer der Konferenz an die Vertraulichkeit nicht länger gebunden fühlen und das Wort zu ihrer Rechtfertigung nehmen.

Im übrigen aber zeigt der Vorfall wieder einmal, wie Nazi-minister ihr Amt auffassen.

Die Erörterungen des Völkerbundsrats in Paris

Waffenstillstand im Osten?

Paris, 19. November. (Eigenbericht.)

Die Völkerbundsratsmitglieder mit Ausnahme des japanischen und chinesischen Delegierten hielten am Donnerstag von 11 bis 12½ Uhr wieder eine Besprechung ab. England war in dieser Sitzung durch Lord Cecil vertreten, da Sir John Simon zur Teilnahme an einer Kabinettssitzung für kurze Zeit nach London reisen mußte.

Die Beratungen bezogen sich auf die am Mittwoch abgegebenen Erklärungen von Yoshizawa und Sze. Im Anschluß daran wurde vor allem über den Abschluß eines Waffenstillstandes zwischen China und Japan und die Entsendung einer Untersuchungskommission nach der Mandschurei gesprochen. Einige Ratsmitglieder wünschten in der Sitzung Auskunft über die Stellung des Generals Dawes bei den gegenwärtigen Verhandlungen. Briand erklärte darauf, daß General Dawes im Namen seiner Regierung nur außerhalb des Rahmens des Völkerbundsrates eine Vermittlerrolle spiele, und daß er an den gemeinsamen Beratungen nur teilnehmen werde, wenn der Kellogg-Pakt angerufen werden. Am Schluß der Beratung wurde vereinbart, daß am Freitagvormittag eine neue geschlossene Sitzung abgehalten werden soll.

Die japanische Delegation hat es verstanden, nach außen hin den Eindruck zu erwecken, als ob sie bereit sei, sich mit der Entsendung einer Untersuchungskommission einverstanden zu erklären. Dieses „Zugeständnis" wird aber dadurch illusorisch, daß die Japaner sich über die Vollmachten dieser Kommission in Schweigen hüllen und ein Vorabkommen über die fünf fundamentalen Punkte der Erklärung vom 26. Oktober verlangen.

Botschafter Yoshizawa, der am Donnerstagnachmittag von Briand empfangen wurde, hat in dieser Angelegenheit eine Note überreicht. Es bleibt nun abzuwarten, welche Haltung die chinesische Delegation zu diesem Vorschlag einnehmen wird. Nach einem Schreiben zu urteilen, das der chinesische Vertreter an den Völkerbundsrat gesandt hat und dem eine Erklärung des 4. Kongresses der Kuomintang-Partei beigefügt ist, lehnt die chinesische Regierung jede Verhandlung über die fünf fundamentalen Punkte ab. Es heißt nämlich in dem Schreiben, daß es der chinesischen Regierung auf Grund der Beschlüsse des Kuomintang-Kongresses unmöglich ist, irgendeine Regelung anzunehmen, die unter dem Druck der japanischen Besetzung direkte Verhandlungen mit Japan über die fünf fundamentalen Grundsätze vorsehen würden, weil der fünfte Punkt (Achtung der bestehenden Verträge) nichts mit der Sicherheit der Japaner in China zu tun habe und weil China nicht noch einmal die 21 berüchtigten Forderungen des Vertrages von 1915 als Vorbedingung für die Einhaltung der Verpflichtungen des Völkerbuds- und Kellogg-Paktes durch die Japaner unterschreiben wolle oder könne. Wenn also der Rat auf Grund des Artikels 11 des Völkerbundspaktes zu keiner befriedigenden Lösung kommen würde, würde China nicht zögern, sofort andere Artikel des Paktes anzurufen. Das ist vor allem eine Anspielung auf Artikel 15, auf Grund dessen keine Einstimmigkeit für Beschlüsse des Rates erforderlich ist.

*

Der chinesische Gesandte Sze hatte am Donnerstagnachmittag ebenfalls eine Unterredung mit Briand.

Der BJZ.-Antrag

Jetzt endgültig formuliert und festgelegt

Paris, 19. November. (Eigenbericht.)

Der deutsche Botschafter von Hoesch hatte am Donnerstagnachmittag eine Unterredung mit Ministerpräsident Laval, in der die Verhandlungen über die Einberufung und die Vollmachten des Sachverständigenausschusses der BJZ. zum Abschluß gebracht wurden. Ueber die kleine stilistische Aenderung, die die französische Regierung am Mittwoch an dem Text des Einberufungsschreibens vorgeschlagen hatte, ist völlige Einigkeit erzielt worden. Das Schreiben, das einen Umfang von etwa 2½ Schreibmaschinenseiten hat, wird noch in dieser Woche an die BJZ. und die Gläubigerregierungen abgesandt werden.

*

Der Antrag der Reichsregierung auf Einberufung des Sonderausschusses bei der BJZ. wird im Laufe des Dienstag in Basel überreicht werden.

Der Hunger-Textilspruch

Die Arbeiterschaft in der Abwehr

Die Funktionäre und Vertrauensleute der westsächsischen Textilarbeiterschaft haben in Dresden auf einer für das gesamte Tarifgebiet einberufenen Konferenz zu dem vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärten Schiedsspruch Stellung genommen. In hellster Empörung wurde zum Ausdruck gebracht, daß der Schiedsspruch unsozial, ungerecht und in seinen Auswirkungen geradezu verheerend sei. Die öffentliche Meinung in Sachsen sei entrüstet über diesen Schiedsspruch. Als besonders befremdend wurde der Umstand hervorgehoben, daß die Begründung des Schiedsspruches ihren Hauptstützpunkt im Mehrstuhlsystem suche, in dem bereits seit Monaten ein tarifloser Zustand bestehe. Die Konferenz gab ihrem Erstaunen darüber Ausdruck, wie ein derartiger Fehler dem Ministerium bei einer so wichtigen Entscheidung unterlaufen konnte.

Einstimmig wurde beschlossen, den Schiedsspruch sofort zum zunächst zulässigen Termin aufzukündigen und somit den verantwortlichen Stellen Gelegenheit zu geben, begangenes Unrecht wieder gutzumachen.

Verhandlungen des Wirtschaftsbeirates

Lohn, Zins und Preis

Im Rahmen der Verhandlungen des Wirtschaftsbeirats sind bis Mittwoch Sachverständige aus den verschiedenen Wirtschaftszweigen gehört worden. Die von den Sachverständigen geäußerten Auffassungen gingen insbesondere in der Lohnfrage weit auseinander. Aber auch von Arbeitgeberseite mußte zugegeben werden, daß eine weitere Kaufkraftdrosselung krisenverschärfend wirken müsse, während andererseits die Aussichten, den deutschen Export mit Hilfe einer weiteren Lohnreduzierung zu steigern, angesichts der Vorgänge auf den Weltmärkten, für die u. a. die französischen Einfuhrerschwerungen und der bereits am Montag in Kraft tretende englische Dumpingabwehrzoll charakteristisch sind, gleich Null seien.

*

Am Donnerstag sind die beiden Ausschüsse, die sich mit der Zins- und mit der Lohn- und Preisfrage zu beschäftigen haben, aufs neue zusammengetreten. Der Abschluß ihrer Arbeiten steht unmittelbar bevor. Die Regierung hofft, daß die Ausschüsse Richtlinien beschließen, die dem angekündigten Wirtschaftsprogramm zugrunde gelegt werden sollen. Die Aussichten, daß es jedoch zu der erstrebten einheitlichen Formulierung kommen wird, sind äußerst gering.

Im Zinsausschuß ist man sich darüber einig, daß jeder Eingriff in die Zinsgestaltung mehr Schaden als Nutzen bringen wird. Die entsprechenden Pläne hat man wohl gänzlich fallen gelassen. Hingewiesen wird u. a. auch auf die hohen Zinssätze bei den Kreditinstituten der landwirtschaftlichen Genossenschaften. Zweifellos steckt in den Zinssätzen, die hier gefordert werden, eine hohe Risikoprämie, die aber in dem Maße steigt, wie eine auf bloße Agitation abgestellte Propaganda eine Entlastung der bankrotten Betriebe ausschließlich zum Schaden der Gläubiger fordert. Zu erwähnen ist auch das Projekt, eine Aufteilung der großen Banken, auf die das Reich im Laufe der Kreditkrise während des Sommers Einfluß genommen hat, nach einzelnen Wirtschaftsgebieten durchzuführen. In Frage kommen hier wohl die Dresdner und die Danatbank. Man behauptet, man könnte so die Kreditgewährung dieser Banken elastischer gestalten, vergißt aber, daß die Großbanken gewissermaßen Ausgleichsstellen für den Geldverkehr im ganzen Reich darstellen, worauf sie nicht verzichten können. Das ganze Projekt scheint darauf hinauszulaufen, durch eine Dezentralisation den an sich geringen Einfluß des Reiches auszuschalten. Von Seiten der Privatbanken wird gefordert, daß sich die Sparkassen usw. aus dem Kreditgeschäft zurückziehen.

Weit schärfer sind die Gegensätze im Ausschuß für Preis- und Lohnfragen. Allerdings hat die Auseinandersetzung in der Oeffentlichkeit die Situation wesentlich geklärt. Daß man Preise und Löhne nicht Zug um Zug abbauen kann, weil eine solche Aktion zu Lasten der Kaufkraft und der Reallöhne geht, hat man allmählich eingesehen. Man hat auch die Panik, die von der englischen Pfundentwertung ausging, überwunden und gesteht jetzt, daß die Dinge nach allzu sehr im Fluß sind und es verfrüht wäre, so weittragende Konsequenzen wie einen generellen Lohnabbau zu ziehen. Das hindert aber die Arbeitgebervertreter im Lohn- und Preisausschuß nicht, nach wie vor einen generellen Lohnabbau zu verlangen. Man beruft sich dabei auf eine Berechnung, wonach der Lebenshaltungsindex seit 1927 wesentlich gesunken sei, während der Index der Tariflstundenlöhne über dem Stand von 1927 liegen. Man kann aber Lebenshaltungskosten und Tariflstundenlöhne nicht vergleichen. Man vergißt auch, daß in den Jahren 1927/28 noch immer die nach der Inflation äußerst tiefliegenden Löhne den steigenden Preisen angepaßt wurden. Ein Vergleich in der Bewegung der beiden Indicis muß also zu ganz falschen Schlüssen führen.

Außerdem hat sich gerade nach 1927 infolge der Rationalisierung die Leistung des deutschen Arbeiters ungemein gesteigert. Selbst wenn die Arbeitgeber den Stand von 1927 als einen ewigen ansehen wollen, so können sie diese Tatsache wohl nicht gut leugnen. Allem Anscheln nach wollen es auch die Arbeitgeber mit der Rückführung der Löhne auf den Stand von 1927 nicht bewenden lassen. Es soll auch der Stoß gegen den Lohntarif und den Tarifgedanken geführt werden.

Mordhetzer müssen schweigen

Hieb- und Stichwaffen nicht mehr für Jugendliche

Der preußische Minister des Innern hat am Donnerstag eine Verordnung erlassen, nach der die Veräußerung von Hieb- und Stichwaffen an Personen unter 20 Jahren verboten ist. Zuwiderhandlungen werden schwer bestraft.

Eine weitere Verordnung, die ebenfalls der Bekämpfung der Mordhetze dienen soll, wird von dem preußischen Innenminister in den nächsten Tagen erlassen werden. Danach ist für Redner, die sich bisher besonders als Mordhetzer hervorgetan haben, ein generelles Redeverbot für ganz Preußen zu erwarten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219311120-14/fragment/page=0001

Die Industriellen in Tuchfühlung mit der NSDAP.!

Lohnabbau/Subventionen

Von unserem rheinisch-westfälischen Mitarbeiter

Essen, 19. November. (Eigenbericht).

Um Mitte November ist den Bergarbeitern auf allen Schachtanlagen mit 14tägiger Frist gekündigt worden. Den kranksteiernden Bergleuten hat man sogar die Kündigung durch die Post zugeschickt. Das soll eine „vorsorgliche" Maßnahme sein für den Fall, daß der Tarifvertrag bis Ende dieses Monats nicht zustande kommt. Man will freie Hand haben, um die Löhne und Gedinge willkürlich festzusetzen.

Mögen diese Dinge sich entwickeln wie sie wollen; nur glauben darf man nicht, daß sich die Arbeiterschaft die Willkürherrschaft der Grubenverwaltungen gefallen lassen wird. Ein Aufruf der am Tarifvertrag beteiligten Gewerkschaften wenige Tage vor dem 1. Dezember, dem kritischen Tag, wird genügen, um auf sämtlichen Schachtanlagen im Ruhrbezirk das Zustandekommen neuer verschlechterter Arbeitsverträge zu verhindern.

Das ist den Arbeitgebern bekannt. Der letzte Grund für die Kündigung des Lohntarifs liegt deshalb auf anderem, auf politischem Gebiet. Man weiß, daß prominente Industrielle im Ruhrbergbau seit einiger Zeit recht enge Tuchfühlung mit der Nationalsozialistischen Partei genommen haben.

In Essen redete der Nationalsozialist Dr. Feder über das, was man Wirtschaftsprogramm der Nationalsozialistischen Partei nennt und im Industrieklub, wo der Mensch erst beim Generaldirektor anfängt und in dem Stahlkönige und Zechenbarone verkehren, hält man Vorträge über die Nationalsozialistische Partei. Arrangeur ist Dr. Brandi, Bergwerksdirektor und Vorsitzender des Zechenverbandes.

In den Köpfen dieser Leute malt sich die Welt recht eigentümlich. Die Einführung des sogenannten Krümpersystems im Bergbau wird abgelehnt. Nach dem Ausspruch eines Arbeitgebervertreters darf man in der jetzigen Zeit durch Neueinstellung von erwerbslosen Bergleuten nicht den Anschein erwecken, als wenn es besser ginge. Man kann anscheinend keine Entsparnung auf dem Arbeitsmarkt gebrauchen. Das könnte bestimmte Pläne durchkreuzen.

Auf dieser Linie liegt auch die Kündigung des Lohntarifs, die unmittelbar erfolgt ist, nachdem man erst zum Abschluß eines Lohntarifs gekommen war. Ab Oktober 1931 sind die Löhne der Bergarbeiter in allen deutschen Steinkohlenrevieren um 7 Proz. gekürzt worden. Das macht, auf die Lohnsumme des zweiten Vierteljahres 1931 berechnet, monatlich für Niedersachsen rund 59 000 Mk., für Niederschlesien rund 193 000 Mk., für den Steinkohlenbergbau des sächsischen Freistaates etwa 200 000 Mk., für Oberschlesien 384 000 Mark und für das Aachener Revier über 304 000 Mk. aus, für den Ruhrbergbau aber die runde Summe von 3 Millionen Mark. Die Lohnkürzung von 7 Proz. bedeutet für den gesamten Steinkohlenbergbau eine jährliche Einsparung in Höhe von 50 Millionen Mark.

Am 1. Januar 1931 ist aber bereits eine Lohnreduzierung von 6 Proz. eingetreten. Die Gesamteinsparung dürfte sich damit auf 100 Millionen Mark berechnen. Was das für die Kaufkraft von 350 000 Bergarbeitern bedeutet, braucht wohl nicht besonders erwähnt zu werden. Dabei steigt die Leistung pro Mann und Schicht.

Setzt man den Förderanteil der bergmännischen Belegschaft im Jahre 1913 = 100, so ist er bis zum August 1931 im Ruhrrevier auf 160 gestiegen, im Aachener Revier auf 130, in Oberschlesien auf 140 und in Niederschlesien auf 136. Diese Steigerung bedeutet aber, daß der Lohnanteil je Mann und Tonne Kohle fortwährend sinkt. Der Lohnanteil liegt gegenwärtig unter Friedensstand. Der Lohnanteil machte im Ruhrbergbau im Jahre 1913 beispielsweise 3,94 Mark aus. Bis August 1931 war er auf 5,56 Mark gefallen Berücksichtigt man die am 1. Oktober in Kraft getretene Lohnkürzung von 7 Proz., so sinkt der Lohnanteil auf 5,20 Mark. Dabei bleiben die weiteren Leistungssteigerungen, die sich ohne Zweifel auch nach dem Monat August vollzogen haben, unberücksichtigt. Nehmlich dürfte es wohl auch in anderen Revieren liegen. Der Lohnanteil hat sich im Laufe der letzten Monate fortwährend verringert. Die Entwicklung beweist, daß man den hohen Selbstkosten im Bergbau von der Lohnseite her nicht beikommen kann.

Die Löhne haben sich als ein äußerst elastischer Teil in den Selbstkosten erwiesen und sind nach unten gegangen, bereits auf einen Stand gesunken, der nicht mehr unterschritten werden kann. Demgegenüber sind die anderen Selbstkosten, von der Kapitalseite her, zu unelastisch, viel zu hoch. Gegen diese Auswirkungen versagt jede Entlastung.

Auf Grund der Notverordnung von Ende September 1931 haben die Arbeitgeber sämtlicher Steinkohlenreviere einen Beitragserlaß in Höhe von 3,25 Proz. für die Erwerbslosenversicherung bekommen. Das macht für das Ruhrrevier etwa 1,298 Millionen Mark aus, für Aachen, immer pro Monat, fast 132 000 Mark für Oberschlesien über 165 000 Mark, für Niederschlesien 83 000 Mark und für Niedersachsen immerhin 23 500 Mark. Berücksichtigt man das bei den Lohnkürzungen, so ergibt sich, daß der Steinkohlenbergbau im ganzen Reich seit dem 1. Oktober 1931 um 6 Millionen Mark entlastet worden ist. Eine Preissenkung für Kohle ist aber nicht vorgenommen worden. Der ganze Betrag verbleibt den Werken. Es handelt sich um eine regelrechte Subvention. Aber man hat nicht genug. Man hat den Lohntarif abermals gekündigt. Man will den Gegensatz, man will den Kampf im Revier!

Hilfe dringend nötig!

Sozialdemokratische Forderung im Haushaltsausschuß

Der Haushaltsausschuß, der wichtigste Ausschuß des Reichstags, trat Donnerstag nach längerer Pause zusammen. Die Deutschnationalen haben sich wegen unerwiderter Liebe von den Nazis etwas getrennt, sie sind aus der „Einheitsfront" der faulenzenden Reichstagsabgeordneten ausgebrochen und wollen sich an der parlamentarischen Arbeit wieder beteiligen. Als ihr Vertreter ist Abg. Laverenz erschienen.

Als erster Redner eröffnet Abg. Keil (Soz.) die Debatte zur Tagesordnung. Er begründet folgenden dringlichen Antrag der Sozialdemokratie:

Der Reichstag hat am 16. Oktober mit großer Mehrheit beschlossen, die Reichsregierung zu ersuchen, zum Schutze der notleidenden Bevölkerung gegen Hunger und Kälte eine zusätzliche Winterhilfe mit Kartoffeln und Kohlen durchzuführen. Mehrfach ist von der Reichsregierung erklärt worden, trotz der großen Erwerbslosigkeit brauche in diesem Winter bei den großen Vorräten an Kartoffeln und Kohlen niemand zu hungern oder zu frieren. Bis jetzt ist jedoch nichts geschehen, um den Beschluß des Reichstages auf zusätzliche Winterhilfe auszuführen.

Der Haushaltsausschuß ersucht deshalb seinen Vorsitzenden, nach Rücksprache mit der Reichsregierung die Frage der Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung durch eine zusätzliche Winterhilfe anfangs der nächsten Woche auf die Tagesordnung zu setzen."

Keil fragt, bis wann die Reichsregierung zu dieser Frage bindende Erklärungen abgeben könne. Es gäbe überdies auch noch andere dringliche Debattegegenstände. Wir wünschen eine Zusammenstellung über die bisher gegenüber Banken usw. geleisteten Hilfsmaßnahmen, weiter Auskünfte, was praktisch bisher zur Bankenkontrolle überhaupt geschehen sei.

Der Vertreter des Zentrums, Abg. Ersing, empfindet den sozialdemokratischen Antrag zur Tagesordnung als unangenehm. Cremer (D. Vp.) möchte in absehbarer Zeit eine allgemeine finanzpolitische Debatte mit Einschluß der sozialdemokratischen Anfrage, und bis dahin Vertagung dieser Frage.

Der sozialdemokratische Antrag wurde mit den sozialdemokratischen und kommunistischen Stimmen angenommen, der volksparteiliche Antrag über eine baldige allgemeine finanzpolitische Aussprache ebenfalls.

Danach begann Abg. Stücklen (Soz.) als Vorsitzender des Ständigen Unterausschusses seinen detaillierten Bericht über die Personalverhältnisse im Auswärtigen Amt. Der Personalbestand betrug 1913 587 Köpfe. 1923 1330 Köpfe, 1929 725 Köpfe und 1930 700 Köpfe. Weiter berichtet Abg. Stücklen über eine Denkschrift des Sparkommissars über die innere Organisation des Auswärtigen Amtes.

Lohntarif-Kampf im Buchdruckgewerbe

Die Parteiverhandlungen im Buchdruckgewerbe zwecks Abschlusses eines neuen Lohnabkommens sind gescheitert. Der Unternehmerverband verlangt eine Kürzung des tariflichen Spitzenlohns der Buchdrucker von 55 auf 46 M. oder um 16,36 Proz. Er will also einen Abbau auf den Stand des Jahres 1925. Der Buchdruckerverband fordert eine Verlängerung der Geltung des Lohntarifs bis Ende September 1932.

Die Schlichterkammer entschied, die Verhandlungen bis zum 28. November auszusetzen, um Klarheit darüber zu schaffen, ob für das Vervielfältigungsgewerbe, in das auch das Buchdruckgewerbe eingeschlossen ist, eine Arbeitszeitverkürzung erfolgen soll.

Hitlers Freunde

In Südtirol wurden in der Allerseelenwoche die Schulkinder von den Lehrern auf die Friedhöfe geführt, damit sie dort auf italienische beten sollten. In Kaltern in Südtirol hielt dazu der Amtsbürgermeister, ein Oberst Lanzoni, eine Ansprache, in der er die tiefe Religiosität der Italiener rühmte und dabei verächtlich über die „österreichischen Schweine" sprach. Das „österreichische Schwein", Hitler, wird auch vor dieser neuesten Aeußerung seiner Freunde auf dem Bauche kriechen.

Das Stuttgarter Polizeipräsidium greift ein

Gegen Reichsbanneraufklärung

Stuttgart, 19. November. (Eigenbericht.)

Das Stuttgarter Polizeipräsidium wendet, wie leider schon häufig festgestellt werden mußte, bei der Bekämpfung politischer Ausschreitungen sehr eigenartige Methoden an.

In ganz Deutschland ist die Verbreitung einer Sondernummer der Bundeszeitung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold mit Berichten von Augenzeugen über die nationalsozialistischen Terrorakte in Braunschweig unbeanstandet vor sich gegangen. Ebenso unbeanstandet blieb überall ein vierseitiges Flugblatt der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, in dem die Darstellung der Reichsbannerzeitung übernommen worden war. Dieses Flugblatt wollte jetzt auch die Stuttgarter Organisation der Sozialdemokratie zur Verbreitung bringen. Sie reichte vorschriftsmäßig ein Exemplar beim Polizeipräsidium ein, um die vorgeschriebene Genehmigung für die Verteilung zu erlangen. Das Ergebnis war, daß das Stuttgarter Polizeipräsidium das Flugblatt verbot und zwei Kriminalbeamte im Parteisekretariat des Ortsvereins Stuttgart der SPD. erschienen, um die „Auflage" auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. März 1931 zu beschlagnahmen. Da eine solche „Auflage" dort noch gar nicht vorhanden war, blieb dieser Versuch, die Wahrheit zu unterdrücken, ergebnislos. U. a. hat das Polizeipräsidium das Flugblatt auch deshalb beanstandet, weil es die Photographien der beiden von den Hakenkreuzlern bestialisch zugerichteten Arbeiter enthielt.

Wenn das Stuttgarter Polizeipräsidium nicht an der weiteren Anwendung solcher Methoden gehindert wird, so läuft seine Tätigkeit praktisch darauf hinaus, den politischen Gegnern der Nationalsozialistischen Partei die wahrheitsgemäße Kennzeichnung des Wesens dieser Bewegung unmöglich zu machen und den nationalsozialistischen Bürgerkriegshetzern das Wasser auf die Mühlen zu treiben.

*

Man braucht aus dem Erscheinen der Deutschnationalen im Haushaltsausschuß nicht gerade auf eine Vertiefung der Gegensätze innerhalb der Harzburger Front zu schließen. Es gab nämlich schon bei den Erklärungen, mit denen die Nationalsozialisten und die Deutschnationalen am 16. Oktober aus der Reichstagssitzung ausschieden, einen feinen Unterschied. Während Herr Dr. Frick davon sprach, daß seine Freunde „das Haus" verlassen wollten, kündigte Herr Gottheiner im Namen der Gefolgsleute Hugenbergs nur das Verlassen „dieses Saales", d. h. des Plenarsitzungssaales an. Die Herren hatten sich also von vornherein eine Hintertür offengelassen, durch die sie in die Sitzungszimmer der Ausschüsse schlüpfen könnten.

Aber schön ist es von ihnen trotzdem nicht, daß sie sich in dieser Weise von ihren Harzburger Bundesbrüdern trennen und sie bei ihrer großen Streikaktion im Stich lassen. Allerdings ist der Grund, den der Abg. Oberfohren für ihre Beteiligung an den Arbeiten des Haushaltsausschusses angibt, außerordentlich triftig. Sie wollen „etwa beabsichtigte" neue Pensionskürzungen von vornherein bekämpfen, und damit nehmen sie nicht nur die Interessen ihrer eigenen engeren Freunde wahr, sondern auch die ihrer draußen gebliebenen Eidgenossen, die, wie man u. a. aus der bekannten Rede des nationalsozialistischen Abgeordneten Sprenger weiß, die Beibehaltung der hohen Pensionen für ein heiliges und unverletzliches Recht der mit ihnen begnadeten Beamten erklären.

KPD.-Führer Weißzig gesteht

Neumünster, 19. November. (Eigenbericht.)

Der in Neumünster unter dem Verdacht der Ermordung eines SA.-Mannes verhaftete Kommunistenführer Weißzig hat gestanden, die tödlichen Schüsse abgefeuert zu haben. Weißzig ist inzwischen aus der KPD. ausgeschlossen worden.

Höhepunkt im Sklarek-Prozeß

„Zeuge Böß"

Nur sehr, sehr langsam bewegt sich die zähflüssige, unerfreuliche Materie des Berliner Sklarek-Prozesses den Plädoyers zu. Die Anklageschrift umfaßt fünf Bände — aber die Beweisaufnahme hält noch mitten im ersten. Gewiß, der ironisch-überlegene, fast alle aus der Ruhe zu bringende Vorsitzende hält das Heft fest in der Hand, aber das Material der Anklage ist eben doch derart umfangreich und sämtliche Angeklagten verteidigen sich mit solcher Zähigkeit, daß schon längst kein Mensch mehr damit rechnet, daß der Prozeß noch in diesem Jahr zu Ende geht.

Die Donnerstagverhandlung trug bei stärkerem Andrang des Publikums einen sensationellen Charakter. Zu Beginn teilte der frühere Direktor der Neukölner Großhandelsgesellschaft, Navarra, einige interessante Tatsachen aus der Geschichte der Berliner Kleider-Verwertungs-Gesellschaft mit. Anschließend ging eines der nachgerade üblich gewordenen Schimpfduelle zwischen Leo Sklarek und dem früheren Stadtbaudirektor Hoffmann vor sich. Leo Sklarek warf Hoffmann die Hose vor, die er ihm gelegentlich eines Alpenballs geschenkt habe — es sei extra fein säuberlich „Grüß Dich Gott" eingefaßt gewesen . . .

Dann wurde der „Zeuge Böß" aufgerufen. Der Name des früheren Oberbürgermeisters Böß ist in der Verhandlung schon öfter genannt worden. In der Aera Böß haben sich die unerfreulichen Zustände in der Berliner Stadtverwaltung entwickelt. Während der Amerikareise des Oberbürgermeisters kam der Sklarek-Skandal zur Kenntnis der Oeffentlichkeit. Böß hat sich in zwei unter Ausschluß der Oeffentlichkeit tagenden Disziplinarverhandlungen, in denen er Rede und Antwort stehen mußte, moralisch zu rechtfertigen versucht. Das z. T. stark kritisierte Urteil hat ihm unterstellt, daß er in dem, was er tat, nicht von unlauteren Absichten geleitet war. Trotzdem konnte er von dem Vorwurf der Fahrlässigkeit und der beruflichen Unzulänglichkeit nicht freigesprochen werden. Aber vor dem Berliner Sklarek-Gericht geht es jetzt nicht um die Eventualschuld von Böß.

Der frühere Oberbürgermeister sieht leidend aus; er macht seine Aussagen mit leiser Stimme. Aggressiv und beleidigend klingenden Fragen versucht er auszuweichen — der Vorsitzende nimmt ihn aber nur wenig in Schutz. Böß erklärt: Zu den Sklareks habe er nie persönliche Beziehungen unterhalten, er sei mit ihnen niemals gesellschaftlich zusammen gewesen, ebensowenig seine Frau. Max Sklarek habe er bei der KVG. kennengelernt (er hieß ihn stets für Willi); der Kunde der KVG. sei er aber schon früher gewesen. Er habe im Jahre durchschnittlich zwei Anzüge bei der KVG. gekauft, habe aber nicht gewußt, daß die Sachen extra für ihn angefertigt wurden. Die Preise habe er für angemessen gehalten, die Rechnungen wären sehr langsam gekommen, er habe sie aber stets bezahlt. Von den 20 Pelzen, die nacheinander ins Rathaus geschickt worden sein sollen, wisse er nichts; als im Sommer 1928 seine Frau selbst ein Pelzjackett bei den Sklareks gekauft habe, sei die Rechnung hierfür erst im Februar 1929 gekommen, über den niedrigen Preis sei er stutzig gewesen und er habe deshalb aus privaten Mitteln 800 Mark einem Berliner Künstler und weitere 200 Mark zwei notleidenden Schwestern seiner Frau überwiesen.

Der Vorsitzende forderte Böß dann auf, sich über das in den letzten Tagen viel erörterte „Spendensystem" bei der Stadt Berlin zu äußern. Es war die Behauptung aufgestellt worden, daß nur diejenigen Firmen mit städtischen Aufträgen bedacht worden seien, die der Stadt für wohltätige Zwecke Gelder zuleiteten. Böß bestritt die Existenz solcher Geschäftsgrundsätze. Er sagte weiter, daß er auf den Gedanken gar nicht gekommen wäre, daß sich die Firmen, an die er sich gewandt habe, in dieser Hinsicht beeinflußt fühlen könnten. R.-A. Kurzig: Ist es richtig, daß Sie mit Israel wegen Spenden verhandelt haben und ist es richtig, daß die Firma Israel sich darüber beschwert hat, daß sie zwar Geldspenden an die Stadt abführen aber keine Aufträge bekommen soll?" Böß: Richtig, die Firma Israel hat sich beschwert und ich habe daraufhin die Angelegenheit von dem zuständigen Dezernenten nachprüfen lassen. Vorsitzender: Und wer war der zuständige Dezernent? Böß: Stadtrat Gaebel. (Heiterkeit.)

Im übrigen benutzt Böß immer wieder die Gelegenheit seiner Zeugenvernehmung zur persönlichen Rechtfertigung gegenüber den in Skandalblättern erhobenen Behauptungen. Es sei gelogen, daß er mehrere Gelliebte gehabt habe, für die er bei den Sklareks Pelze gekauft hätte. Es wäre Phantasie, daß er durch Direktor Kieburg ein Segelboot gekauft hätte. Vielmehr habe er sein eigenes Segelboot verkauft und Kieburg hätte ihm dafür einen Käufer besorgt. Es wäre nicht wahr, daß er bei der BAG. für seine Töchter eine Ausstattung im Werte von 80 000 Mark für 2000 Mark gekauft hätte. Auch die Vorwürfe, die gegen seine Frau erhoben worden wären, seien unwahr und bezeichnend „für die Niedertracht der Zeit". Ihr wäre es genau wie ihm nur auf die Linderung der Not angekommen: sie sei in die dunkelsten Keller in den ärmlichsten Vierteln des Berliner Nordens und Ostens gegangen, habe die Kinder aus dem Elend herausgeholt, sei mit ihnen zur KVG. gefahren und hätte sie dort einkleiden lassen. Vorsitzender: Auf wessen Kosten? Böß: Auf Kosten der Stadt. Vorsitzender: Für gute Ware wurde bezahlt und schlechte Ware wurde geliefert . . .

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219311120-14/fragment/page=0002

HALLE

2. Blatt — Freitag, den 20. November — Nr. 271

Zersplitterung in der Deutschen Studentenschaft

Wegen der Vorgänge um den „Fall Dehn" in Halle

Nach dem Rückzug der Deutschen Studentenschaft im „Fall Dehn" scheint in ihrem Hauptvorstand in Berlin wegen der hallischen Vorgänge eine Fehde einzusetzen, die zur Zersplitterung führen kann, und die gleichzeitig ein Beweis dafür ist, daß der hallische Hochschulskandal nicht, wie man immer betont hatte, die Billigung aller Mitglieder der sogenannten Deutschen Studentenschaft gefunden hat. Der Verbandsvertreter der Sängerschaften, die der Deutschen Studentenschaft ebenfalls angeschlossen sind, protestierte gegen die Verunglimpfung der bei Langemarck gefallenen Studenten, deren Opfertod nur dazu benutzt würde, um mit nationalen Phrasen politische Ziele zu erreichen.

Während man auf der einen Seite das „System" bekämpfe und einen Minister angreife, der sich durchaus innerhalb des Rahmens seiner Befugnisse gehalten habe, schicke man auf der anderen Seite einem nationalsozialistischen Minister (Frick), der seine Befugnisse weit überschritt, unter Mißachtung aller akademischen Gebräuche und Rechte Glückwunschtelegramme, als er, um für einen seiner „Pg.s" eine Futterkrippe zu schaffen, einen neuen Lehrstuhl geschaffen hatte.

Auf die Weiterentwicklung dieses Konflikts, ob sich insbesondere auch andere Verbände diesem Protest anschließen werden, was als sicher anzunehmen ist, darf man gespannt sein.

Dirigentenkonferenz der Arbeitersänger

Der Gau Mitteldeutschland des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes hielt am Bußtag in Magdeburg eine Dirigentenkonferenz ab. Nach Begrüßungsworten des Gauvorsitzenden Oskar Löffler (Halle) sprach für den Magistrat der Stadt Magdeburg Oberbürgermeister Reuter über die aktuelle Bedeutung des Arbeitergesanges. Das Mitglied des Bundesvorstands Claudert (Berlin) beschäftigte sich mit der kulturpolitischen Aufgabe der Arbeitersänger, während der Kapellmeister an der Staatsoper in Wiesbaden, Sangesgenosse Karl Rankl, das praktische Referat hielt. Im zweiten Teil der Konferenz berichtete Walter Hänel über die Bedeutung des 2. Bundesfestes in Nürnberg und die Aktivität der Dirigenten und im Anschluß hieran Herbert Schulze (Halle) über die Beteiligung des Gaues am Bundesfest 1933 in Nürnberg.

Keine allgemeine Rundfunksteuer

Immer wieder tauchen in einigen Sendebezirken Gerüchte auf, die von der bevorstehenden Einführung einer allgemeinen Rundfunksteuer wissen wollen. Wie der Reichs-Rundfunk-Gesellschaft auf Anfrage an zuständiger Stelle mitgeteilt wird, ist dort von einer solchen Absicht nichts bekannt. Es bleibt daher bei der durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 1. Dezember 1930 erfolgten Regelung, wonach Steuern auf das Halten von Geräten zum Empfang und zur Wiedergabe der Rundfunkdarbietungen in privaten Räumen nicht erhoben werden dürfen.

Wie „billig" wir leben!

Die vom Statistischen Amt der Stadt Halle nach dem Stande vom 17. November berechneten Kosten der Gesamtlebenshaltung sind in der abgelaufenen Woche wieder ein wenig gesunken. Der Lebenshaltungsindex ist um 0,40 Prozent zurückgegangen, und zwar durch den Rückgang der Preise für Rindfleisch und ausländisches Schmalz.

Im ganzen ist der Lebenshaltungsindex seit dem Erlaß der ersten Notverordnung im Februar 1931, wo er am 18. Februar den höchsten Stand mit 1,338 gehabt hatte, um 5,98 Prozent auf 1,258 gesunken, d. h. wir müssen in den bescheidensten Verhältnissen immer noch 25,8 Prozent für unsere Lebenshaltung mehr ausgeben, als im Jahre 1913/14.

Pädagogische Akademie Halle bleibt bestehen

Ihre Bedeutung für das Wirtschafts- und Geistesleben

Da die allgemeine Finanzlage ebenso wie die Notlage der Junglehrer zu Einschränkungsmaßnahmen auch auf dem Gebiete der Lehrerbildung zwingt, hat die preußische Staatsregierung, wie der Amtliche Preußische Pressedienst heute mitteilt, beschlossen, im Etatjahr 1932 die Zahl der Pädagogischen Akademien von 15 auf 10 herabzusetzen. Demgemäß stellen die Pädagogischen Akademien in Stettin, Kottbus, Erfurt, Kassel und Altona ihre Tätigkeit ein.

Auch bei den aufrechterhaltenen Akademien in Elbing, Frankfurt a. O., Breslau, Beuthen, Halle, Kiel, Hannover, Dortmund, Bonn und Frankfurt a. M. finden im Jahre 1932 Neuaufnahmen nicht statt. Diese Sparmaßnahmen lassen Idee und Form der neuen preußischen Lehrerbildung grundsätzlich unberührt.

*

Dieser schwerwiegende Entschluß der preußischen Regierung ist nicht zuletzt auf die Forderungen des Reichs zurückzuführen, das die Länder zu weitestgehenden Einsparungen zwingt. Daß dabei auch der planmäßige Aufbau der Lehrerbildungsanstalten leiden muß, ist nach mehr als einer Richtung zu bedauern, vor allem auch, weil er praktisch den Zugang zum Lehrerberuf auch den berufensten unter den Anwärtern für längere Zeit sperrt. Immerhin bleibt mit Genugtuung festzustellen, daß das System der Lehrerausbildung, wenn auch beschränkt, so doch in seinem Aufbau erhalten wird.

Ueber die Pädagogischen Akademien ist in letzter Zeit viel geschrieben worden, ohne daß das dazu beigetragen hätte, Klarheit zu schaffen. Insbesondere die Rechtspresse erging sich in wilden Angriffen auf die Akademien und jubelte, als bekannt wurde, daß mehrere geschlossen würden, über die „Katastrophe der preußischen Hochschulpolitik". Es besteht aber kein Anlaß zu einem Siegesjubel für die Kulturreaktionäre. Wenn von 15 Akademien fünf geschlossen werden müssen, so zwangen lediglich finanzielle Gründe zu den Einschränkungen. Da durch die notwendig gewordenen Sparmaßnahmen ein großer Teil der Junglehrer auf Jahre hinaus aus dem Schulbetrieb ausgeschlossen wurde, ließ es sich nicht verantworten, weiterhin die gleiche Anzahl von Schulamtsbewerbern in den Akademien auszubilden.

Die Angriffe der Rechten richten sich hauptsächlich gegen die neue Lehrerbildung, die Erzieher schaffen will, aber nicht mehr Schulmeister wie früher in den Seminaren. In diesem Zusammenhang soll auch die Kostenfrage der Pädagogischen Akademie angeschnitten werden. Die Stadt Halle stellte das Bauland an der „Bergschenke" kostenlos zur Verfügung. Bis zur Fertigstellung des Neubaues wurden für den Lehrbetrieb die Räume der Wittekindschule, einer der schönsten hallischen Schulen, zur Verfügung gestellt. Es ist anzunehmen, daß sich die ausgegebenen Summen für die Stadt verzinsen werden. Einmal werden in der vollausgebauten Akademie mehrere hunderte Studierende ausgebildet werden, die natürlich in Halle allerhand Ausgaben haben werden. Dazu kommen die Dozenten mit ihren Familien als Wohnungsbenutzer, Steuerzahler und Verbraucher. Weiter aber sei daran erinnert, daß durch den doch einmal zur Ausführung kommenden Bau hallische Firmen Aufträge bekommen und die Städtischen Werke neue Abnehmer für Licht, Gas und Wasser. Endlich haben viele hallischen Familien Gelegenheit, ihre Söhne und Töchter am eigenen Ort als Lehrer und Lehrerin billig ausbilden zu lassen.

Also finanziell hat die Akademie schon ihre Werte für Halle. Daneben ist es doch kulturell wertvoll, neben der Universität auch die Pädagogische Akademie in der Stadt zu haben. Es liegt jedenfalls im eigensten Interesse Halles, sich für die Akademie einzusetzen und dafür zu sorgen, daß sie bald mit der vollen Zahl der Studierenden arbeitet. Es wäre doch höchst unrentabel, wenn alle in das Akademiegebäude hineingesteckten Summen totes Kapital bleiben sollten.

Daß durch die neue Lehrerausbildung die Steuerzahler nicht stärker belastet werden als durch die alten Seminare, geht aus einer genauen Zusammenstellung hervor. Danach betragen die Ausgaben für die Pädagogischen Akademien (einschließlich Neubauten) im Etatjahr 1931 eine Summe von 11 216 760 Mk. Demgegenüber muß bedacht werden, daß im Jahre 1913 über 200 Lehrerseminare in Preußen erhalten werden mußten, wozu 17 750 827 Mk. nötig waren.

Diese Zahlen mögen genügen, ganz abgesehen von der Tatsache, daß für die künftigen Lehrer unserer Kinder in den Volksschulen die allerbeste Vorbildung unbedingte Notwendigkeit ist.

Die Franckeschen Stiftungen

werden durch „Rot"-Preußen aus schwieriger Lage befreit

Bei der Nachprüfung der Denkschrift der Oberrechnungskammer über die Haushaltsprüfung für 1927/28 forderte im Rechnungsausschuß des Preuß. Landtags der Hauptberichterstatter Aufschluß über diejenigen Stiftungen, die die Oberrechnungskammer als in Schwierigkeiten befindlich aufgeführt hatte. Ein Vertreter des Staatsministeriums erwiderte, es handele sich hierbei u. a. um die Franckeschen Stiftungen in Halle. Der Regierungsvertreter betonte, daß die Schwierigkeiten, in denen sich das Institut befinde, veranlaßt worden seien durch die Entwertung des Kapitalvermögens und die allgemeine Wirtschaftsnot. Man habe sie inzwischen behoben, indem Einsparungen auf der Ausgabenseite verfügt und Staatszuschüsse bewilligt worden seien. Eine Auflösung der Stiftungen könne man gegenwärtig nicht erwägen.

6 Prozent Lohnkürzung bei den Müllern

Der hallische Schlichtungsausschuß fällte am Donnerstag im Tarifstreit des mitteldeutschen Mühlengewerbes einen Schiedsspruch, durch den die Löhne um 6 Prozent gekürzt werden. Der Spitzenlohn in Ortsklasse I (u. a. Halle und Vororte) beträgt danach statt 44,20 Mk. wöchentlich nur noch 41,65 Mk. Im inneren Lohnaufbau der Ortsklassen und Berufsgruppeneinteilung ändert sich, entgegen den Arbeitgeberforderungen, nichts. Die neue Lohnregelung kann erstmalig zum 31. Januar 1932 gekündigt werden. Der Manteltarif wurde unter gewissen Aenderungen, so auch der Ferienbestimmungen, auf ein Jahr wieder in Kraft gesetzt.

Lohnabbau für die kommunalen Waldarbeiter

In Verhandlungen zwischen dem Mitteldeutschen Arbeitgeberverband öffentlicher Verwaltungen und Betriebe und den beteiligten Gewerkschaften sind die Löhne der bei den Mitgliedsverwaltungen beschäftigten Forstarbeiter mit Wirkung ab 1. November 1931 neu festgesetzt worden. Nach der neuen Lohnregelung ermäßigen sich die Spitzenlöhne der männlichen Forstarbeiter der Kommunalforsten Mitteldeutschlands um 4 Pf. stündlich.

Zahlungsfristsachen. In der Zeit vom 6. Juli bis 5. Oktober dieses Jahres sind bei den preußischen Aufwertungsstellen insgesamt 2734 Anträge auf Bewilligung von Zahlungsfristen auf Grund des § 6 des Gesetzes über die Fälligkeit und Verzinsung der Aufwertungshypotheken über einen Gesamtbetrag von 26 521 240,82 Mark gestellt worden.

darum auch
Deutschlands meistgerauchte Cigarette %M.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219311120-14/fragment/page=0003

Schankkonzessions-Sperre bis 1934

Nach einer Verordnung des preußischen Innenministers vom 13. November d. J. wird auf Grund des Paragraphen 1, Absatz 2, des Gaststättengesetzes bestimmt, daß bis zum 1. Oktober 1934 Erlaubnisse für neu zu errichtende Schankwirtschaften grundsätzlich nicht erteilt werden, daß diese Bestimmung aber nicht für Anträge gilt, die bei der Erlaubnisbehörde erster Instanz vor dem 1. Oktober d. J. eingegangen sind.

Ausnahmen von dieser Verordnung sind nur mit Genehmigung des Regierungspräsidenten und zwar nur dann zulässig, wenn eine neue Schankwirtschaft an Stelle einer vorhandenen durch deren bisherigen Inhaber errichtet wird, sofern in den bisherigen Schankräumen kein weiterer Schankbetrieb stattfindet, wenn sich bei der Geschließung neuen Baugeländes durch Fehlen von Schankwirtschaften Mißstände ergeben, im übrigen nur in ganz besonders dringlichen Ausnahmefällen, nachdem zuvor das Einverständnis des Innenministers eingeholt ist.

Öffentlicher Tanz an den ersten Feiertagen

Seit längerer Zeit ist der Provinzialverband Sachsen der Gastwirtsorganisation bemüht, für die ersten Feiertage den öffentlichen Tanz und eine Verlängerung der Polizeistunde zu erreichen. Für die Provinz Sachsen ist nunmehr folgende Regelung getroffen: Oeffentlicher Tanz ist gestattet am ersten Weihnachtsfeiertag, ersten Osterfeiertag und ersten Pfingstfeiertag, ebenso in der Karwoche, außer am Vorabend des Karfreitags und am Karfreitag selbst. Dagegen dürfen öffentliche Tanzlustbarkeiten nicht stattfinden: am Vorabend des ersten Weihnachtsfeiertages, am Vorabend des ersten Osterfeiertages, am Vorabend des Bußtages und am Bußtag selbst sowie am Vorabend des Totensonntags und am Totensonntag selbst. Für geschlossene Gesellschaften und Vereine treffen die Verbote nicht zu.

Nächtlicher Unfug dummer Jungen

In der vergangenen Nacht sind von zwei jugendlichen Personen in der Beesener, Glaucharer und anderen Straßen Reklameschilder von den Häusern abgerissen und zum Teil zerschlagen worden. Die Täter sind festgestellt. In ihrem Besitz wurden folgende Gegenstände vorgefunden: ein Emailleschild mit der Aufschrift „Freyberg-Brauerei", eine Preistafel aus Holz, ein Holzschild vom städtischen Kinderheim, ein Holzschild mit der Aufschrift: „Abladen von Schutt und Gartenabfällen verboten", ein Maggischild, ein Emailleschild mit der Aufschrift „Amt des Schiedsmanns", eine rote Straßenabsperrlaterne und die Membrane eines öffentlichen Fernsprechers. Die Gegenstände können auf Zimmer 143 des Polizeipräsidiums abgeholt werden.

Die Sozialrentner zum Rentenabbau

Die drohenden Kürzungen der Invaliden- und Unfallrenten hatten die Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden zu einer glänzend besuchten Protestkundgebung veranlaßt, in der der sozialdemokratische Stadtverordnete Fr. Henneberg (Magdeburg) referierte über „Die drohenden Abbaugefahren". Der seit 45 Jahren im Vordertreffen der Bewegung stehende Genosse schilderte in anschaulicher Weise die Entwicklungsgeschichte der Sozialversicherung seit der Kaiserlichen Botschaft im November 1881. Er zeigte, wie die Sozialdemokratie schon in der Vorkriegszeit in unermüdlicher Arbeit die schüchternen Ansätze einer Sozialversicherung ausbauen half. Nach dem Weltkriege sei es der Arbeiterklasse gelungen, die Sozialgesetzgebung schneller vorantreiben, sehr zum Aerger der Unternehmer. Jetzt benutzen diese Kreise die Notzeit, um die Grundlagen der Versicherung zu zerstören. Nachdem die Arbeitslosen- und Knappschaftsversicherung schon stark in ihren Leistungen gemindert worden seien, solle nun auch die Invaliden- und Unfallversicherung daran glauben. Letzten Endes würde es so kommen, daß die ohnehin finanziell geschwächten Städte auch diese Schichten unterhalten müßten. Es dürfe nicht zu einem neuen Rentenabbau kommen.

Brausender Beifall lohnte die Ausführungen des ergrauten Genossen H. Folgende Entschließung wurde einstimmig angenommen: „Die Mitgliederversammlung erwartet, daß keine Stelle Kürzungen an den Renten vornimmt."

Gegen die Harzburg-Braunschweiger Reaktion gegen Inflation und Bürgerkrieg

So lautet das Thema einer von der Ortsgruppe Halle des Reichsbanners für heute, Freitag abend, nach dem „Volkspark" einberufenen

Massen - Kundgebung

Redner sind der ehemalige mecklenburgische Ministerpräsident **Joh. Stelling** und der braunschweigische Reichstagsabg. **Otto Grotewohl**

SPD.-Metallarbeiter

Sonnabend, den 21. November, 20 Uhr, im Gewerkschaftshaus Fraktionssitzung: Stellungnahme zu den Abbaumaßnahmen in der Metallindustrie sowie zu der am 24. November stattfindenden Generalversammlung.

Montag, den 23. November, 14 Uhr, im „Volkspark" Fraktionssitzung der erwerbslosen SPD.-Metallarbeiter. Anschließend Erwerbslosenversammlung des DMVB. Restloses Erscheinen ist Pflicht!

Fraktionsleitung. J. A. Emil Lange.

Genossenschaftliche Eierverwertung

Noch immer zahlte wir täglich eine Million für Auslandseier.

In diesen Tagen veranstaltete die Zentral-Eierverwertungsgenossenschaft Halle einen dreitägigen Kursus, der von mehr als 100 Teilnehmern besucht war. Oberlandwirtschaftsrat Römer (Kröllwitz) sprach in einem Lichtbildervortrag über die Geflügelwirtschaft 1932. Von einem Handelsvertreter wurden die Ansprüche des Handels und der Verbraucher klargelegt. Uebungen im Beuchten, Sortieren und Verpacken von Eiern schlossen sich an. Nach der Besichtigung der Mastanstalt der Zentraleierverwertung wurde den Vertretern der Genossenschaft erklärt, welche Maßnahmen bei der Aufzucht, Mast und Abnahme des Schlachtgeflügels zu beachten sind, um nur feinste Qualitäten auf den Markt zu bringen. Winke für die Brut und die Erneuerung der landwirtschaftlichen Geflügelbestände gingen damit Hand in Hand.

Sicher wird sich der Lehrgang stark dahin auswirken, daß der Landwirtschaft die Absatzwege für ihre Produkte geebnet und von der Verbraucherschaft vermehrt deutsche Waren gekauft werden. Denn noch zahlt Deutschland im Durchschnitt 1 Million Mark täglich für die Einfuhr ausländischer, vielfach minderwertiger Geflügelprodukte.

Opfer der Wettleidenschaft

Diebstähle nehmen überhand.

Bei einem alten Ehepaar in der Pfännerhöhe war in der vorigen Woche ein Wohnungseinbruch verübt worden. Dabei waren unter anderem zwei Fünfzigmarkscheine, die die alten Leute zur Feier der Goldenen Hochzeit vom Reichspräsidenten und dem Magistrat erhalten hatten, gestohlen worden. Der Polizei ist es jetzt gelungen, einen 29 Jahre alten Mann als den Dieb festzunehmen. Er will das Geld in Wettbüros und Wirtshäusern durchgebracht haben.

*

Aus einem in der Großen Steinstraße parkenden Auto wurden an einem der letzten Tage zwei Koffer mit ärztlichen Instrumenten, die einen Wert von etwa 2500 Mk. haben, gestohlen. — Am Bußtag wurde vormittags ein vor dem Gebäude der Zuckerraffinerie stehendes Fahrrad gestohlen. Der Besitzer sah den Dieb gerade noch mit seinem Rad verschwinden. Mit Hilfe eines Motorradfahrers machte er sich an die Verfolgung und konnte auch den Dieb einholen. — In einer der letzten Nächte wurden bei einem Einbruch in der Delitzscher Straße ein Radioapparat (Marke „Nora") und aus einem hallischen Krankenhaus Kleider und Wäsche gestohlen.

Volkstheater. Johann Strauß' Meisteroperette „Der Zigeunerbaron" erntet täglich großen Beifall. Sonntag zwei Vorstellungen.

Eisenplatten, das neueste Straßenbaumaterial

In den Straßen der Londoner Vorstadt Islington wurden versuchsweise Eisenplatten an Stelle des wegen seiner Glätte gefährlichen Asphalts zur Bepflasterung benutzt. Die rhombischen Platten sind mit einem Wafflemuster versehen, das auch bei nassem Wetter den Autoreifen Halt gibt. Die Eisenplatten werden mit Teer zusammengefügt.

Tiefster Stand des Baumarktes. Nach dem Umfang der Bautätigkeit in den Sommer- und Herbstmonaten d. J. zu schließen, dürfte der Wert der Bauproduktion für das ganze Jahr 1931 wohl nicht mehr als 4½ bis höchstens 5 Milliarden Mark erreichen. 1930 betrug der Wert der baugewerblichen Produktion 7,1 Milliarden Mark. Der Wert der Bauproduktion ist 1931 auf den tiefsten Stand seit 1924 gesunken.

Rendezvous von Kommunisten. Nachdem in den letzten Wochen im „politischen Leben" Halles eine kleine Kampfespause eingetreten war, sind die „rauhen Kämpfer" von ganz links und ganz rechts scheinbar wieder in Aktion getreten. In der Nähe der Siedlung Halle-Südost lagen sich gestern abend Kommunisten und Nazis in den Haaren. Es wäre wieder zu einer Prügelei gekommen, wenn nicht noch rechtzeitig Polizei erschienen wäre.

Bildmond im Volkspark. Am Totensonntag gelangen im „Volkspark" zwei interessante Filme zur Vorführung. In dem Film „Kohlenhalser Kunde" wird das ernste und schwierige Problem der Arbeitslosigkeit behandelt. Der Film „Gefahren der Berge" führt in die Märchenwelt und die unbeschreiblichen Schönheiten des Hochgebirgswinters, die Herrlichkeiten des Firnschnees und den Zauber der Gletscherwelt. Weiter werden auch die Gefahren bei Besteigung der trotzigen Bergriesen und durch Unvorsichtigkeit entstandene Unglücksfälle gezeigt. Die Eintrittspreise sind äußerst niedrig gehalten. (Siehe Inserat.)

Für unsern Sonnenschein — Windelhöschen, Sauger bei Spezialabteilung Gummi-Bieder, Große Steinstraße und Brüderstraße (Nähe Markt).

Stahl und Blut

Roman von Frank Arnau

Copyright by Merlin-Verlag, Baden-Baden.

28) (Nachdruck verboten.)

Nun zog der Untersuchungsrichter die Saiten schärfer an. Immer wieder wurde jedes Wort, das Thomas sprach, unter die Lupe genommen, immer wieder versuchte der Untersuchungsrichter den Beschuldigten auf einen Widerspruch in seinen Angaben festzulegen — für Thomas schien das Verhör bereits tagelang zu dauern. Er konnte sich vor Müdigkeit kaum auf den Beinen halten, er fühlte Schwindel im Kopf, er konnte nur noch mit größter Anstrengung den Fragen folgen, die ihm der Untersuchungsrichter vorlegte.

Als er plötzlich zu wanken begann, sagte der Untersuchungsrichter:

„Sie sind sehr müde, Thomas Hammer — ich sehe es Ihnen an. Machen Sie doch endlich ein Ende. Geben Sie zu, daß Sie, von Görweed gereizt, zugeschlagen haben, und ich will gar nichts weiter mehr von Ihnen wissen. Ich lasse Sie sofort in Ihre Zelle zurückführen und Sie können schlafen. Schlafen, Thomas Hammer! Und vielleicht können Sie sogar in absehbarer Zeit aus der Untersuchungshaft entlassen werden. Legen Sie ein Geständnis ab! Sie brauchen gar nichts mehr zu sagen, als einfach: Ja!"

Thomas riß sich zusammen.

„Nein!"

„Wie Sie wollen. Ich kann mich noch stundenlang mit Ihnen unterhalten. Also, wenn Sie es nicht gewesen sind, wer denn, glauben Sie, hat denn Direktor Görweed niedergeschlagen?"

„Das weiß ich nicht."

„Haben Sie gar keinen Verdacht?"

„Nein. Gar keinen. Direktor Görweed hatte viele Feinde."

„Zum Beispiel?"

„Die ganze Arbeiterschaft."

„Sie verdächtigen Ihre Kameraden!"

„Ich verdächtige niemand. Ich weiß nur, daß ich es nicht gewesen bin, der den Schlag geführt hat."

Eine halbe Stunde dauerte die Inquisition noch fort, dann war es dem Untersuchungsrichter selbst genug:

„Ich lasse Sie jetzt in Ihre Zelle führen, Thomas Hammer — Sie werden es noch bedauern, daß Sie nicht gestanden haben!"

„Ich bin ganz ruhig, Herr Richter!" sagte Thomas. „Herr Görweed wird wieder zum Bewußtsein kommen, und dann wird sich ja herausstellen, daß ich es nicht war, der ihn niedergeschlagen hat."

Der Untersuchungsrichter klingelte, ein uniformierter Aufseher, mit Seitenwaffe und Revolver versehen, erschien und führte Thomas durch endlose Korridore, treppauf, treppab, bis er endlich wieder vor der Zelle war. Der Beamte wies Thomas scharf an, das Bett an der Wand herunterzuklappen. Dann nahm er ihm die Handschellen ab.

„Hast wohl fest geleugnet, weil es solange gedauert hat?" sagte er ohne sonderliches Interesse.

„Ich habe nichts zu leugnen; ich bin unschuldig."

Der Aufseher lachte:

„Weiß ich, Jungchen, weiß ich alles! Jeder ist hier unschuldig. Na— schlaf man süß!"

Er verschwand durch die Tür; Thomas hörte, wie er den Schlüssel zweimal umdrehte.

Dann warf er sich auf das sogenannte Bett und glitt in wenigen Sekunden in uferlose Tiefen.

XIX.

Agnes Göbel erfuhr kurz nachdem Thomas abgeführt worden war die ganze schreckliche Wirklichkeit. Man schrie es durch die Werkstätten: Thomas Hammer hat den Direktor erschlagen! Erst später erfuhr man, der Direktor sei nicht tot, aber schwer verletzt — und Thomas wäre nach dem Polizeipräsidium transportiert worden.

Das Mädchen, das eben beim Geschirrwaschen stand, erlebte den furchtbarsten Schreck seines Lebens, als es die erste Nachricht hörte. Die Tragödie ihrer Schwester war ihrem Herzen außerordentlich nahegegangen, aber was jetzt über sie hereinbrach, war noch fürchterlicher. Ihr erster Weg führte nach dem Präsidium — nach dem Untersuchungsgefängnis. Aber sie wurde nicht vorgelassen. Tausend Gedanken verfolgten sie.

Thomas sollte getötet, sollte einen Menschen erschlagen haben? Gewiß — Görweed war auch in ihren Augen nicht viel mehr als ein brutales, widerliches Tier — aber keinesfalls sollte Thomas sich und sie für das ganze Leben unglücklich gemacht haben? Sie glaubte es nicht — konnte es einfach nicht glauben. Da war irgendein furchtbares Mißverständnis, das sich klären würde, klären mußte. Auch als sie erfuhr, daß Görweed nicht tot, sondern nur schwer verletzt war, vermochte sie nicht daran zu glauben, daß Thomas, der besonnene Mensch, sich zu einer Tat des Jähzorns habe hinreißen lassen. Seine Unschuld mußte sich gewiß herausstellen.

Aber es war trotzdem furchtbar, allein nach Hause gehen zu müssen, allein in dem kleinen Zimmerchen zu sein. Brach nicht in diesen Tagen alles über sie herein, was es Böses auf der Welt gab? Sie weinte die halbe Nacht durch, aber dann sagte sie sich: nein, es könnte doch noch schlimmer sein! Thomas lebt, wenn er auch augenblicklich fern ist, — und das ist das Wichtige. Daß er bewußt ein Verbrechen begangen hat, das glaube ich nicht. Also werden sie ihn auch nicht verurteilen können. Er wird wiederkommen, in ein paar Tagen vielleicht, in ein paar Wochen — in ein paar Monaten. Es ist schwer allein zu sein, aber er wird wiederkommen! Und in diesem Gedanken fand sie Trost und Schlummer: Tags darauf wollte sie gleich wieder nach dem Untersuchungsrichter gehen.

Am folgenden Tage erhielt sie eine Vorladung zum Untersuchungsrichter. Für nachmittags vier Uhr.

Amtsrichter Speemer — sie hatte den Namen an der Tür des Zimmers gelesen, in das sie bestellt war — bemühte sich, recht freundlich zu sein.

„Sie können sich ja wohl denken, Fräulein Göbel," sagte er, sich die Hände reibend, „weshalb Sie hierher gebeten worden sind. Sie leben mit dem Metallarbeiter Thomas Hammer in gemeinsamem Haushalt, nicht wahr?"

„Ja."

„Hammer ist nun gestern verhaftet worden, weil man ihn dabei betraf, daß er den Direktor Görweed in dessen Arbeitszimmer niedergeschlagen und schwer verletzt hat. Görweed ist bis heute noch nicht zum vollen Bewußtsein gekommen. Das wissen Sie ja natürlich."

Agnes nickte.

„Ich weiß es, aber ich glaube nicht daran, daß Thomas das getan hat, was man ihm vorwirft."

Der Amtsgerichtsrat machte eine Bewegung mit der Rechten, als wollte er diesen Einwand von sich schieben.

„Ueber die Tat selbst können Sie natürlich nichts wissen, Fräulein Göbel. Aber etwas anderes möchte ich von Ihnen erfahren: Ihre Schwester Emma Göbel ist vor ein paar Tagen ins Wasser gegangen — was wissen Sie über die Beweggründe dieser Tat?"

Agnes suchte nach Worten.

„Meine Schwester Emma," sagte sie dann, „war in der Aschsag als Stenotypistin angestellt. Hier lernte sie Direktor Görweed kennen. Er nahm sie mit auf die Leipziger Messe, und gleich darauf hat sie bei Eltern verlassen und ist in eine kleine Wohnung gezogen, die ihr Görweed eingerichtet hat."

„Wissen Sie das ganz bestimmt — bitte, besinnen Sie sich wohl, Fräulein Göbel! — wissen Sie ganz bestimmt, daß Ihre Schwester von Direktor Görweed — na, sagen wir: ausgehalten wurde?"

„Gewiß, Emma hat ja den Eltern gesagt, daß ihr Görweed die Mittel gab, sich für den Film ausbilden zu lassen, und daß er ihr die kleine Wohnung zur Verfügung gestellt hatte."

„So! So! Und was war nun weiter?"

„Ich habe von Emma nichts mehr gehört, bis ich einen Brief bekam, daß sie nicht mehr weiterleben könne. Sie sei guter Hoffnung und Görweed habe sie hinausgeworfen. Thomas und ich sind dann zur Polizei gegangen, und am Abend hat man uns die tagwischer gelandete Leiche meiner Schwester gezeigt."

„War das dieser Brief hier, den Sie von ihrer Schwester bekommen haben?"

Der Amtsgerichtsrat reichte ihr den Brief Emmas.

Nach einem Blick auf das Papier sagte Agnes:

„Jawohl — das ist der Brief."

„In diesem Brief ist von fünfhundert Mark die Rede!"

„Die fünf Hundertmarkscheine lagen dem Brief bei."

„Was haben Sie mit dem Geld gemacht?"

„Wir haben uns darüber beraten, Thomas und ich. Wir wollten das Geld nicht, das mit schuld daran war, daß meine Schwester in den Tod gegangen ist. Wir wollten es auch den Eltern nicht geben. Thomas nahm sich vor, zu Görweed zu gehen und ihm die Noten vor die Füße zu werfen."

„Fräulein Göbel — ich mache Sie darauf aufmerksam, daß das sehr unwahrscheinlich klingt. Sehr unwahrscheinlich! Sie sind doch nicht in einer Lage, daß Sie ohne weiteres jemanden fünfhundert Mark „vor die Füße werfen" können — im Gegenteil! Sie konnten die fünfhundert Mark sehr wohl brauchen, und niemand hätte Ihnen einen Vorwurf machen können, daß Sie die Noten behalten hätten. Ihre Schwester hatte es Ihnen ja anheimgestellt. Ich sage Ihnen: es ist nicht glaubhaft, daß Sie, nur um einer schönen Geste willen das Geld weggeben wollten. Und was etwaige moralische Gründe anlangt — Sie, nämlich Thomas Hammer und Sie, — konnten doch wahrhaftig dem Direktor Görweed keinen Vorwurf daraus machen, daß er ihre Schwester aushielt — Sie waren ja selber zusammen, ohne verheiratet zu sein. Daß Görweed sich schließlich von Ihrer Schwester getrennt hat — da muß ich Ihnen sagen: wir sind über die Gründe nur durch den Brief Ihrer Schwester unterrichtet. Vielleicht hatte Herr Görweed Anlaß, mit Ihrer Schwester unzufrieden zu sein, und hat sie nicht nur aus Ueberdruß weggeschickt. Der Fahrer des Herrn Görweed war Zeuge einer Szene, wie Ihre Schwester Herrn Görweed in der nächsten Nähe des Werkes auflauerte — wir wissen da nicht, was vorgegangen ist. Aber ich will einmal annehmen, Sie, Thomas Hammer und Sie, glaubten an die Richtigkeit dessen, was in dem Briefe steht. Sie hatten beide einen großen Haß auf Herrn Görweed — das ist wohl richtig, nicht?"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219311120-14/fragment/page=0004

Von Peking bis Mukden

Die japanische Separatistenkomödie in der Mandschurei
Der Lebenslauf des früheren Kaisers von China

Chinas letzter Kaiser, Hsuan Tung, hat sich sicher niemals träumen lassen, daß ihm noch einmal die Chance geboten werden würde, einen Thron zu besteigen — und nun winkt ihm, dem Schützling der Japaner, der Thron der Mandschurei! Er hatte die Entthronung erlebt, den Umsturz Chinas, das Ende einer ehrwürdigen Monarchie, ohne sich darüber Gedanken zu machen, denn er war ein fünfjähriger Knabe, der in seinem kindlichen Gemüt nicht verstand, was um ihn vorging. Als er erwachsen war, rebellierte er nicht gegen das Schicksal, sondern fand sich damit ab, als einfacher Bürger weiter zu leben; aus dem letzten Sohn des Himmels, der von seinen Untertanen überirdische Ehren hätte beanspruchen können, wurde ein einfacher Mr. Henry Pu-yi, der — vorläufig wenigstens! — nicht mehr

von neuer Kaiserherrlichkeit träumte,

sondern sich den schönen Künsten zuwandte, dichtete und Gesang studierte, um einmal in die Lage zu kommen, sich sein Brot als Opernsänger zu verdienen. So stellte es die Legende dar, die auch verbreitete, daß der junge Mann, der, wäre er Kaiser geblieben, über unerschöpfliche Reichtümer hätte verfügen können, nicht auf Rosen gebettet sei. Die Republik China hatte ihm zwar eine Jahresapanage von fünf Millionen Taels garantiert, aber er habe noch keinen Pfennig davon bekommen. Tatsächlich hat er nur einen Bruchteil der Rente erhalten, aber auch so brauchte der Erbe der alten Kaiserherrlichkeit keine Not zu leiden, denn auf seiner Flucht aus dem goldenen Käfig in Peking nach Tientsin hatte er soviele Schmuckstücke und Kunstgegenstände mitnehmen können, daß er gut davon leben konnte.

In Peking war er ja in goldener Gefangenschaft gehalten worden. Als der kaiserliche Oheim gestorben war, wurde der Zweijährige Kaiser. In der verbotenen Stadt von Peking wurde er aufgezogen, ließ man ihn von den bedeutendsten Gelehrten Chinas in den Künsten und Wissenschaften der Chinesen und Mandschu unterweisen. Dann kam die Revolution, die der

Herrlichkeit der Mandschu über Nacht ein Ende machte.

Seine Tante, die Kaiserin-Witwe, machte den Versuch, die Dynastie durch eine Proklamation zu retten, für die der ahnungslose Knabe seinen Namen hergab. „Ich habe", so hieß es darin, „allzu reichlich politisch wichtige Stellungen den Adligen übertragen, zuviel Eisenbahnen bauen lassen, wodurch ich die Gasthöfe und die Kaufleute der großen Heerstraßen Chinas zugrunde gerichtet habe. Ich ließ es zu, daß das Volk ausgeplündert wurde. Das Unglück bricht herein, aber ich kann es nicht beschwören; denn die Geister der neun letzten Kaiser wollen meine Opfergaben nicht mehr annehmen. Ich bin ein kleines Kind, ich stehe an der Spitze Chinas, und heute will eine Verschwörung den Thron meiner Ahnen stürzen. Ich unterwerfe mich dem Unheil, das ich über China gebracht habe, aber ich habe das Vertrauen zur Güte des Volkes, daß es das ewige Reich retten wird."

Die Proklamation hatte natürlich nicht den gewünschten Erfolg. Der monarchistische General Yuanschikai, der kurz zuvor noch vor dem kaiserlichen Knaben auf den Knien gelegen und Ströme von Tränen vergossen hatte, ließ sich trotzdem zum Präsidenten der Republik ausrufen. Der Entthronte blieb in seinem goldenen Käfig, sorgsam gehütet von der stets argwöhnischen republikanischen Regierung, die ihm als Titularkaiser nur die Ehre eines Souveräns beließ. Als Siebzehnjähriger wurde er mit einer Mandschuprinzessin verheiratet und nahm sich nach der Sitte eine Nebenfrau, der später noch eine dritte folgte. Sehr glücklich ist die Ehe nicht gewesen; erst vor kurzem hat er sich in eine Amerikanerin verliebt, worauf seine legitime Gattin, die Mandschuprinzessin, die Scheidungsklage einreichte.

Im Jahre 1924, als General Feng sich Pekings bemächtigte, floh Hsuan Tung in das exterritoriale Gesandtschaftsviertel und suchte Zuflucht in der japanischen Botschaft. Das hat ihm um viele Sympathien gebracht. Später siedelte er dann nach Tientsin über, wo er dank einem neuen günstigen Abkommen mit der chinesischen Regierung behaglich leben konnte.

Seine Flucht unter japanischem Schutz war also doch mehr als der Verzweiflungsschritt eines Hilfesuchenden, der um sein Leben bangte. China kann eine solche Lösung der mandschurischen Frage, wie sie jetzt von japanischer Seite angestrebt wird, freilich unmöglich mitmachen. Und auch Rußlands Stellung zu diesem Projekt ist sehr zweifelhaft.

Nach neueren Meldungen soll Hsuan Tung selbst auf den Kaiserthron in Mukden verzichtet haben. Wahrscheinlich will er erst die weitere Entwicklung des Mandschureikonflikts abwarten.

Berlins ehemaliger Oberbürgermeister Böß als Zeuge im Sklarek-Prozeß

Arbeiter-Radfahrer unterstützen Arbeiter-Wohlfahrt

Durch eine Aussprache mit einem Vertreter des Hauptausschusses für Arbeiterwohlfahrt Berlin und dem Bundesvorstand des Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer-Bundes „Solidarität", Offenbach am Main, sind die Differenzen, die bisher zwischen diesen beiden Körperschaften bestanden haben, beseitigt.

Wir empfehlen den Mitgliedern unseres Bundes, die Lotterie der Arbeiterwohlfahrt auch weiterhin nach Kräften unterstützen zu wollen.

Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer-Bund „Solidarität"
Offenbach am Main. H. Niemann

Rundfunk-Programme

Leipzig

Sonnabend: 6.30: Funkgymnastik. Anschließend bis 8.15: Frühkonzert (Schallplatten). 12: Wetter, Wasserstand und Schneebericht. 12.10: Heinrich Schlusnus singt Lieder (Schallplatten). 12.25: Schulfunk. 12.55: Zeitzeichen. 13: Wetter-, Presse- und Börsenbericht. Anschließend: Wunschprogramm (Schallplatten). 14.30: Spielstunde für die Kinder. 15.15: Funkschach. 16: Praktische Rechtskunde: Berufung. 16.30 bis 16.45: Funkberatung. 17: Charakteristische Märsche und Walzer. 18.30: Deutsch: Vorsichsprüfungen in der Sprache der Technik. 18.50: Gegenwartslexikon: Tote Zonen, Grenzstrahlen, Kleinzeitforschung. 19: Experimentalmusik. Dr. Heinrich Sack, Leipzig. 19.30: Franz Baumann singt alte liebe Lieder. 20.15: Jenny Schaffer liest Selma Lagerlöfs Novelle „Tale Thott". 20.45: Ein Bruckner-Lebensbild von Dr. Erich Fortner. 22.20: Nachrichten. Anschließend bis 24: Unterhaltungskonzert.

Königswusterhausen

Sonnabend: 6.30: Funk-Gymnastik. Anschließend bis 7.30: Frühkonzert. 9.30: Zur Unterhaltung. 10.55: Nachrichten. 12: Wetterdienst. 12.05: Chöre von Meistern des 16. und 17. Jahrhunderts. 12.55: Zeitzeichen. 13.30: Nachrichten. 14 bis 14.50: Gittar Alpar singt (Schallplatten). 14.50: Kinderbastelstunde. 15.30: Wetterdienst; Börse. 15.45: Religiöse Frauenlyrik. Dr. Margot Kiesz. 16: Das Gesicht der pädagogischen Zeitschrift „Die Erziehung". Prof. Dr. W. Fittner. 16.30 bis 17.30: Hamburg: Nachmittagskonzert. 17.30: Für die Gesundheit. Empfindliche Menschen. 18: Deutsch für Deutsche. 18.30: Hochschulfunk: Die Denkformen des Menschen (III). Prof. Dr. Leisegang. 18.55: Wetterdienst. 19: Englisch für Anfänger. 19.30: Kirche und Gegenwart. Dr. Joseph Wendel. 19.55: Wetterdienst. 20: Breslau: „Das Leben des Jacques Offenbach". Eine biographische Hörfolge von Erik Ernst Schwabach. Von Jacques Offenbach. 21.15: Königsberg: Studio: Musik des Alltags. 22.30: Nachrichten; Sport. Danach bis

Schwere Sturmflutverwüstungen an der englischen Küste

Ein zerstörtes Bootshaus bei Winchelsea (Südengland).

Die englische Kanalküste ist von schweren Sturmfluten heimgesucht worden, die überall die Dämme durchbrachen und die Fundamente der Häuser fortrissen. Alle tiefer gelegenen Wiesen stehen völlig unter Wasser.

Hallisches Stadttheater

„Liebelei"

Schauspiel von Arthur Schnitzler.

1895 kam dieses Stück heraus. Eines der Erstlingswerke des Dichters und eines seiner meistgespieltesten. In Halle wollte man es in diesem Jahre zur Feier des 70. Geburtstages Schnitzlers aufführen. Aber der Dichter schied einige Wochen vor seinem Ehrentag aus dieser Welt.

„Schnitzler: Das ist süßes Leben und bitteres Sterbenmüssen." So charakterisierte einst Heinrich Mann den Wiener Dichter.

Süßes Leben ist die Liebe der Musikantentochter Christine zu ihrem Lobheimer. Und bitteres Sterbenmüssen ist ihre schließliche Erkenntnis, daß sie dem geliebten Mann nur angenehme Ablenkung, nur Liebelei gewesen ist.

Gewiß ein Stück echten Lebens: Das „süße Mädel" aus kleinen Verhältnissen; das dem Mann aus gutbürgerlicher Familie einen wonnigen Traum voreheelichen Glückes schenkt. Aber die Wirklichkeit war, vor 35 Jahren und auch noch heute, daß diese Männer das süße Mädel nicht für wert erachten, schließlich auch die eheliche Lebensgefährtin zu werden. Das mußte nach den bürgerlichen Anschauungen des vorigen Jahrhunderts (und sie überwiegen auch heute noch im Bürgertum) ein Mädel aus guten Kreisen mit recht viel Geld und garantierter Jungfräulichkeit sein.

Der bürgerliche Außenseiter, der Arzt und Dichter Schnitzler, sah schon in jungen Jahren die Verlogenheit und Grausamkeit dieser bürgerlichen sogenannten Moral. Aber gerade „Liebelei" ist typisch für die Einstellung Schnitzlers: Er zeichnet warmherzig die Tragödie des armen Mädels, aber zu einem Protest, zu einer Anklage gegen die Ungerechtigkeiten der heutigen Gesellschaftsordnung kann er sich nicht aufschwingen.

In „Liebelei", wie im ganzen Schaffen des nun verewigten Dichters: Tiefste Erkenntnis und oft vollendetste zarte oder ergreifende Dichtkunst. Aber die Schnitzler eigene sanfte Trauer und Resignation kann natürlich nur wenig dazu beitragen, die von Schnitzler selbst beklagten und leise kritisierten gesellschaftlichen Verhältnisse zu ändern.

Dennoch, er war ein wirklicher Dichter und von der deutschen Literatur der Jahrhundertwende wird gerade von ihm noch manches in späteren Geschlechtern lebendig bleiben. Nicht zuletzt vielleicht „Liebelei", eine der zartesten Liebestragödien deutscher Dichtkunst.

Die Aufführung unter Alvas Spielleitung fein abgestimmt und zum Schluß zu ergreifender Tragik sich steigernd. Gabriele Schneider überraschend gut in der Rolle der Christine: Voll Lieblichkeit und Zartheit, echt in der Darstellung des liebenden Mädels und erschütternd in der Todesszene. Hier eine leichte Dämpfung der Sprache würde die Wirkung noch erhöhen. Hans Bethge als Lobheimer: Viel guter Wille und auch manche guten Ansätze. Aber schließlich fehlt doch noch die letzte überzeugende Tiefe in seiner Darstellung. Ein Kabinettstück schauspielerischen Könnens bot wieder Robert Jungk in der Vater- und Musikantenrolle. Jedes Wort, jede seiner Gesten war echte mitfühlende Weisheit des erfahrenen Alters. Prächtig auch das junge Paar: Günther Böhnert als der Freund Lobheimers, ein junger Mann voll draufgängerischem Genießertum mit einem Strich überlegener Männlichkeit und Ilse Weiß, das andere süße Mädel mit leichtsinnigem Einschlag, das nur das Glück der Stunde genießt und sich über alles Kommende keine Gedanken macht.

War schon die Aufführung im Thalia-Theater von tiefster Wirkung auf das Publikum, auf der technisch voll"ommenen Stadttheater-Bühne dürfte das Stück noch stärkere Wirkung haben.

—s.

150 Jahre Gewandhauskonzerte

Von Dr. Lenth.

Das Bürgertum erwachte im 18. Jahrhundert politisch aus seinem Schlummer. Es errang sich allmählich immer größere Freiheiten und trat auch gesellschaftlich immer selbstbewußter auf. Dabei stieß es an die Schranken, die ihm der Adel gesetzt hatte. Die neue Klasse half sich, indem sie sich eigene Organisationsformen der Unterhaltung schuf. Auf musikalischem Gebiete bedeutete die Verschiebung der sozialen Kräfte die Gründung der Konzerte und musikalischen Akademien. Der Bürger übernahm die Aufgabe, die Kunst zu pflegen und in die Oeffentlichkeit hinauszutragen. Er ging damit über die höfische Abgeschlossenheit hinaus und machte jeden mit Musik bekannt, der ein Interesse dafür hatte und in der Lage war, das Eintrittsgeld für die Veranstaltung aufzubringen. Indem das Bürgertum den Kreis größer zog, grenzte es sich aber zugleich gegen das Proletariat ab. Musikgenuß wurde eine Angelegenheit von Geldbesitzenden. Es blieb die große Tat — die Beschaffung von Möglichkeiten überhaupt, Musik öffentlich zu hören. Bis auf den heutigen Tag wird so Musik in Konzerten, die gegen Eintrittsgeld jedem offen stehen, dargeboten.

Die Anfänge waren recht ärmlich. Die ersten Konzerte wurden in den Sälen der kleinen Stadthotels abgehalten. Hier trafen sich Lehrer, Beamte, Kaufleute mit ihren Frauen, unterhielten sich, rauchten und hörten nebenbei Musik. Ungefähr um die Mitte des 18. Jahrhunderts beginnt aber die Bewegung, öffentliche musikalische Pflegestätten zu schaffen, in Deutschland allgemein zu werden. (In Paris waren bereits 1725 die berühmten „Concerts spirituels" gegründet worden.)

Berlin hatte um 1750 seine festen musikalischen Konzertveranstaltungen, in Leipzig gründete der Singspielkomponist Hiller nach Beendigung des siebenjährigen Krieges sogenannte Liebhaberkonzerte, die im Hotel „Königshaus" stattfanden. Hiller führte seine Konzerte bis 1778 fort. Er verstand es, eine Schar guter Sänger und Musiker zu seinen Veranstaltungen heranzuziehen. Da aber der Saal reichlich unbequem lag und die Akustik schlecht war, so machte sich der Wunsch frühzeitig bemerkbar, einen eigenen großen Konzertsaal zu besitzen. Bei dem damaligen Leipziger Bürgermeister fanden diese Eingaben ein günstiges Gehör. Es wurde der Bau eines Musiksaales in dem sogenannten Gewandehaus beschlossen, in dem die Tuchmacher und Wollwarenmanufakturisten ihren Stand hatten. Daher der Name: Gewandhauskonzerte. Am 25. November 1781, vor 150 Jahren, wurde der Konzertsaal eingeweiht. Der erste Dirigent war der bewährte Hiller. An der Spitze des Unternehmens stand ein Direktorium von 12 Mitgliedern, das die Abhaltung von 24 Abonnementskonzerten im Jahre beschloß.

Mit der Gründung der Leipziger Gewandhauskonzerte vollzog sich ein wichtiger Akt bürgerlicher Musikentwicklung. Eine Allianz von Kaufleuten und Gelehrten wurde der Träger der neuen Entwicklung. Da beinahe 220 Personen die Konzerte abonnierten, war auch eine gesicherte pekuniäre Basis für das Unternehmen vorhanden. Die Leipziger Gewandhauskonzerte florierten. Aufführungen von großer Meisterschaft wurden den Zuhörern geboten, bekannte Künstler als Solisten herangezogen. Große Dirigenten, wie Felix Mendelssohn-Bartholdy und später Artur Nikisch, wurden Mehrer des Ruhmes. 150 Jahre Gewandhauskonzerte sind daher 150 Jahre bürgerlicher Konzertbetrieb. Die diesjährige Feier ist zugleich eine Gedenkfeier für die Anteilnahme des Bürgertums an der Musik überhaupt. In eigener tatkräftiger Initiative wurde einer sozial untergebenden Schicht die Führung der Kunst abgenommen und eine eigene Organisationsform des Musikhörens gegründet. Das Leipziger Gewandhaus war eifrigster Förderer der Entwicklung. Darin liegt seine große Bedeutung.

Filmecke

Zwei Menschen

Der nach dem gleichnamigen Roman von Richard Voß herausgebrachte Film „Zwei Menschen", den jetzt das Capitol in Halle noch einmal zeigt, ist eine der besten Buchverfilmungen, die wir haben. Geschickte Regie und gute Darsteller gestalten ihn zu einer erschütternden Anklage gegen Gesellschafts- und Tradition. Der verzweifelte Kampf zweier junger Menschen gegen die konventionellen Fesseln von Elternhaus und Kirche spielt sich in allen seinen Phasen vollkommen realistisch und wesensecht vor unseren Augen ab. Ergreifend, wie diese beiden trotz aller inneren Not dem Schicksal Minuten des Glückes abjagen, sich darin ganz verlieren, ohne zu merken, daß sie sich damit selbst betrügen. Und wie wacker fechten sie den letzten Kampf aus! So wesensverwandt und so gleichmäßig sie auch seelisch abgestimmt sind, finden sie doch nicht denselben Ausweg. Die seelisch feinere und unendlich empfindlamere Frau erliegt dem Geschick, an allem verzweifelnd stürzt sie sich vom Felsen, worauf der härtere und trotzigere, noch immer mit dem Schicksal ringende Mann ebenfalls zusammenbricht. — Inhalt und Rahmen sind genau abgestimmt. Düstere Alpenbilder, schwermütige Volkslieder, klagende Chorale und die eigens für den Film komponierte getragene Musik geben dem Ganzen eine würdige Fassung. Charlotte Susa und Gustav Fröhlich spielen die Hauptrollen einwandfrei.

Als Ausgleich läuft „Geheimpolizisten", ein Film mit Eddy Polo. In den unmöglichen Situationen zeigt sich dieser Lausendsassa und gibt uns mit seinen Bravourstücken die Versicherung, daß das Gute noch immer über das Böse siegt.

N. L.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219311120-14/fragment/page=0005

Merseburg

Ausgeschlossener Landarbeiterfunktionär spielt eine Doppelrolle

Der aus dem Deutschen Landarbeiterverband ausgeschlossene frühere Kreisleiter Quarch (Merseburg) glaubte sich berufen, die RGO.-Bewegung in Merseburg zu begründen. Eine Anzahl Versammlungen und Konferenzen wurden mit dem Namen des „Deutschen Landarbeiterverbandes" in den letzten Monaten veranstaltet, mit dem Hintergedanken, dabei den „Roten Landarbeiterverband" aufziehen zu können, bzw. die angebliche Bürokratie des DLV. zu beseitigen. Die Mitglieder des DLV. haben jedoch Qu. erkannt und halten sich für derartige Experimente viel zu schade. Die Erfahrungen bei den Spaltungsbestrebungen und erfolgten Rückschläge aus den zurückliegenden Jahren sind allen noch in Erinnerung. Selbst die Heranziehung des KPD.-Führers Mörcke (Berlin) hat nicht bewirkt, die Landarbeiter vom DLV. zu trennen. Die von Qu. einberufenen Versammlungen mußten meistens ausfallen wegen Mangel an Beteiligung durch Landarbeiter. Damit sind nun auch die großen Rosinen des Qu. illusorisch geworden, bei der RGO. eine Brotstelle zu erhalten. Ebenso enttäuscht wird die RGO. sein, daß die Landarbeiter nicht auf den Leim gingen. Hinzu kommt zu allem noch, daß das reichlich bekannte „Pumpsystem" von Quarch auch dem „Roten Landarbeiterverband" unangenehm ist.

Qu. sucht nun anderweitig Einkünfte. Seiner Betarnlagung getreu, versucht er, einen neuen Laden aufzuziehen unter dem Namen: „Verband der Landarbeiter Deutschlands". Dieser Name ist uns bereits aus den Spaltungsjahren 1920/21 bekannt. Wir folgern wohl richtig, daß Qu. und seine Trabanten denselben absichtlich gewählt haben. Zu diesem Zweck hat Qu. bei einer Firma einige tausend Beitragsmarken, Briefumschläge und -papier und alles, was zu einer Geschäftsführung notwendig ist, bestellt. Wer bezahlt diese Rechnungen?? Jetzt kann nun das Schröpfen derjenigen vor sich gehen, die bereit sind, ihm Beiträge zu zahlen. Wir sind gespannt, wieviel Landarbeiter hereinfallen.

Geld-, Bank- und Börsenwesen. Wegen Erkrankung des Dozenten Dr. Wiemer fällt diese Vorlesung heute aus. Nächste Vorlesung Freitag, den 27. November, 20 Uhr.

Einbruch während der Geschäftszeit. Gestern zwischen 17 und 19 Uhr wurde in das Geschäft des Kaufmanns Ritter am Markt eingebrochen. Gestohlen wurden ein Paar helle Damenhalbschuhe, ein silbernes Messer, ein silberner Löffel und ein brauner Damenmantel mit schwarzem Pelz.

Der Landrat zur Kötzschener Frage

Zu der durch bürgerliche Pressepolemiken aufgeworfenen Frage einer Eingemeindung von Köpschen nimmt jetzt Landrat Bähnisch Stellung mit folgender Erklärung:

„Diese Erörterungen eilen insofern den Tatsachen voraus, als Beschlüsse in keiner der dafür zuständigen kommunalen Körperschaften gefaßt worden sind. Richtig ist jedoch, daß mit Rücksicht auf die besonders schwierige finanzielle Lage der Gemeinde Köpschen die Frage, ob durch einen kommunalen Zusammenschluß mit einer Nachbargemeinde geholfen werden kann, geprüft wird. Zutreffend sind in den Presseerörterungen als Möglichkeiten einer kommunalen Neugliederung mit Einschluß von Kötzschen der **Zusammenschluß sämtlicher Gesellsalgemeinden**, die Bildung einer großen Gemeinde aus Kötzschen, Niederbeuna und Oberbeuna, der Anschluß an Merseburg und der Anschluß an Leuna genannt worden. Alle diese Pläne sind zum Teil im Kreisausschuß, zum Teil zwischen einzelnen Beteiligten erörtert worden, ohne daß bisher eine der Lösungsmöglichkeiten sich als die günstigste ergeben hätte und deshalb weiterverfolgt worden wäre, was sich schon daraus ergibt, daß keine der beteiligten Gemeindevertretungen zu der Frage Stellung genommen hat."

Kötzschen. Eingebrochen wurde hier in der letzten Nacht in einen Stall, wobei den Dieben sieben Kaninchen in die Hände fielen.

Schkeuditz. Schiedsspruch. Bei der letzten Tarifregelung für das mitteldeutsche Malereigewerbe wurde für die Leipziger Maßfabrik in Schkeuditz noch keine endgültige Lohnfestsetzung vorgenommen. Es handelte sich um die Festsetzung eines Zuschlages auf die Löhne der Ortsklasse I. Der hallische Schlichtungsausschuß fällte am Donnerstag folgenden Schiedsspruch: „Schkeuditz erhält für die bevorstehende Kampagne 2 (zwei) vom Hundert Zuschlag auf die Orts-Klasse I. Für die Kampagne 1932/33 fällt der Zuschlag weg."

Kreis Querfurt

SPD., Goseck-Markröhlitz

Deutschlands Schicksalsstunde — Sozialismus oder Untergang?

Ueber dieses Thema spricht am Sonnabend, dem 21. November, um 20 Uhr, im Lokal „Gartz" in Markröhlitz Redakteur Bergholz (Zeitz).

Werktätige heraus! Holt Euch Aufklärung!

Schwere Motorradunfälle

Nebra. Der Steinsetzer B. von hier fuhr auf einem Motorrad mit seiner Braut als Sozius nach Berlin. In der Nähe von Bitterfeld kam infolge der schlüpfrigen Straße das Rad aus dem Gleichgewicht und zum Sturze. Der Führer erlitt einen doppelten Oberschenkelbruch, die Braut kam mit dem Schrecken davon.

Der Schlosser Beute aus Reinsdorf b. Bitzenburg stürzte infolge Gabelbruchs mit seinem Motorrade in Zingst. B. erlitt bei dem Sturze einen Schädelbruch und wurde dem Nebraer Krankenhause zugeführt. Lebensgefahr besteht nicht.

Obhausen. Winterhilfe. Verschiedene Persönlichkeiten der Gemeinde Petri haben eine großzügige Hilfsaktion in die Wege geleitet. Neben der Beschaffung von verbilligten Kohlen, Sammlung von Kleidungsstücken u. dgl. haben sich auch einige Geschäftsleute bereit erklärt, Waren an die Bedürftigen 10 Prozent billiger abzugeben. Diese Maßnahmen sind zu begrüßen und anerkennenswert. Wo bleiben aber die zwei anderen Gemeinden von Obhausen?

Massenentlassungen in der Landwirtschaft

Ein Notschrei der Landarbeiter an die Oeffentlichkeit

In letzter Zeit haben im Kreise Querfurt Massenkündigungen stattgefunden, die nicht nur die vorübergehend Beschäftigten in der Landwirtschaft betroffen haben, sondern die Großagrarier und Bauern gehen auch dazu über, die ständigen Arbeiter zu entlassen. Man versucht, die Landarbeiter zum

Verzicht auf Tariflohn

zu bewegen. Wo das nicht glückt, entläßt man einfach die Arbeiter. Bei den Entlassungen werden natürlich hauptsächlich die Leute entlassen, die noch dem DLV. angehören, während man die Stahlhelm- und Nazileute, die zum Teil dem Lohnabbau zustimmen, noch behält oder bevorzugt.

Größere Entlassungen haben stattgefunden bei der Firma Weidlich in Querfurt und Obhausen, beim Amtsrat Behm auf Schloß Querfurt und Domäne Weibenbach, auf den Gütern in Obhausen, Gatterstedt, Farnstedt usw. Auch alle größeren Bauern haben Entlassungen vorgenommen; weitere werden folgen. Die Landarbeiter, schon jetzt durch minimale Löhne verarmt, sehen mit Grauen dem Winter entgegen. Es wäre angebracht, daß die Behörden endlich einmal eingreifen.

Ein Skandal förmlich sind

die Zustände auf der staatlichen Domäne Schloß Querfurt,

zu der auch die Domäne Weibenbach gehört. Der Pächter, Amtsrat Behm, bewirtschaftet diesen staatlichen Besitz in einer Weise, daß man Befürchtungen hegen muß, daß der Staat nach Ablauf der Pachtzeit dem nächsten Pächter noch Subventionen zahlen muß, um diese Wirtschaft überhaupt wieder in Gang zu bringen. Schon in diesem Jahre sind Flächen von ½ bis 1 Morgen mit Unkraut überwuchert, so daß sich eine Wiederung nicht verlohnte. Das gesamte Rübenkraut wurde eingepflügt und somit der Viehzucht entzogen. Für nächstes Jahr beabsichtigt man, ganz einfach 300 Morgen brach liegen zu lassen. In einer Wirtschaft von 1700 Morgen hat man einen Viehbestand von 12 Paar Pferden, 6 Schweinen und 1 Zugochsen. Alles wird heute mit Motor- und Dampfpflug bearbeitet, mit Lastauto befördert und dergleichen. Der Boden wird nur mit Kunstdünger und seit diesem Jahre noch Kunstmist gedüngt. Das Arbeitspersonal ist so weit vermindert, daß gar keine regelrechte Bearbeitung vorgenommen werden kann, so daß

der Ertrag von Jahr zu Jahr zurückgeht.

Hier wäre es Aufgabe des Staates, einzugreifen und diese Mißzustände abzuschaffen, das Eigentum des Staates zurückzunehmen und Klein- und Erwerbslosensiedlungen für Landarbeiter und Erwerbslose zu schaffen. Es gibt Arbeitswillige genug, die die Fähigkeit besitzen, das Eigentum des Staates in nutzbringender Weise zu bewirtschaften.

Die Verzweiflung unter den Landarbeitern und ländlichen Arbeitslosen ist groß. Die Maßnahmen der Agrarier schaffen noch mehr Verbitterung. Schnelle Hilfe ist geboten!

Saalkreis

Reichsbanner gründet Sportabteilung

Wettin. Eine außergewöhnlich gut besuchte Versammlung konnte der Ortsverein des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold hier abhalten. Der Vorsitzende hielt einen Vortrag über die jetzige Regierungspolitik. Die Kameraden gelobten, auch in den schwersten Stunden für Demokratie und Republik einzustehen. Die Beschaffung eines Sportplatzes ist nun endlich Wirklichkeit geworden. Die Sportabteilung kann in allernächster Zeit an die Oeffentlichkeit treten. Mit den Sportplatzarbeiten wird in den nächsten Tagen begonnen werden. Die Sportabteilung hält von jetzt an jeden Sonnabend, abends 8 Uhr, ihre Sportsitzung im Arbeiter-Sportheim des Freien Wassersportvereins E. V. ab. Alle Sportler, die wieder im des RB. herzlich willkommen.

R. B. herzlich willkommen.

Quetz. Einbruch. In der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch drangen Diebe ins hiesige Pfarrhaus ein und durchsuchten alle Räume. Sie stahlen jedoch nur einige Nahrungsmittel, während Wäsche und Wertgegenstände unberührt blieben.

Löbejün. Invalidenrentner in Kampfstellung. Die drohende Kürzung der Invalidenrenten und Unfallrenten, die durch eine neue Notverordnung durchgeführt werden soll, hat begreifliche Erregung unter die Sozialrentner getragen. In einer hiesigen Versammlung waren so viel Mitglieder des Zentralverbandes erschienen, daß sie nur mühsam Platz fanden. Die Kreisvorstandsmitglieder Schoenlank (Halle) und Senf (Könnern) berichteten ausführlich über die bereits durchgeführten Kürzungen in der Fürsorge und wiesen auf die Bestrebungen der Regierung hin, den Wünschen der Unternehmer zu willfahren. In einer scharfen Entschließung wurde gegen jeden Kürzungsversuch proiestiert.

Kreis Delitzsch

Eilenburg

Solidarität unter Schrebergärtnern

Einen schönen Beweis von Solidarität gaben die Schrebergärtner der Anlagen „Sebastopol", „Muldenaue", der Kriegsgefangenen usw. am letzten Sonnabend. Auf Betreiben des Vorstandes der Anlage „Sebastopol" waren dem ehemaligen Verwalter der Kantine, dem Schrebergärtner Kl., die Laube, Einfassung, Zaun, Bäumchen und Sträucher usw. gepfändet worden. Kl. ist seit einem Jahre Wohlfahrtsunterstützungsempfänger und lebt mit seiner Frau und zwei minderjährigen Kindern von 12 Mk. Unterstützung. Zu der Versteigerung hatten sich hunderte, vorwiegend Leidensgefährten, eingefunden. **Erfreulicherweise gab auch nicht einer ein Gebot ab, so daß die Versteigerung nicht stattfinden konnte.** Die soziale Einstellung der Mitglieder erwies sich als turmhoch stehend gegenüber der des Vorstandes und seiner eifrigen Helfer.

Die Ursache der mißglückten Versteigerung? Die Zeitverhältnisse brachten es mit sich, daß Kl. am 30. September 1930 den Posten eines Kantiners aufgeben mußte, ohne seine Verpflichtungen restlos erfüllen zu können. Alle Bemühungen einiger einsichtiger Mitglieder, die Angelegenheit außergerichtlich aus der Welt zu schaffen, um so dem Verein sein gutes Renommee zu erhalten und ihm viel Kosten zu ersparen, scheiterten an dem unversöhnlichen Haß einzelner Besserwisser. — Schädig! — Wäre es nicht angebracht, daß der hiesige Ortsverband dem Vorstand von „Sebastopol" ab und zu einen Vortrag über Zweck und Ziele der Kleingartenbewegung hielt?

Eilenburger Kattun-Manufaktur AG. In der in Halle abgehaltenen Generalversammlung wurde über die Aussichten im laufenden Geschäftsjahre gesagt, daß sie sehr unklar seien. Man hoffe, daß sich das Geschäft freundlich gestalten werde. Man werde versuchen müssen, den Export zu forcieren, damit zu rechnen sei, daß der Inlandsabsatz noch weiter absinken werde.

Kreis Bitterfeld

Überfall und Selbstmordversuch

Wolfen, den 20. November.

Auf der Straße zwischen Greppin und Wolfen überfiel am Dienstagfrüh ein etwa 40 Jahre alter Mann eine Frau, die mit dem Rad in die Filmfabrik fuhr. Er stieß sie vom Rad und wollte damit flüchten, als einige Arbeiter, die durch die Hilferufe der Frau alarmiert worden waren, zu Hilfe eilten und den Räuber festhielten. Später versuchte er, sich vor ein Auto zu werfen; er konnte aber zurückgehalten werden. Nach den Ermittlungen handelt es sich um einen Geistesgestörten.

Bürgermeisterwahl

Düben, den 20. November.

In der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag wurde Dr. Zimmermann vom Landbund der Provinz Sachsen mit 7 Stimmen zum Bürgermeister der Stadt Düben gewählt. Dr. Luthringhausen erhielt 6 Stimmen; zwei Stadtverordnete hatten weiße Stimmzettel abgegeben.

Kreis Wittenberg

Eisenbahnerlos

Zahna, den 20. November.

Bei Ausfahrt des Güterzuges 8237 verunglückte am Montagabend im Bahnhof Niedergörsdorf der Schaffner Lehmann aus Niedergörsdorf. Der Bedauernswerte als Schlußschaffner ist vermutlich beim Aufsteigen auf den fahrenden Zug ausgeglitten, wobei ihm ein Bein dicht unterm Knie abgefahren wurde.

Mansfelder Kreise

Tödlicher Unfall

Gestern früh gegen ½3 Uhr fuhr der Gärtner Schumann mit seinem Motorrad von Eisleben nach Bornstedt. Auf dem Soziussitz hatte er die 22jährige Erna Freist aus Bornstedt. In der Nähe von Wolferode fiel diese plötzlich rückwärts vom Rade. Die Verletzungen waren so schwer, daß sie auf dem Wege nach dem Krankenhause verstarb.

Kreis Torgau

Natürlich Freispruch im Fall Schildau

Der Landwirt Richard Lehmann und der Buchdruckereibesitzer Busenius aus Schildau waren wegen des bekannten Aufrufes in der „Schildauer Zeitung" am 14. August vor dem Großen Schöffengericht freigesprochen worden. In diesem Aufruf wurde von der „erbärmlichen Feigheit marxistischer Hetzer" gesprochen. „Wer will in der Greisenanstadt solch ein Lump und Verräter sein? Niemand außer den wenigen roten Gesellen, die unsere Heimat zerreißen und vergiften wollen!" Der Vertreter der Anklagebehörde hatte gegen den ersten Freispruch Berufung eingelegt. Er beantragte, die Angeklagten Busenius zu 75 Mk. und Lehmann zu 50 Mk. Geldstrafe zu verurteilen. Das Gericht verwarf auf Kosten der Staatskasse die Berufung. **Die beanstandeten Worte „Gesindel" und „rote Gesellen" tönnten nicht als Beleidigung einer Personenvereinigung gelten.** Nun rede noch einer davon, daß wir einer Kulturnation angehören!

Annaburg. Neuer Lohn für Forstarbeiter. Für die Forstarbeiter der Preuß. Staatsoberförsterei Annaburg wurde vom zuständigen tariflichen Schiedsgericht in Merseburg eine Neuregelung der Stücklohnsätze vorgenommen. Für die diesjährige Holzschlagperiode sind die Lohnsätze durchschnittlich 5 Prozent geringer als bisher. Die neue Lohnregelung gilt vom 1. Oktober 1931 bis

Weiße Wäsche Wöhn

Tischwäsche · Bettwäsche · Jnletts · Matratzendrelle · Handtücher · Wischtücher · Frottierwäsche · Küchenwäsche · Wäschestoffe

ganz besonders preiswert

A. Wöhn & CO. A.-G. HALLE ½
GR. STEINSTR. 86/87 MARKT 21

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262193111 20-14/fragment/page=0006

„Hinter der Mostrichfahne marschiere ich nicht!"

Vier Monate Gefängnis erhält der Polizeioberfekretär Ehrenberg vom Polizeiamt Berlin-Pankow

Nachdem die erste Verhandlung vor dem Torgauer Schöffengericht wegen Ladung weiterer Zeugen vertagt wurde, hatte sich jetzt der Polizeioberfekretär Willi Ehrenberg vom Polizeiamt Berlin-Pankow wegen Vergehens gegen den § 5 des Republikschutzgesetzes zu verantworten. Den Vorsitz des Gerichts führte Landgerichtsrat Rogge. Vertreter der Anklagebehörde war Staatsanwaltschaftsrat Dr. Bauer. Verteidiger wurde der Angeklagte von dem Naziantwalt Triebel (Berlin).

Die Vorgeschichte ist folgende: Im Mai dieses Jahres fand in Kolleschau (Kreis Schweinitz) ein Heimatfest statt. Der Angeklagte Ehrenberg war aus Berlin zu diesem Heimatfest erschienen. Die Einwohner des Dorfes und die Schulkinder machten einen Umzug. Von einer Gruppe wurde eine schwarzrotgoldene Fahne vorangetragen. Aus dem Zuge rief ein Bekannter Ehrenberg zu, warum er nicht als alter Kolleschauer in Reih und Glied mit marschiere. Auf diesen Zuruf gab er folgende Antwort: **„Hinter der Mostrichfahne marschiere ich nicht!"** Der nur zwei Meter von ihm entfernte Oberjandjäger Pohl sagte in der Verhandlung unter seinem Zeugeneid aus, daß er deutlich diesen Zuruf aus dem Munde Ehrenbergs gehört habe. Der gleichfalls aus Berlin zu Besuch anwesende Polizeihauptwachtmeister Teube bestätigte den Angeklagten in gleicher Weise. Die acht übrigen Zeugen hatten nichts von Bedeutung bei ihrer Vernehmung zu sagen. Der Angeklagte E. gab offen zu, daß er wegen seiner Beteiligung am Volksentscheid einen Verweis von seiner vorgesetzten Dienstbehörde erhalten habe. Er bestritt aber mit aller Entschiedenheit die gemachte Aeußerung.

Bei der Vernehmung des Zeugen Pohl gab es einen

Zusammenstoß zwischen dem Staatsanwalt und der Verteidigung.

Der Verteidiger machte dem Staatsanwalt den Vorwurf, daß er kein Recht habe, ihn zu unterbrechen, wenn er an Zeugen Fragen stelle. Der Staatsanwalt wies diese Meinung der Verteidigung mit aller Entschiedenheit zurück. Den Polizeibeamten Pohl wollte der Rechtsanwalt als nicht glaubwürdig hinstellen. Pohl dagegen beharrte nach wie vor auf seiner Aussage.

Nachdem die Beweisaufnahme geschlossen war, hielt der Staatsanwalt ein glänzendes Plädoyer. Es sei für ihn erwiesen, daß der Angeklagte die ihm zur Last gelegte Aeußerung auf Grund der glaubwürdigen Zeugenaussagen des Oberjandjägers Pohl und des Hauptwachtmeisters Teube gemacht habe. Besonders als Beamter hätte er sich die notwendige Zurückhaltung auferlegen müssen. Die Mindeststrafe nach dem Republikschutzgesetz betrage 3 Monate Gefängnis. Er sei aber über dieses Maß wesentlich hinausgegangen, da es sich um einen Polizeibeamten handle, von dem man in so schwer bewegten politischen Zeiten die Staats- und Verfassungstreue mehr wie von jedem anderen voraussetzen müsse. Er beantrage 9 Monate Gefängnis für Ehrenberg.

Der Naziantwalt Triebel behauptete, daß die Rechtsparteien, wenn sie an der Macht wären, bessere Hüter der Verfassung wie das jetzige System seien.

Nach längerer Beratung fällte das Gericht folgendes Urteil:

Der Angeklagte Polizeioberfekretär Ehrenberg wird auf Grund des § 5 Ziffer 2 des Republikschutzgesetzes zu einer Gefängnisstrafe von 4 Monaten verurteilt.

Landgerichtsrat Rogge führte in der Begründung des Urteils ähnliches aus, wie es bereits durch den Vertreter der Anklagebehörde geschehen war. Noch vielen Urteilen der letzten Zeit in ähnlichen Fällen kann man sagen, daß hier die staatspolitischen Erwägungen über engstirnige Parteidoktrin einen Sieg davongetragen haben.

---

30. September 1932. Die Lohnregelung durch das Schiedsgericht war nötig, weil von seiten der Oberförsterei eine 10prozentige Lohnherabsetzung gefordert wurde, die der Deutsche Landarbeiterverband als die Gewerkschaft der staatlichen Forstarbeiter zugestehen ablehnte.

Annaburg. Versetzt. Lehrer Zeller, der seit November 1926 an der hiesigen Volksschule amtierte und als Turnlehrer tätig war, ist an die Schule in Langenreichenbach (Kreis Torgau) versetzt worden.

Kreis Liebenwerda

Wichtige Veranstaltung im Bockwitzer Ländchen

Sonnabend, den 21. November, 8 Uhr, „Volkshaus" Bockwitz: Großes Wohltätigkeitskonzert für die Winterhilfe der Arbeiterwohlfahrt. Vereinigte Turnerkapellen Bockwitz und Finsterwalde.

Die Arbeiterschaft des Ländchens muß der Veranstaltung zu einem großen Erfolge verhelfen.

100 Jahre Selbstverwaltung der Kreisstadt

Auch hier Einführung der Bürgersteuer

Bad Liebenwerda. In der Stadtverordnetensitzung gab der Bürgermeister einen Rückblick über 100 Jahre Selbstverwaltung der Stadt. Er schilderte die

Entwicklung vom Ackerstädtchen zur heutigen Kreis- und Industriestadt.

Möbelfabrikant Müller, der 25 Jahre Schiedsmann war und in dieser Zeit von 725 Streitfällen 50 Prozent mit Erfolg geschlichtet hat, wurde einstimmig wieder gewählt. Als Stellvertreter wurde Standesbeamter Theile gewählt. Einer Bürgschaft für die Separationsgemeinde von 5000 Mk. wurde einstimmig zugestimmt. Durch Ausbau und Verbreiterung der Dresdener Straße macht sich ein neuer Fluchtlinienplan nötig, dem zugestimmt wurde. Es wurde mitgeteilt, daß die Mühlgrabenbrücke verbreitert werden soll. Die Kosten sollen im Etat der Provinz angefordert werden, sie werden sich auf 10 000 Mk. belaufen. Für den ausgeschiedenen Stadtv. Rieske wurden dem Stadtv. Augustin dessen Kommissionssitze übertragen. Durch Kürzung der Ueberweisungen sind die Fürsorgesätze teilweise um 50 Prozent gesenkt worden, die davon Betroffenen sind nun in große Notlage versetzt worden. Auf Antrag bei der Wohlfahrtskommission sind Vorschüsse gezahlt worden. Dem Antrag der Stadt beim Kreisausschuß, auf

Erklärung als Industriegemeinde,

ist noch nicht entsprochen worden. Der Magistrat wird dieserhalb beim Kreis nochmals vorstellig werden, da andere Städte des Kreises schon als Industriegemeinde erklärt worden sind. Durch die Kürzungen ist die Stadt gezwungen, 100 Prozent Bürgersteuer einzuführen. Die Finanzkommission soll sich damit beschäftigen.

Der Stadt als größten Grundbesitzer ist bei der Separation das schlechteste Land zugewiesen worden. Die Kutschkewiesen, die keinen Gewinn bringen, sondern nur noch Steuern verursachen, die größer sind als die Einnahmen, sollen daher aufgeforstet werden. Der Magistrat wurde ersucht, Kostenanschläge einzufordern. — Mit der Verteilung der Winterhilfe soll Anfang Dezember begonnen werden. Der Ausschuß ist sich aber noch nicht einig, ob eine Volksküche eingerichtet wird, oder ob in bar oder Naturalien die Bedürftigen bedacht werden sollen. In erster Linie sollen kinderreiche Familien und alte Leute berücksichtigt werden.

Verbesserung in der Fortbildungsschule

Bockwitz. An Stelle der bisher nebenamtlich tätigen Lehrkräfte in der Fortbildungsschule soll nun, nachdem die Anordnung der Regierung im ersten Fall von dem Schulvorstand abgelehnt und die Begründung auch von der Regierung anerkannt worden war, doch ein Wechsel eintreten. Die zwischen dem Dezernenten der Regierung und den Gemeinden geführten Verhandlungen haben dazu geführt, daß die Gemeinden Mückenberg und Bockwitz zusammen zwei gewerblich geschulte, bisher stellungslose Lehrkräfte übernehmen, die mit dem Fortbildungsschulunterricht ab sofort beauftragt werden. Die Anstellung erfolgt im Stundenlohn. Der Unterricht erstreckt sich auf das Bau- und Metallgewerbe sowie Nahrungsmittelgewerbe und die gemischten Berufsgruppen.

Von der Arbeiterwohlfahrt

Lauchhammer. Im Zeichen der Werbung für die Genossenschaft stand der letzte Abend der Frauengruppe und Arbeiterwohlfahrt, zu dem sich zirka 70 Besucherinnen eingefunden hatten. Genosse Dorn (Bockwitz) verstand es, mit seinen aus reicher Erfahrung geschöpften Ausführungen das Interesse der Frauen lebendig zu machen. Er darf überzeugt sein, daß seine Mahnung:

„Jeder Pfennig dem eigenen Unternehmen; jeder Einkauf im Konsumverein!"

auf fruchtbaren Boden gefallen ist. Das reichhaltige Werbematerial, das am Schluß zur Verteilung kam, wird den Frauen Gelegenheit geben, sich auch weiterhin über Wesen und Ziel der Genossenschaft als starke Waffe der Verbraucherschaft im Wirtschaftskampfe zu informieren.

Der zweite Teil des Abends war der Winterhilfe gewidmet. Der einleitende Bericht des Genossen Grober wurde von den Genossinnen Noack, Deutsch, Schreier und Nowack in vielen Einzelheiten ergänzt, so daß den Frauen ein guter Einblick in die Tätigkeit des gemeinsamen Hilfswerks gegeben wurde. Für die Nähstube der Arbeiterwohlfahrt, die der Winterhilfe wertvolle Unterstützung bieten will, meldeten sich sofort zahlreiche Frauen, die, da sie nicht mit Geld oder Naturalien dienen können, durch ihrer Hände Arbeit an der Linderung der Not mit helfen wollen.

Eine Uebersicht über die zahlreichen Veranstaltungen der nächsten Zeit und die Aufforderung, sie durch starken Besuch zu einem Erfolge zu gestalten, bildete den Schluß des wohlgelungenen Abends, der der Arbeiterwohlfahrt eine größere Zahl neuer Mitglieder zuführte.

Mückenberg. Eigenartig ist, wenn bei Planierungsarbeiten mehrere Zentner Kohle zugeschüttet werden, die manchem Arbeitslosen sehr gute Dienste leisten würden. Auf der einen Seite Vernichtung und auf der anderen Seite Ueberfluß. Wegen des Ueberflusses nimmt man es nicht so genau mit der Kohle. Die kann ruhig zugeschüttet werden, und wenn die Arbeiterschaft auch darbt. So bei der Bubiag geschehen.

Kreis Schweinitz

Nazis organisieren Ortsschutz

Öffentliche Anfrage: Können die Herren bereits Polizeibefugnisse ausüben?

Unser ul-Mitarbeiter gibt uns folgende bemerkenswerte Schilderungen:

Eine in einem eigenartigen Licht erscheinende fieberhafte Tätigkeit entwickelt derzeit die Nazis auf den Dörfern der Schönewalder Umgebung. Unter der Vorspiegelung, für die nächste Zeit sei ein Kommunistenputsch zu erwarten, bemühen sich der Schönewalder Naziführer, Rittergutsbesitzer Lehmann (Grauwinkel), und der Jungland bundführer Hertel (Ahlsdorf), in den Ortschaften

einen sog. „Ortsschutz" zu organisieren.

Wie man hört, werden solche Leute, die sich einem derartigen „Ortsschutz" beizutreten verpflichten, zur Beschaffung von Waffen aufgefordert. Der Bevölkerung hat sich angesichts des „Ortsschutz"-Rummels der Nazis eine große Unruhe bemächtigt. Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß der politisch reaktionär eingestellte und in seiner Bevölkerungsschicht zu weit überwiegendem Teil agrarisch konstruierte Kreis Schweinitz wohl kaum der Gefahr eines Kommunistenaufstandes ausgesetzt sein dürfte, gewinnt die „Ortsschutz"-Organisation der Nazis eine um so eigentümlichere Beleuchtung, als Herr Rittergutsbesitzer Lehmann angeblich zum „Holzfällen" sich Torgauer SA.-Leute auf sein Gut abkommandieren ließ, obwohl Erwerbslose in allernächster Nachbarschaft für derartige Arbeiten mehr wie hinreichend zur Verfügung stehen. Selbstverständlich werden Nachts Patrouillen ausgesandt, um den „Feind" rechtzeitig aufzuspüren.

Dem Schönewalder sozialdemokratischen Ortsvereinsvorsitzenden passierte es kürzlich, als er von einer auf dem Lande abgehaltenen Versammlung zurückkehrte, daß drei uniformierte Patrouillengänger ihn mit der Frage „Wohin?" und der Aufforderung, vom Rade abzusteigen, aufzuhalten suchten. Wenn die Herrchen sich auch damit zufrieden gaben, daß unser Genosse selbstverständlich überhaupt nicht reagierte, sondern ruhig weiterfuhr, so ist doch die Frage erlaubt, seit wann auf dem Lande illegitim Uniformierte der Rechtsverbände sich Polizeibefugnisse anmaßen dürfen. Für das Gebiet des Schönewalder Ortspolizeibezirkes ist von seiten des Bürgermeisters jede „Ortsschutz"-Organisation untersagt worden.

Die Arbeiterschaft interessiert aber folgende, dem Herrn Landrat vorgelegte Frage:

Hat der Herr Landrat Kenntnis von einer derartigen, von Parteimännern der Rechtsopposition aufgezogenen „Ortsschutz"-Bewegung und was gedenkt er dagegen zu unternehmen, um einmal der durch die „Ortsschutz"-Organisation entstandenen Beunruhigung der Bevölkerung zu begegnen, zum andern die Landstraßen von der Landplage auf Patrouillengängen befindlicher uniformierter „Ortsschutz-Verbändler" zu befreien?

Es dürfte nichts schaden, wenn auch die Regierung ihre Aufmerksamkeit solchen Vorgängen zuwenden würde.

*

In einer außerordentlich gut besuchten öffentlichen Versammlung sprach am vergangenen Sonnabend Gen. Baguley (Schönewalde) in Stolzenhain über die gegenwärtige Wirtschaftskrise und ihre Behebung. Die Diskussion bewegte sich in ruhigen und sachlichen Bahnen und bewies auch hier, wie überall auf dem Lande, wieviel Aufklärungsarbeit von uns geleistet werden muß, um der Verhetzungspropaganda entgegenzuarbeiten. Weniger gut besucht war leider die öffentliche Versammlung in Holzdorf am letzten Sonntag. Hier, im derzeitigen Hauptquartier der Nazis, wo der Nazikreisleiter Günther thront, war anscheinend die Parole des Nichtbesuches unserer Versammlung ausgegeben worden. Während man in eigenen Versammlungen und sonstiger Propaganda sich in den wüstesten Hetzorgien gegen die SPD. ergeht, wagen es die Herren Naziführer eben nicht, in unseren Versammlungen in sachlichem Meinungskampf sich zu stellen.

Einbrecher schlägt alte Frau nieder

Schlieben. In Naundorf wurde in der Nacht bei dem Ehepaar Ruh eingebrochen. Als die alten Leute bereits im Bett lagen, stieg ein Mann durch das Fenster und forderte, das Geld herauszugeben. Auf die Antwort, daß kein Geld da sei, schlug der Einbrecher die 76jährige Frau derart, daß sie die Besinnung verlor. Darauf durchwühlte er sämtliche Behälter, fand aber nichts. Die Polizei, die sofort die Ermittelungen aufnahm, konnte alsbald als Täter den 1906 geborenen Landwirtschaftsgehilfen Karl Osse ermitteln und dem Torgauer Untersuchungsrichter zuführen.

Familien-Nachrichten

Halle: geb. Louis Präßch; Karl Gerns; Anna Bornschein; Karl Röhrig; Wolfgang Pitschel; Olga Ohme; Martha Behmann. Schlettau: geb. Reinhold Koh. Reichsburg: geb. Marie Hintzsche. Döbau: geb. Richard Hönsel. Rietleben: geb. Eduard Koch. Schönau: geb. August Leuchtemann. Delitzsch: geb. Amalie Fiedler. Laucha-hammer: geb. Wilhelm Faust. Falkenberg: geb. Marie Dreßelhaus. Massdorf: geb. Willi Müller. Eilenburg: geb. Adam Böhm. Schöttgau: geb. Marta Baar. Merseburg: geb. Alexander Blemen.

Verantwortlich für Politik, Feuilleton und Allgemeines: Ernst Loeps; für Lokales und Kommunalpolitik: Gottlieb Kaspareit; für Provinz und Sport: Felix Hadicke; sämtlich in Halle. — Verantwortlich für den Anzeigenteil: Walter Rüne, Halle. Druck und Verlag: Hallesche Druckerei-Gesellschaft mbH., Halle, Gr. Märkerstraße 6.

042 Telegramm
aus mannheim
Aufgenommen 1200
Tag Monat Jahr Zeit
von Mhm durch Le
Deutsche
an
31
durch
= an alle hausfrauen =
= sensationelle preissenkung für vim =
= normaldose nur noch 20 pfg = doppeldose 35 pfg =
= dazu auf jeder dose wertvoller gutschein =
= besseres universal-putz-u. scheuermittel
für so wenig geld gibt es nicht =
= sunlicht a.g. =
005 V-25-67

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262193111 20-14/fragment/page=0007

Kultur und Frau

Kindheit und Reife

Probleme der sozialistischen Erziehung

Zu den Erfordernissen des sozialistischen Erziehers, des Lehrers, des Fürsorgers und aller derer, die heranwachsende Jugend zu betreuen haben, gehört auch die genaue Kenntnis der Umwelt, in der sie ihnen anvertrauten Kinder aufwachsen. Denn wenn wir auch heute nicht mehr mit völliger Ausschließlichkeit auf dem Boden der reinen Milieutheorie stehen, die jede Leistung, jedes Talent, jeden Zug der Persönlichkeit aus dem umgebenden Milieu heraus zu erklären versuchte, so ist doch nicht zu leugnen, daß die Wechselwirkung zwischen dem heranwachsenden Jugendlichen und seiner Umwelt außerordentlich groß ist. Der verantwortungsbewußte Erzieher, der es mit seiner Aufgabe wirklich ernst meint, wird immer wieder, sobald er den tieferen Ursachen von Mängeln und Fehlern seiner Zöglinge nachgeht, die Erfahrung machen, daß sie zu einem großen Teil in den Verhältnissen des Elternhauses begründet sind. Unordentlichkeit der Hefte und Bücher, Zuspätkommen, Schulversäumnisse, Mangel an Interesse am Unterricht — nur zu oft ist das alles eine Folge ganz bestimmter Verhältnisse im Elternhause des Kindes. In einem unordentlich geführten Haushalt, den die Mutter nur flüchtig nach ihrer Berufsarbeit besorgen kann, in dem die mehrköpfige Familie sich ständig in der Küche oder einem unzureichenden engen Zimmer aufhält, können einfach auch die täglich benutzten Schulhefte nicht in dem tadellos sauberen Zustande sein, der wünschenswert wäre. Ebenso ist es nicht zu verwundern, daß ein Kind oft zu spät zur Schule kommt, wenn es noch vor Schulbeginn Einkäufe machen oder die kleineren Geschwister betreuen muß. Schulversäumnisse aber sind in vielen Fällen damit zu erklären, daß viele Mütter die Kinder daheim bleiben lassen, um eine Hilfe bei der Wäsche, der Hausarbeit, dem Austragen von Zeitungen und anderem zu haben. Selbstverständlich wird ein Kind, das in dieser Weise durch das Elternhaus beansprucht wird, viel leichter im Unterricht ermüden als das ausgeruhte, von der Mutter wenig beanspruchte Kind, ganz abgesehen von starken seelischen Einflüssen, die bei ehelichen Zwistigkeiten, bei Trunksucht des Vaters, Schwangerschaft der Mutter, Arbeitslosigkeit, Not und Verbrechen sich stark in der leicht erregbaren Seele des Jugendlichen auswirken und auch durch den Unterricht keine stets erfolgreiche Ablenkung erfahren.

Diese Wechselwirkung zwischen Elternhaus und Schule, zwischen Familienleben und Leistung ist ganz besonders kompliziert bei heranwachsenden Mädchen, die zwischen Kindheit und Reife stehen. Es ist deshalb außerordentlich zu begrüßen, daß eine Wiener Lehrerin aus ihren reichen Erfahrungen heraus eine Fülle von Material veröffentlicht hat, das uns einen klaren Einblick in Gebiete ermöglicht, die teilweise überhaupt noch nicht wissenschaftlich erforscht sind („Das reifende Proletariermädchen" von Dr. Margarete Rada. Ein Beitrag zur Umweltforschung. Deutscher Verlag für Jugend und Volk, Wien-Leipzig.) Die Verfasserin hat auf Grund unzähliger Hausbesuche und jahrelangen Unterrichts, von Fragebogen, Aufsätzen, Gesprächen, Wanderungen und Beobachtungen eine Frage nach der anderen einer genauen, tiefgehenden Prüfung unterzogen. Sie kam zu dem Ergebnis, daß durchschnittlich nahezu die Hälfte der heranwachsenden Proletariermädchen sich selbst überlassen ist, daß etwa 42 Proz. gewissermaßen auf der Straße aufwachsen. Für die meisten ihrer Schülerinnen bildete die Schule die einzige Quelle geistiger Anregung, denn 50 Proz. der Eltern kümmerten sich nicht um das Geistes- und Seelenleben ihrer Kinder; nur ein winziger Prozentsatz, etwa ein Zehntel, kam zu den Elternabenden. Von 90 Kindern besaßen nur 5 die Werke Schillers oder Goethes, und ein Viertel aller Schülerinnen im Alter von 11 bis 13 Jahren besaß überhaupt kein eigenes Buch.

Sehr aufschlußreich ist auch die Untersuchung über die Schularbeit der Kinder, die sie daheim anfertigen: Nahezu die Hälfte der heranwachsenden Mädchen arbeitete am Küchentisch, der gleichzeitig Ablagestelle für Nahrungsmittel, Speisen, Wäsche, Spielsachen sein mußte. Und doch waren diese Kinder noch glücklich zu nennen im Verhältnis zu denen, die einen alten Sessel, einen Koffer, das Fensterbrett, eine Schrankecke oder dergleichen als Unterlage für das Schreibheft zur Verfügung hatten. Etwa 80 Proz. der Mütter sind so stark durch Haushalt, Heimarbeit oder außerhäuslichen Beruf überlastet, daß die Kinder an ihnen nur sehr wenig Hilfe haben, wenn nicht — und das ist meistens der Fall! — das Elternhaus sogar noch negativ auf Leistung und geistige Fortentwicklung der Mädchen einwirkt. Margarete Rada teilt mit, daß nicht weniger als 35 Proz. der Mädchen an den Waschtagen der Mutter den Unterricht versäumten. Andere müssen die Heimarbeit fertigstellen oder Gänge besorgen oder die kleineren Geschwister betreuen. 34 Proz. der Schülerinnen mußten die kleine Mittagspause zwischen Vormittags- und Nachmittagsunterricht dazu benutzen, Geschirr zu spülen, die Wohnung sauber zu machen, aufzuräumen. Daß solche Kinder, zumal wenn sie auch noch einen weiten Schulweg haben, nach unzulänglichem, hastig verzehrtem Mittagessen im Nachmittagsunterricht wenig leistungsfähig sind, ist eine Selbstverständlichkeit.

Auch die Einflüsse des Elternhauses, die das sexuelle Problem der reifenden Mädchen nach einer ganz bestimmten Richtung hin gestalten, behandelt die Untersuchung. Bei den Proletariermädchen wirkten sie sich meist so aus, daß die Heranwachsenden Fragen dieser Art mit völliger Offenheit und Selbstverständlichkeit behandelten und auch der Lehrerin mit einem gewissen Stolz als „Wissende" gegenübertraten. Allerdings war nur für einen verhältnismäßig geringen Prozentsatz das sexuelle Problem ausschlaggebend und hemmend für die geistige Entwicklung.

Eins der wertvollsten positiven Ergebnisse der Untersuchung aber ist die Wahrnehmung, daß irgendeine Vereinigung, wie etwa die Kinderfreunde, oder sonst eine von starkem ideellem Gehalt politischer oder weltanschaulicher Art getragene Gemeinschaft diese oft wurzellosen Mädchen, die ohne die Hut eines auffsituierten Elternhauses heranwachsen, festen Boden gewinnen läßt und ihnen Halt und Stütze für ihr ganzes Leben gibt. Diese Erkenntnis ist von größter Bedeutung, denn hier wird ein Weg gezeigt, der diesen jungen Menschen einen wirklichen Lebensinhalt geben kann. Und hier, an dieser Grenze, wo Elternhaus und Schule in den Hintergrund treten, gibt ein neuer großer Wegweiser die Richtung in die Zukunft an. Diese Grenze ist das Eingangstor zu dem gewaltigen Aufgabenkreis, den der Sozialismus diesen Jugendlichen gegenüber zu erfüllen hat.

E. M.

Besondere Kennzeichen der „Dame von einst"

Historische Modetorheiten

Die Trägerin der Mode ist von allem Anfang an die „Dame" gewesen. Schon diese Bezeichnung, abgeleitet von dem lateinischen Worte „Dominia" („Herrin"), deutet auf den sozial gehobenen Stand hin. Selbst in der italienischen Bezeichnung „Madonna" für die Gottesmutter oder Himmelskönigin Maria lebt diese Standesauszeichnung weiter; „Madame" nannte sich am französischen Hofe die Gattin des Kronprinzen, des „Dauphin". Erst die französische Revolution hat auch der Bürgersfrau diesen Titel zuerkannt.

Ein besonderes Kennzeichen der „Dame" war zu allen Zeiten der Müßiggang. Die Dame läßt Mägde und Kammerzofen für sich arbeiten und weiß mit ihrer Zeit nichts Gescheites anzufangen; selbst die Kinderpflege überläßt sie ihren dienstbaren Geistern. Sie lebt also für die „Gesellschaft", treibt ein bißchen Sport, ein bißchen Kunst, etwas Handarbeiten für Luxuszwecke, oder Musik, ein bißchen Lektüre. Aber vor allem Geselligkeit in jeder Form: Schmausereien, Klatsch, Tanz. Die Pflege des Körpers, die Schaustellung der weiblichen Reize, beschäftigt sie am allermeisten. Sie muß Abwechselung in der Kleidung haben, um den Mann immer aufs neue anzulocken. Kurzum: sie braucht die stets wechselnde Mode.

Im Altertum spielen die Kleidermoden noch keine große Rolle. Man hat sich in Athen und Rom meniger um die Kleider gekümmert als um die Pflege der Haut, um Schmuck, um die Haare. Es gab schon damals kunstvolle Frisuren und Färbemittel, mit denen dunkle Haare in rotblonde — die Modefarbe im kaiserlichen Rom wie im Benedig der Renaissance („Tizianrot") — verwandelt wurden. Im frühen Mittelalter lehnt man sich zunächst noch an die antike Tracht an. Man läßt das dünne Gewand, das die Füße bedecken muß, in langen Falten am Körper herabfließen und schnürt es, etwa seit 1200, mit einem Gürtel in der Hüfte ein. Ein schwerer, meist aus dunklem Samt bestehender Mantel, der mit kostbar verzierten Schließen gehalten wird, vervollständigt diese noch einfache und natürliche Tracht.

Aber schon zu Beginn des 14. Jahrhunderts hören wir von allerhand Toilettenkünsten in einer Schrift des französischen Chirurgen Thomas de Mondeville. Gegen Gesichtsröte empfiehlt er, Schröpfköpfe ans Kinn zu setzen und darauf ein Pflaster zu legen, das aus verbrannten Sohlenleder und Honig gemischt ist. Gesichtsblässe wiederum wird mit weißem Senf, Zitronensaft und Milch behandelt. Zur Erzielung einer wohlgeformten Büste sollen Sperlingssaft und Essig aufgeschmiert werden, verdickt mit dem Pulver getrockneter grüner Schildläuse. Als Haarfärbemittel diente eine Mischung von Eigelb, Schwefel und Harz.

Mit der italienischen Renaissance brach eine neue Epoche im Leben der „Dame" an. Die klösterliche Enge, die die Ritterburg mit sich gebracht hatte, macht einer weltfreudigeren und prunkvolleren Kultur Platz. Die Frauen des städtischen Patriziats, einer Art von Stadtadel, suchen es den Aristokratinnen gleichzutun. Der Handel mit dem Orient bringt die schweren gemusterten Seiden- und Brokatstoffe herein, die zu langen Schleppkleidern verarbeitet werden. Man leistet sich einen größeren Stoffverbrauch und macht deshalb die Aermel unsinnig weit und lang. Bisweilen muß der Magistrat eingreifen, um den Halsausschnitt und die Länge der Schleppe zu begrenzen. Aber hauptsächlich handelte es sich dabei um die Wahrung der Klassenvorrechte, die in den Kleiderordnungen ihren Ausdruck fanden.

Der blonden Modefarbe zuliebe ließen die Damen von Venedig ihr Haar auf den flachen Dächern in der heißesten Sommersonne bleichen und ertrugen geduldig alle Qualen dieser Prozedur. Dem hellen Haar entsprechend mußte das Gesicht blasser geschminkt werden. Und weil manchmal Regen und Schmutz die Gassen überschwemmten, erfand man die „Sockelschuhe" mit 30 Zentimeter hohen Sohlen und Absätzen. Aber auch die Haartracht wurde immer künstlicher.

Damit sind die Grundlinien gezeichnet für die Entwicklung der beiden folgenden Jahrhunderte. Die spanische Hoftracht, die seit dem Ende des 16. Jahrhunderts maßgebend wird, schreibt einen tonnenartig breiten Rock vor, in den die Taille spitz hineingezwängt wird. Auf unmäßig verbreiterten Hüften sitzt ein eng eingeschnürter Oberteil. Ueber dem Rückenausschnitt stellt sich der steife „Stuartkragen" auf, der den Kopf darüber winzig erscheinen läßt. Die Aermel werden gepufft, und das ganze Kleid wird mit Juwelen überlöst. Bis zu 5 und 6 kostbare Unterröcke werden unter dem vorn etwas hochgerafften Rock sichtbar. Um die Mitte des 17. Jahrhunderts setzt sich für einige Jahrzehnte die einfachere holländische Bürgertracht mit Häubchen und schlichtem Rock durch. Aber dann bricht das Zeitalter Ludwigs XIV. herein, das aller Vernunft und Hygiene vollends Hohn spricht. Reifrock und Stöckelschuh, mit denen man kaum trippeln kann — zur Fortbewegung sind Kutsche und Sänfte da — und immer unsinniger aufgetürmte Haargebäude bezeichnen die Damenmode des 18. Jahrhunderts. Mit Schminke und Schönheitspflästerchen wird das Gesicht zugeschmiert. Selbst die natürliche Haarfarbe muß unter dem Puder verschwinden.

Die große Revolution von 1789 bringt zwar einen radikalen Umsturz der Frauenkleidung: man kehrt mit dem „Directoire" und „Empire" so weit zur Natur zurück, daß man beinahe nur noch im Hemde herumläuft und im Winter die gefährlichsten Erkältungen riskiert — aber das Bürgertum wird, wie in der Politik, so auch in der Mode rückfällig. Mit der „Krinoline" wird der Reifrock des Rokoko wieder eingeschmuggelt, und das Korsett ersetzt das abscheuliche Schnürleibchen des 18. Jahrhunderts. In den Gründerjahren feierte die Entstellung des weiblichen Körpers Triumphe. Selbst heute erleben wir noch Versuche, eine gesunde, praktische und billige Mode von einer unsinnigen und teuren ablösen zu lassen. Die „Damen" brauchen so etwas zum Zeitvertreib. . . .

Hermann Hieber.

Ein tüchtiger Junge

Hans geht mit Anito zum Kaufmann. Der Kaufmann fragt: „Hansel, bist du auch katholisch wie Anito?"

Hans: „Katholisch?? Nein!"

Kaufmann: „Bist du also evangelisch?"

Hans: „Evangelisch??? Nein!"

Kaufmann: „Also bist du jüdisch?"

Hans: „Ach?? — — Nein, auch nicht!"

Kaufmann: „Na, irgend etwas mußt du doch sein! Was bist du denn dann?"

Hans: „Ach so, natürlich! Ich bin Genosse!"

Der Familienname

Wenn ein neugeborener Mensch in die Reihe der Staatsangehörigen eingeordnet wird, so werden für ihn zweierlei Arten von Namen beim Standesamt eingetragen: Vorname und Zuname oder Familienname. Die manchmal gebräuchliche Bezeichnung „Vatersname" ist nicht ganz richtig, denn den Namen des Vaters führen zwar die in der Ehe geborenen Kinder, aber die Uneheligen führen den Namen der Mutter. Das heißt, sie führen den Namen, den die Mutter hatte, ehe sie sich vielleicht wieder verheiratet hat. Wenn sie allerdings den leiblichen Vater des unehelichen Kindes heiratet, so bekommt das Kind die Stellung eines ehelichen Kindes, also auch den Namen des Vaters. Hat also Hedwig Müller ein uneheliches Kind, dessen Vater Herr Schmidt ist, so heißt das Kind zunächst mit dem Familiennamen Müller. Heiratet dann aber Hedwig Müller Herrn Schmidt, so bekommt auch das Kind den Namen Schmidt. Heiratet die Mutter jedoch einen einen Mann, vielleicht einen Herrn Körner, so behält das Kind den Namen Müller und bekommt nicht den Namen Körner.

Wenn eine Frau heiratet, so verliert sie ihren Mädchennamen und erhält den Namen ihres Mannes. In anderen Ländern ist es vielfach üblich, daß die Frau ihrem Namen den ihres Mannes anfügt. Wenn also Anna Schulz Herrn Sommer heiratet, so nennt sie sich nachher Schulz-Sommer. Das kann sie bei uns im gewöhnlichen Leben zwar auch tun, aber nicht vor Behörden. Es ist nur möglich, offiziell den Namen zu ändern mit staatlicher Erlaubnis und das kostet eine nicht ganz kleine Summe. So können beispielsweise Künstler, Schauspieler und andere sich zwar auf dem Theaterzettel oder etwa auf Buchtiteln belieblig nennen. Sobald sie aber bei dem Gericht etwas zu tun haben, müssen sie ihren richtigen bürgerlichen Namen angeben. Es ist auch schon vorgekommen, daß ein zweiter versucht hat, sich einen schon berühmten Namen zuzulegen. Dagegen kann von dem rechtmäßigen Träger des Namens vorgegangen werden. Es heißt im Bürgerlichen Gesetzbuch, daß, wenn das Interesse eines zur Führung eines Namens Berechtigten verletzt wird, dieser von dem anderen die Aufgabe des unberechtigt geführten Namens verlangen und eventuell auf dem Klagewege gegen ihn vorgehen kann.

Ganz besonders geartet ist die Frage des Familiennamens der Frau im Fall einer Ehescheidung. An und für sich behält auch die geschiedene Frau den Familiennamen ihres Mannes. Sie ist aber auch berechtigt, ihren eigenen Familiennamen wieder anzunehmen oder, wenn sie schon einmal vorher verheiratet gewesen ist, den Namen, den sie trug, bevor sie die neue Ehe einging, also den Namen ihres früheren Mannes. Das darf sie jedoch nicht, wenn sie schuldiger Teil bei der Scheidung war. Wenn die Frau so ihren Namen ändern, ihren früheren Namen wieder annehmen will, dann muß sie das vor der Behörde erklären. Andererseits kann der Mann, wenn die Frau allein schuldiger Teil ist, ihr nach der Scheidung verbieten, seinen Namen weiter zu führen. Auch das muß er vor der Behörde erklären, die es dann der Frau mitteilen soll. Etwas besonders liegen die Dinge noch bei der Adoption, der Annahme an Kindesstatt. Im allgemeinen bekommt das angenommene Kind den Namen dessen, der es adoptiert. Wenn aber eine verheiratete Frau ein Kind annimmt, so bekommt das Kind den Familiennamen, den die Frau vor ihrer Verheiratung hatte. Nimmt also Frau Sommer ein Kind an, so bekommt dies den Namen Schulz. Wenn das Kind vorher den Namen — sagen wir „Erdheim" — hatte, so kann es, wenn es will, dem neuen Namen den alten, eigenen hinzufügen; es kann sich dann also „Schulz-Erdheim" nennen. Die späteren Nachkommen eines angenommenen Kindes führen den Namen, den es nach der Annahme hatte, weiter. Wird jedoch die Adoption aufgehoben, dann verlieren das Kind wie seine Nachkommen auch wieder das Recht, den Namen dessen zu führen, der das Kind angenommen hatte.

Henni Lehmann.

Merkwürdige Kaffeesitten

Wissen Sie, was das Wort Kaffee bedeutet? Nun, das ist doch arabisch, und darum ist es keine Schande, von seinem Sinne nichts zu wissen. So glaubt man allgemein und irrt damit gründlich. Auch die Araber haben den Namen „Caffa" für die Bohnen und das aus ihnen bereitete Getränk des Kaffeebaumes nur übernommen, ohne seinen eigentlichen Sinn zu kennen. Der ist afrikanisch und bedeutet etwa Gebirgsbauer. Denn die „Kaffeeklsche" sind Gebirgsbauern. Sie haben in den Bergwäldern von Abessinien ganze Wälder von Bäumen, die nach ihnen die Kaffeebäume genannt werden; der Landstrich, in dem der Fall ist, heißt danach Kaffa; die Frucht der Bäume wurde als Kaffafrucht oder Kaffee auch übers Meer ins benachbarte Arabien gebracht. Damit begann der Zug des Kaffees um die Erde, wo er, nebenbei gesagt, immer noch nicht alle Völker erreicht hat. Zum Beispiel nicht die Chinesen, die den Kaffee verabscheuen. Wohl aber besonders die orientalischen und europäischen Völker, allerdings auch die erst nach allerlei Irrungen und Wirrungen, die zu den merkwürdigsten Kapiteln der kulturgeschichtlichen Pflanzenkunde gehören.

Nicht einmal die Araber, die dem Kaffee seinen zweitwohlstümlichsten Namen — nämlich Mokka — verschafften, haben sich ohne weiteres mit dem Kaffee befreundet. Ja, gerade in Arabien hat er heute noch, nach fast tausend Jahren Mokkafreuden, einen erfolgreichen Konkurrenten, den Catha-Strauch, dessen Blätter, im Absud getrunken, von Millionen Arabern immer noch aufs höchste gepriesen werden, während andererseits auch in der Welt von tausend und einer Nacht die ersten Kaffeefreunde gründlich die Bastonade (Stockprügel auf die nackten Fußsohlen) erhielten. Warum? Weil sie beschuldigt wurden, ein meinabnliches, nämlich berauschendes, also nach dem Koran verbotenes Getränk zu genießen. Noch um 1511 war aus diesem Grunde das Kaffeetrinken in der ganzen morgenländischen Welt verboten. Erst die Schriftgelehrten von Kairo brachen den Bann. Sie selbst liebten das Getränk, priesen als seine Hauptugend allerdings nur, daß es sie bei ihren Nachtwachen vorm Einschlafen bewahre, woraus ein Rückschluß darauf gezogen werden mag, wie stark und unmäßig sie den Kaffee getrunken haben. Heute schätzt man ihn im heißen Arabien, dessen Küstengegenden zu den glühendsten Ländern der ganzen Erde gehören, wieder aus ganz anderem und wieder von unserer Kaffeefreude sehr verschiedenem Grunde. Ich selbst hatte wochenlang das Gefühl, nur durch den Kaffee dem Verdursten entgangen zu sein. Auf meinen Wanderungen an den Küsten des Roten Meeres taute auch ich gleich meinen arabischen Begleitern fast den ganzen Tag über geröstete Kaffeebohnen, mit dem Erfolge, daß trotz einer trockenen Hitze von 40 bis 50 Grad Celsius im Schatten und sparsamster Wasserversorgung kein nennenswertes Durstgefühl auftam. Uebrigens erfuhr ich auch bei dieser Gelegenheit, daß das deutsche Wort Bohne arabischen Ursprungs sei, denn die Araber nennen die Kaffeebohne „bun". Diese Sitte, trockenen Kaffee zu genießen, ist überall an den Küsten der arabischen Meere verbreitet, am meisten in Persien, wo man den feinsten Kaffee überhaupt nur so „trinkt", daß er, schwach gerösstet, zu feinem Pulver zerstampft und luftdicht aufbewahrt, tagsüber löffelweise ab und zu genascht wird.

Dr. R. H. Francé.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219311120-14/fragment/page=0008

Arbeitslose stürmen ein Rathaus

Verhandlung gegen 23 Gräfenhainicher Erwerbslose vor dem Schöffengericht in Halle

Montag vormittag begann vor dem Großen Schöffengericht in Halle unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Rummler der Prozeß gegen 23 Gräfenhainicher Erwerbslose, die am 21. Mai d. J. nach einer Erwerbslosenversammlung und einem anschließenden Umzug in das Gräfenhainicher Rathaus eindrangen bzw. den Wohlfahrtsdezernenten verprügelten oder sonst, wie die öffentliche Ordnung störten. Schwerer Hausfriedensbruch, Landfriedensbruch, gefährliche Körperverletzung, Beleidigung, Uebertretung des Demonstrationsverbots, Beamtennötigung und Aufruhr sind die Delikte, die den einzelnen 23, fast sämtlich der KPD. angehörenden Angeklagten, von denen als Führer der Schlosser Paul Uhlig, der Kupferschmied Max Schäffner, der Fleischer Karl Bellmann und der Arbeiter Paul Gottschlich gelten mögen, vorgeworfen werden. Unter den 23 Angeklagten sind auch fünf Frauen. Die Verhandlung, zu der 30 Zeugen geladen sind, wird sich auf drei Tage erstrecken. Gestern wurden die Angeklagten vernommen, heute sollen die Zeugen aussagen und am Donnerstag werden die Plädoyers und das Urteil zu erwarten sein.

Die Angeklagten haben das Wort

Nach den fast übereinstimmenden Aussagen der 23 Angeklagten haben sich die Erwerbslosenunruhen in Gräfenhainichen am 21. Mai d. J. folgendermaßen zugetragen:

Die Vorgeschichte.

Gräfenhainichen hat gegenwärtig etwas über 4000 Einwohner, davon waren im Mai 637 arbeitslos; wenn man dazu die Familienmitglieder rechnet, kann man also sagen, daß die halbe Stadt erwerbslos war. Von den Städten des Kreises Bitterfeld zahlte Gräfenhainichen dazu die geringsten Wohlfahrtsunterstützungssätze. Im März 1931 waren nun durch Notverordnung die an sich schon geringen Sätze der Wohlfahrtserwerbslosen in Gräfenhainichen gekürzt worden. Die Kürzung betrug rund 3 Mk. die Person. Die Erbitterung und Verzweiflung über diese neueste Kürzung war allgemein. Dazu kam noch, daß eine Bestimmung herauskam, nach der den kleinen Hausbesitzern, die Wohlfahrtsunterstützung bezogen, die Unterstützung auf ihre Häuser als Hypotheken eingetragen werden sollten. Der Erwerbslosenrat, dessen Vorsitzender der Angeklagte Gottschlich, später Schäffner war, verhandelte dann mit dem Bürgermeister Meier und dem Wohlfahrtsdezernenten Schirmer über die Beseitigung der Kürzungen. Der Bürgermeister versprach auch, sich mit dem Landrat über diese Dinge auseinandersetzen. Die Verhandlungen zogen sich jedoch hin bzw. wurden hingezögert. Die Erwerbslosen sahen das jedoch als „bösen Willen" namentlich des sowieso bei ihnen recht unbeliebten Wohlfahrtsdezernenten Schirmer an. Am 20. Mai fand eine Besprechung des Erwerbslosenrates statt, bei der beschlossen wurde, in den nächsten Tagen

eine Erwerbslosenversammlung

einzuberufen. Am nächsten Tage beschloß man dann, die Versammlung einzuberufen. Das geschah — unbeanstandet von der Polizei — so, daß der Angeklagte Bellmann mit seiner Trompete die Bekanntmachung in den Straßen austrompetete. Die Versammlung, die nach Meinung der Angeklagten wie alle vorhergehenden Erwerbslosenversammlungen wegen ihres unpolitischen Inhalts nicht angemeldet zu werden brauchte, fand am Nachmittag statt. Es wurde nach den Angaben der Angeklagten nur über die Verhandlungen mit dem Magistrat gesprochen. Nach der Versammlung

formierte sich spontan ein unzusammenhängender Zug.

der nach dem Rathause zog. Uhlig und Schäffner gaben angeblich zum Schutze der Kinder, die im Zuge mitgingen — vor dem Zuge her. Obwohl an diesem Nachmittag keine Dienststunden waren, sollte der Erwerbslosenausschuß mit dem Bürgermeister verhandeln. Vor dem Rathaus angekommen, rief Uhlig, man solle hier draußen das Ergebnis der Beratungen abwarten. Seine Stimme wurde jedoch übertönt.

Die Menge drang ins Rathaus,

wo nur einige wenige Beamte in den Diensträumen des ersten Stocks waren. Es kam dann zu heftigen Auftritten zwischen Erwerbslosen und den Beamten, in deren Verlauf man erfuhr, daß die, die man eigentlich sprechen wollte, nicht da waren: der Bürgermeister und der Wohlfahrtsdezernent. Der Bürgermeister lag krank im Bett. Inzwischen hatten andere Erwerbslose den Wohlfahrtsdezernenten Schirmer, der mit dem Magistratsassessor Rieger vor seinem Laden stand, nachdem Uhlig dem Rieger mit der Faust ins Gesicht geschlagen und auch Schirmer mißhandelt hatte, zum Rathause geschleift, wo man ihn weitermißhandelte. Die eigentliche Deputation aber war in die Wohnung des Bürgermeisters gegangen und verhandelte mit ihm am Krankenbett. Hier wurde dann erreicht, was vom Landrat Stammer schon längst angeordnet war, daß die alten Unterstützungssätze gezahlt und den Erwerbslosen auch ein Vorschuß gewährt wurde. Nachdem das Ergebnis der Verhandlungen bekannt wurde, zerstreute sich die Menge sofort.

Der Eindruck des ersten Verhandlungstages war der, daß diese Unruhen hätten vermieden werden können, wenn die in Frage kommenden städtischen Behörden die bereits lange vorher vom Landrat getroffene Anordnung, die alten Unterstützungssätze weiterzuzahlen, rechtzeitig durchgeführt hätten.

Eine Reihe ganz unglücklicher Umstände — das ergaben die Zeugenaussagen — ist letzthin an den Ausschreitungen mit schuld. Zwei Tatbestände standen sich da gegenüber, die zur

Entladung der Spannung

zwischen ihnen drängen mußten: die sich ständig vergrößernde Mißstimmung und Unruhe der Erwerbslosen über die Kürzungen der Wohlfahrtsbezüge, die sich bald zur Psychose auswweiteten, und einige unglückliche Zufälle und Meinungsverschiedenheiten in den städtischen Behörden, die es unmöglich machten, der Entladung dieser Psychose mit den vom Landrat seit langem angeratenen Mitteln der Erhöhung der Unterstützungen auf die alten Sätze vorzubeugen. Die Unruhen konnten dann, als sie ausgebrochen waren, nicht einmal von der Polizei unterbunden werden, weil der Bürgermeister krank im Bett lag und seinem Vertreter die Polizeivollmacht nicht übertragen hatte, da er meinte, am nächsten Morgen wieder in Dienst gehen zu können. Der Vertreter des Bürgermeisters wieder hatte dem kranken Bürgermeister weder von den Unruhen, die sozusagen „in der Luft lagen", Mitteilung gemacht noch — als diese ausgebrochen waren — sich die Polizeigewalt übertragen lassen. So kann man wohl sagen, daß,

wenn die Vertreiung geklappt hätte,

die Unruhen hätten vermieden werden können. Aber alles wiegte sich — obwohl man die Unruhen „in der Luft liegen" spürte — in Sicherheit und Ruhe; selbst die Polizei: sie überwachte, obwohl sie die sonderbare Trompetenankündigung gehört hatte, die dadurch als besonders gekennzeichnete Erwerbslosenversammlung nicht, sie teilte auch dem Bürgermeister davon nichts mit. Die Hauptschuld an den Unruhen dürfte jedoch in dem langsamen Geschäftsgang zu suchen sein, den die Anordnung des Landrats, daß zur Vermeidung von Unruhen die alten Unterstützungssätze sofort wieder eingesetzt werden sollten, durchmachen mußte.

Schon am 9. Mai hätte, so sagte der Zeuge Wohlfahrtsdezernent verwirklicht werden können. Nach einem Magistratsbeschluß sollte aber vorher noch eine Finanzdeputation in einer Sitzung über die Erhöhung unterrichtet werden; außerdem hatte der Bürgermeister Schirmer selbst aus, die vom Landrat getroffene Anordnung dem Wohlfahrtsdezernenten Schirmer den Auftrag gegeben, eine durch den Erwerbslosenausschuß erweiterte Wohlfahrtsausstützung einzuberufen. Es lag nun wohl im wesentlichen an Schirmer, daß

diese Sitzung nicht so zeitig zustande kam,

daß die Entladung der „in der Luft" liegenden Mißstimmung der Erwerbslosen verhindert werden konnte. Er glaubte, wenn die Dinge bis Sonnabend, dem Zahltage der Unterstützungen, in Ordnung gebracht waren, sei alles gut. Die Psychose der sich durch die Hinzögerung genarrt haltenden Erwerbslosen — ihnen war ja die Erhöhung zugesagt worden — entlud sich nun aber früher, und so kam es zu dem Rathaussturm und zu den höchst bedauerlichen Mißhandlungen des Wohlfahrtsdezernenten, gegen den sich die Erbitterung der Erwerbslosen, gewährt von einem alten Haß gegen diesen Mann, mit besonderer Heftigkeit wandte.

Das Urteil

Bei diesem Sachverhalt war es kein Wunder, daß selbst der Staatsanwalt bedauerte, die Angeklagten, die wesentlich durch die Notlage, in der sie sich befanden, entschuldigt werden, zu den verhältnismäßig harten Strafen zu verurteilen, die das Gesetz vorschreibt. Er ließ die Anklage wegen Beteiligung an einer nichtangemeldeten politischen Versammlung fallen und verzichtete auf Bestrafung wegen Teilnahme an dem sich anschließenden Umzug. Hier Angeklagte wollte der Staatsanwalt freigesprochen wissen; für die übrigen beantragte er wegen Landfriedensbruch, Körperverletzung, Aufruhr usw. Strafen von 10, 8 und 6 Monaten Gefängnis. Hier empfahl er zudem Bewährungsfrist.

Das Gericht war noch nachsichtiger.

Es verurteilte den Hauptangeklagten Paul Uhlig wegen schweren Landfriedensbruches und Aufruhrs, Körperverletzung und Beleidigung zu 9 Monaten, den Angeklagten Alfred Kürbis unter Hinzuziehung einer früheren Gefängnisstrafe von 6 Monaten zu einer Gesamtstrafe von 9 Monaten und den Angeklagten Richard Tomisch zu 7 Monaten und den Angeklagten Hugo Müller zu 3 Monaten Gefängnis Bei den fünf Angeklagten Kunze, Hirte, Herter, Heine, Reichmeister wurde auf die gesetzliche Mindeststrafe von 6 Monaten Gefängnis erkannt. Bei den meisten Angeklagten wurde Strafaussetzung bzw. Anrechnung der Untersuchungshaft beschlossen. Die übrigen Angeklagten, darunter die fünf Frauen, wurden freigesprochen. In seiner Urteilsbegründung wies der Vorsitzende darauf hin, daß sich die Krawalle hätten sehr wohl vermeiden lassen, wenn den Erwerbslosen der Beschluß des Magistrats, wieder die ungekürzten Unterstützungssätze zu zahlen, rechtzeitig mitgeteilt worden wäre.

Eine Schauermär des „Klassenkampf" —

entpuppt sich als Schwindel.

Der „Klassenkampf" vom 13. November enthält einen Artikel mit der Ueberschrift „Mitteldeutsche Metallbetriebe bereiten Kämpfe gegen Lohnabbau vor", in dem es heißt:

„Bei Eberhard gelang es dem Bonzen Drescher einen RGO.-Vertreter mit dem Knüppel aus der Versammlung herauszuschlagen. Aber nichtsdestoweniger waren die Kollegen gegen den Bonzen und brachten zum Ausdruck, daß sie einen weiteren Lohnabbau nicht hinnehmen wollen."

Diese beiden Sätze sind glatter Schwindel. In Wirklichkeit ersuchte noch vor Beginn der Betriebsversammlung der Bevollmächtigte der Verwaltung Halle des DMMB., Drescher, den anwesenden RGO.-Mann Kohl, den Raum zu verlassen. Kohl behauptete, daß der Versammlungsraum nicht vom Metallarbeiter-Verband gemietet sei. Drescher wies unter Zustimmung des Gastwirtes und der Anwesenden die Behauptung Kohls zurück und verwies ihn aus dem Versammlungsraum. Kohl verließ hierauf ohne weiteres das Lokal.

Genau so wenig wie die gruselige Geschichte mit dem Knüppel, stimmt es, daß sich die Anwesenden gegen Drescher gewandt hätten. Das ganze ist nur wieder ein richtiger RGO.-Schwindel.

Wechselfallen-Schwindler

In einem hallischen Geschäft ist in den letzten Tagen ein Wechselfallenschwindler aufgetreten. Er kaufte eine Kleinigkeit und bezahlte mit einem 50-Mark-Schein. Bald darauf erschien er wieder im Geschäft, um Kleingeld gegen einen 100-Markschein einzutauschen. Bei dieser Gelegenheit nahm er nicht nur den 100-Markschein, sondern auch 50 Mark von dem vor ihm aufgezählten Gelde an sich und verschwand eiligst. Verkäuferin und Kassiererin hatte er durch sein nervöses Auftreten, gewissermaßen absichtlich, völlig verwirrt gemacht.

Der gemeingefährliche Schwindler ist bereits in den verschiedensten Gegenden Deutschlands in gleicher Weise aufgetreten. Er ist etwa 35 Jahre alt, 1,75 bis 1,80 Meter groß, schlank, hat blondes Haar, volles, rundes Gesicht, ist bartlos und trägt dunkle Kleidung. Man wolle den Betrüger beim Auftreten festnehmen lassen.

Plötzlicher Tod eines Arztes. In seinem Dienstzimmer im gerichtsärztlichen Institut sank gestern abend der Universitätsprofessor Dr. Borkastner besinnungslos zusammen. Es konnte von einem Arzt nur noch festgestellt werden, daß Professor Borkastner einem Herzschlag erlegen war.

TRÄGT HOLLENKAMP-ULSTER

Vom 20. November bis 1. Dezember werden wir uns selbst übertreffen. An diesen

10 ULSTER-TAGEN

bringen wir

10 Preislagen, 10 Schlager, 10 Spitzenqualitäten

15.50 MARK | 19.50 MARK | 29 MARK | 39 MARK | 49 MARK | 59 MARK | 69 MARK | 79 MARK | 89 MARK | 98 MARK

Mehr wollen wir nicht sagen. Kommen Sie und überzeugen Sie sich!

Beachten Sie bitte unsere 5 Spezial-Fenster in der Gr. Ulrichstraße

Hollenkamp

FÜHRENDES HERREN-BEKLEIDUNGSHAUS

HALLE, GR. ULRICHSTR. 19

5476

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219311120-14/fragment/page=0009

Paragraph 51 am Hakenkreuz

Zwei Nazis beleidigen Republik und Minister – Der eine ist „plem-plem" – der andere hat Diarrhöe

Vor dem Wittenberger Schöffengericht wurde dieser Tage gegen den früheren Polizeikommissar Otto Wehrstedt aus Schmiedeberg verhandelt, der sich der öffentlichen Beleidigung des preußischen Ministerpräsidenten Dr. Otto Braun, des preußischen Innenministers Severing sowie von Beamten der Wittenberger Schutzpolizei, der Landjägerei und der Polizeiverwaltung in Bad Schmiedeberg in der gröblichsten Weise schuldig gemacht hatte. Der Angeklagte, der bis kurz vor dem Kriege in Wittenberg als Polizeikommissar tätig war und heute eine Pension von 250 Mk. monatlich bezieht, ist am 16. Mai 1880 in Quedlinburg geboren und wegen Beleidigung und mehrfach wegen Betruges vorbestraft. Im Jahre 1925 siedelte er nach Bad Schmiedeberg über, wo er auch heute noch wohnt.

Ehe in die eigentliche Gerichtsverhandlung eingetreten wurde, gab der Angeklagte die Erklärung ab, daß er den als Schöffen fungierenden Kaufmann Richard Koßbau aus Schmiedeberg ablehne, mit der Begründung, dieser sei befangen. K. sei Mitglied der Kommunistischen Partei und als dessen geistiges Haupt zu betrachten. Der Angeklagte beantragte weiter, daß an Stelle des Schöffen K. auch nicht der Schmiedeberger Schöffe Meske (SPD.) geholt werden solle, da er diesen ebenfalls als befangen ablehnen würde. Der Schöffe K. trat schließlich zurück; an seiner Stelle erschien nunmehr der herbeigeholte Schöffe Bäckermeister und Amtsvorsteher Reinhardt aus Pratau. Als zweiter Schöffe fungierte der Oberbaukommissar Artur Horn (Wittenberg). Vorsitzender des Gerichts war Amtsgerichtsrat Menzendorff, ihm zur Seite ein zweiter Richter. Die Anklage vertrat der Oberstaatsanwalt in Torgau. Auf Ersuchen des Vorsitzenden mußte der Angeklagte sein Hakenkreuzabzeichen ablegen.

Der Anklage lag folgender Sachverhalt zugrunde: Am 7. August, zwei Tage vor dem zusammengebrochenen Volksentscheid für Auflösung des Preußischen Landtags, hatte die NSDAP., Ortsgruppe Schmiedeberg, zu einer öffentlichen Versammlung nach dem „Schützenhause" dortselbst eingeladen, in der der Journalist Dr. v. Leers (Berlin) sprach. Die Versammlung, die von etwa 400 Personen besucht war und ruhig verlief, wurde unter Aufsicht der Schmiedeberger Polizei, einiger Landjäger und eines Kommandos der Wittenberger Schutzpolizei durchgeführt. An der Versammlung nahm auch der Angeklagte teil, der bis dahin noch nicht Mitglied der Nazipartei war. Erst am 1. September meldete er sich als solches an. W. stand während des Referats im Saale in der Nähe des Ausganges. Hier äußerte er sich im Flüstertone, daß Severing und Dr. Braun Lumpen und Schufte seien. Ein Polizeibeamter der Wittenberger Schutzpolizei hörte diese beleidigenden Aeußerungen, konnte aber nicht einschreiten, da keiner der Umstehenden diese Worte des W. gehört hatte. Nach Schluß der Versammlung, als die Wittenberger Schutzpolizei im Begriff war, ihr Auto zu besteigen, trat der Angeklagte ebenfalls auf die Straße und

rief wiederum laut: „Severing und Braun sind Lumpen und Schufte. Sie sind nicht fähig, den preußischen Staat zu regieren!"

Als keiner der Beamten — alle standen sie in unmittelbarer Nähe des W. — Anstalten machte, seine Personalien zu verlangen,

beleidigte er diese Beamten mit den Worten: „Wenn sich keiner von euch getraut, meine Personalien festzustellen, seid ihr eben auch Lumpen und Schufte!"

Ein Beamter gab ihm zu verstehen, daß man seine Personalien bereits kenne. Der Sturmführer Hepprich versuchte nun den Wüterich auf das Ungeziemende seines Handelns aufmerksam zu machen und ihn nach Hause zu schicken. W. trat jedoch nochmals zu einem Schmiedeberger Polizeibeamten und wiederhalte die Beleidigungen gegen die Minister, ihn fragend, ob er es nun auch wirklich gehört habe.

Wegen dieser Vorgänge stellten die Minister Dr. Braun und Severing, der Landrat des Kreises Wittenberg, die Polizeiverwaltung Bad Schmiedeberg und der Führer der Wittenberger Schutzpolizei Strafanträge.

Der Angeklagte, der sich mit mäßiger Trunkenheit und äußerster Erregung verteidigen will,

nimmt reumütig in der Hauptverhandlung die Beleidigungen gegen alle Polizeibeamten zurück.

Er erkennt an, daß die Beamten keine Lumpen und Schufte sind und ihren schweren Dienst äußerst korrekt ausgeführt hätten. Er wisse zwar nicht, ob er wirklich die Beamten beleidigt habe.

Auf Befragen des Vorsitzenden, ob er auch die Beleidigungen gegen die Minister Dr. Braun und Severing bereue und zurücknehmen wolle, lehnt er dieses entschieden ab und hält auch jetzt die Beleidigungen aufrecht.

Befragt, was er zu seiner Verteidigung zu sagen habe, erklärte der Angeklagte, er sei deshalb in große Aufregung gekommen, weil am Abend vorher ein Nachtwächter, als er aus einem Lokal nach Hause ging, ihm mit einer elektrischen Blendlaterne direkt ins Gesicht geleuchtet und gefragt hätte, was er noch auf der Straße suche. Am Tage seien dann zwei Polizeibeamte in voller Ausrüstung in seiner Wohnung erschienen, um in seinem Holzschuppen nach brauner Farbe zu suchen, mit denen er angeblich SPD.-Plakate an den Litfaßsäulen beschmiert habe. Bezeichnend für seine Erregung ist ferner, daß er während der Versammlung, als er an der Theke einige Glas Bier trank, die Mütze eines anderen Gastes mehrere Male gegen das draußenstehende Schupoauto warf. Ein Zeuge, der ebenfalls Mitglied der NSDAP. ist und sein Nazidabzeichen auf Ersuchen des Vorsitzenden ablegen muß, erklärte im Gegensatz zu allen anderen Zeugen, daß W. sinnlos besoffen gewesen sei und nicht vollverantwortlich für sein Tun war.

Medizinalrat Dr. Fast als Sachverständiger hat den Angeklagten auf seinen geistigen und körperlichen Zustand untersucht und gab interessante Einzelheiten über W. bekannt. Danach verfiel er im Jahre 1915, nachdem er als kriegsuntauglich wegen zweier Stürze vom Pferde aus dem Felde zurückkehrte, einem mäßigen Rauschgift. Seiner Behandlung in der Klinik in Halle folgte eine Charakterveränderung nach der schlechten Seite hin. Durch seinen Großvater, der als Säufer durch Selbstmord endete, ist W. erblich belastet. Ende 1916 kam er nach Altscherbitz zur Beobachtung über seinen Geisteszustand. Mehrere Selbstmordversuche folgten. Der § 51 wurde bejaht. Wegen Betruges, Zechprellerei und Beleidigung wurde er mehrfach bestraft, darunter auch mit Gefängnis. Vor einigen Jahren noch soll er binnen 24 Stunden bis zu 1½ Liter Kognak zu sich genommen haben. Später ließ er vom Trinken ab, behielt aber die leichte Erregbarkeit. Dr. Fast schließt sein Gutachten über W. dahin, daß er wohl nichts als vollwertiger Mensch zu betrachten sei, keinesfalls ihm aber der § 51 zugesprochen werden könne.

Der Angeklagte selbst lehnte für sich diesen Paragraphen ab. Der Oberstaatsanwalt geißelte in seiner Anklagerede das Verhalten des Angeklagten, dem als ehemaligen Polizeibeamten die beleidigenden Aeußerungen besonders scharf angerechnet werden müssen. Das Verhalten des W. hätte leicht zu Krawallen mit Andersdenkenden führen können, bei denen dann, nach dem Vorbild anderer Städte, Tote und Verletzte auf dem Straßenpflaster gelegen hätten. Gerade er, der Angeklagte, habe zu allerletzt das Recht, leitende Staatsmänner und Beamte als Lumpen und Schufte zu bezeichnen, nachdem er wegen Beleidigung und Betrugs mehrfach vorbestraft sei. Der Staat gebe sich selbst auf, der sich und seine leitenden Männer von derartigen Personen mit Schmutz bewerfen lasse. Nur durch eine harte Strafe könne ein solches Verhalten gesühnt werden. Der Antrag des Oberstaatsanwalts lautete darauf für jeden Fall der Ministerbeleidigung auf 9 Monate Gefängnis, wegen Beleidigung gegen die Polizeibeamten auf 8 Monate Gefängnis. Diese Einzelstrafen sind auf eine Gesamtstrafe von 2 Jahren Gefängnis zusammenzuziehen. Publikationsbefugnis soll zugesprochen werden. Eine Geldstrafe lehnte er ausdrücklich ab.

Der Angeklagte, der darauf das Wort hatte und an dem man während des ganzen Verlaufs der Verhandlung keine Spur von Erregung bemerken konnte, trotzdem er leicht erregbar sein soll, erklärte, daß er auf die Anträge des Oberstaatsanwalts nicht eingehe. Rechtsbeistand gibt er an, daß er willens war, eine längere Verteidigungsrede zu halten, da er aber weiß, daß er sich dabei sehr schnell erregen und wieder beleidigend werden könne, verzichte er darauf. Der Vorsitzende schlug ihm deshalb vor, eine Pause von 10 Minuten zu seiner Nervenberuhigung anzunehmen, was der Angeklagte jedoch ebenfalls ablehnte.

Ehe der Vorsitzende nach längerer Beratung das Urteil verkündete, unterfagte er sämtliche Kundgebungen gegen oder für das Urteil aus dem Zuhörerraum und drohte mit sofortiger Bestrafung.

In seiner Urteilsbegründung verneint er ebenfalls den § 51 für den Angeklagten. Wegen der Schwere der Beleidigung müsse auch eine harte Strafe in Anwendung gebracht werden. Mildernd komme allerdings die leichte Erregbarkeit des Angeklagten in Frage. Im Namen des Volkes verkündete er dann folgendes Urteil: Der Angeklagte wird wegen fortgesetzter teils nichtöffentlicher und teils öffentlicher Beleidigung des Ministerpräsidenten Dr. Braun und Innenminister Severing, sowie wegen Beleidigung von Beamten der Polizei, Landjägerei und Schutzpolizei zu einer Gesamtstrafe von 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Kosten trägt der Angeklagte. Publikationsbefugnis wurde den Beleidigten zugesprochen.

*

Das Urteil gegen Wehrstedt ist unverständlich, es sei denn, das Gericht war trotz des Sachverständigengutachtens und seiner eigenen Urteilsbegründung der Meinung, daß der Angeklagte für seine Handlungen nicht verantwortlich zu machen sei. Wir möchten auch dieser Ansicht zuneigen, denn nach dem, was der Sachverständige über den Angeklagten zu sagen wußte, ist er unzurechnungsfähig. Er gehört nicht ins Gefängnis, sondern ins Irrenhaus. Dort könnte er erfahren, wie gut der preußische Staat, dessen Minister er beleidigt, für ihn sorgt. Er zahlt ihm nicht nur eine auskömmliche Pension, sondern gewährt ihm auch noch eine Freistatt.

Ein kranker Mann

In der zweiten Verhandlung sollte sich der 1902 geborene Journalist Dr. v. Leers aus Berlin wegen Vergehens gegen das Republikschutzgesetz verantworten. Die Tat geschah ebenfalls in der vorgenannten öffentlichen Versammlung in Schmiedeberg, wo der Angeklagte als Redner auftrat. Wegen angeblicher Krankheit war er jedoch, wie das bei diesen Herren ja meistens der Fall ist, wenn sie für ihre Vergehen vor Gericht geradestehen sollen, am Erscheinen verhindert. Auf Antrag des Oberstaatsanwalts beschloß das Gericht den Vorführungsbefehl, der aber nicht zur Anwendung kommen soll, wenn der Angeklagte ein ärztliches Attest beibringt, worin bestätigt wird, daß er tatsächlich so krank war, daß er nicht erscheinen konnte. Die Hauptverhandlung gegen ihn wurde daraufhin auf später vertagt.

Die Wohnung als Krankheitsursache

Aus der von der Gemeinde Wien für die Mieter der städtischen Neuwohnungen herausgegebenen Zeitschrift „Die neue Wohnung".

Der ursprüngliche Zweck der Wohnung war vor allem, den Menschen vor den Schäden des Klimas zu schützen, seine Gesundheit vor Schaden zu bewahren. Die Entwicklung des Wohnwesens in den Großstädten hat dazu geführt, daß dieser Zweck vielfach in sein Gegenteil verkehrt wurde. Es gibt eine ganze Reihe von Krankheiten, die mittelbar oder unmittelbar durch ungesundes Wohnen verursacht oder doch wesentlich mitverursacht werden. Wenn durch eine amtliche Statistik festgestellt werden konnte, daß die Sterblichkeit mit der Wohnungsdichte ansteigt, also in einem Arbeiterbezirk höher ist als in einem Bezirk mit vorwiegend bürgerlicher Bevölkerung, so ist dieser erschütternde Unterschied sicherlich nicht allein auf die so verschiedenen Wohnverhältnisse zurückzuführen — die ganze Lebenshaltung fällt hier ins Gewicht —, aber der Einfluß des Wohnwesens auf Krankheit und Sterben ist in einer solchen Statistik unverkennbar.

So ist die Tuberkulose eine reine Wohnkrankheit. Sicherlich ist der Tuberkelbazillus die eigentliche Krankheitsursache, ohne ihn gibt es keine Tuberkulose. Aber dieser Bazillus ist so allgemein verbreitet, daß außer seinem Vorhandensein noch eine Reihe anderer Gelegenheitsursachen notwendig ist, um die Erkrankung zu bewirken. Die wichtigste dieser Begleitursachen sind ungünstige Wohnverhältnisse. Seit der Entdeckung des Tuberkelbazillus sind Jahrzehnte vergangen, aber die an diese wissenschaftliche Großtat geknüpften Erwartungen, daß jetzt das Ende dieser opferreichen Volkskrankheit in kurzer Zeit gekommen sein werde, hat sich nicht erfüllt. Die Tuberkulose hat in den Jahrzehnten, die der Entdeckung ihrer bazillären Ursachen folgten, ungehindert weitergewütet und erst der Angriff gegen diese Seuche von der sozialen Seite beginnt jetzt wirksam zu werden.

Das wichtigste Mittel in der Tuberkulosebekämpfung ist die Schaffung gesunder Wohnungen. Die trostlosen Wohnverhältnisse der Schwindsüchtigen haben sich in allen Statistiken als die Hauptursache der Tuberkuloseausbreitung erwiesen; die Hauptherde sind die Einzelzimmer, in denen Schwindsüchtige mit ansteckendem Auswurf gemeinsam mit anderen Personen wohnen. Viel zu wenig wird hier die Großmutter beachtet, die schon seit Jahren an einem Husten leidet, — das dumme Sprichwort „Wer lange hustet, lebt lange" zeigt den Leichtsinn, mit dem solche Dinge noch vielfach behandelt werden. Eine solche ungehemmt bazillenstreuende Person steckt im engen Beisammenwohnen ihre Kinder und Enkel an und vermag, wie schon wiederholt nachgewiesen wurde, mit ihrer Altersschwindsucht eine ganze Familie todkrank machen.

Die Aufdeckung solcher Krankheitsherde durch die organisierte Tuberkulosenfürsorge hat für die Bekämpfung dieser Volkskrankheit mehr geleistet als alle Heilmittel und Brustteeee. Die Möglichkeit, eine solche Ansteckungsquelle zu verstopfen durch Unterbringung der kranken Person in einem Spital, in einer Heilanstalt, und vor allem die Besserung der Wohnverhältnisse durch Isolierung der Kranken nach ihrer Rückkehr aus dieser Anstalt, das ist brauchbare Tuberkulosebehandlung.

Zum Schluß sei noch darauf hingewiesen, daß die Säuglinge durch eine ungünstige Wohnart gesundheitlich schwer gefährdet werden. Der Ueberbelag in den proletarischen Wohnungen setzt die Widerstandskraft im allgemeinen herunter; wenn solche Säuglinge aus äußeren Gründen auch noch künstlich genährt werden müssen, so ist es klar, daß diese zweite Schädigung, die meist ebenfalls aus den sozialen Umständen erfließen ist, solche Kinder der Rachitis oder der Ansteckung durch Erwachsene viel mehr aussetzt, als dies bei den glücklicheren Neugeborenen der Fall ist, die in einem eigenen Kinderzimmer aufgezogen werden können. Der Schmutzen, der Husten, die Halsentzündung eines erwachsenen Menschen, dessen Bett knapp neben der Lagerstätte des Säuglings steht, kann diesem das Leben kosten. Denn die Widerstandskraft des Säuglings und Kleinkindes gegen diese für einen Erwachsenen harmlosen Keime ist unverhältnismäßig gering, und gar manches Kind fiel den engen Wohnverhältnissen auf diese Weise zum Opfer.

Dr. E. Schw.

Sport und Spiel

Wettkampf der Schachspieler in Ammendorf

Das von den beiden Ortsgruppen Halle und Ammendorf am Bußtag ausgetragene Freundschaftsturnier war reich an Ueberraschungen. In der Voranzeige wurde bereits auf die Ammendorfer Genossen als einen in jüngster Zeit spieltechnisch stark entwickelten Gegner hingewiesen. Die Hallenser dagegen, sonst an Siege gewöhnt, vielleicht auch verwöhnt, hatten den seit ihrer Gründung schwärzesten Tag und verscherzten mehrere für sie auf Gewinn stehende Partien, welche ihre Niederlage in unverhältnismäßigem Grade besiegelten. Der an 13 Brettern gespielte Wettstreit entfaltete sich recht hartnäckig und spannend, bis Halle nach einer Spieldauer von 5½ Stunden mit einem Resultat von 3½:9½ Punkten für Ammendorf die Waffen strecken mußte.

Das nächste Bezirksturnier zwischen Halle—Ammendorf, Merseburg und Bitterfeld findet am 6. Dezember in Halle statt.

Arbeiterradsport

Das Radspiel zwischen „Fidele Brüder" Passendorf und „Gerader Linie" Halle fand am Bußtag auf den guten Asphaltbahnen des Volksparks in Halle statt. Fast mehr als eifrig verfolgten die für solche Spiele noch nicht besonders vorbereiteten Hallenser den Verlauf. Bei 100 Kugeln erzielte Passendorf 769,7 Punkte, während Halle in der 6er Bewertung nur 760,1 Punkte erreichte. Der geringe Unterschied von 9,6 Punkten wird ein Anreiz für die in den nächsten Wochen gegen Passendorf antretenden Klubs sein. Erfreulich war der Besuch durch Mitglieder anderer Klubs und der Freunde des Arbeiterkegelsportes.

Fußball im 8. Bezirk

Petersroda I — Greppin I 3:1 (1:1).

Auf dem Sportplatz in Petersroda lieferten sich beide ein flottes Spiel. Die erste Halbzeit brachte verteiltes Spiel. Nachdem ging der Meister mehr aus sich heraus. Greppin mußte für Mittelläufer, Halbrechts sowie Rechtsaußen Ersatz einstellen.

Bordem spielte **Petersroda II — Hohenthurm I.** Hier gelang es der Elf des Gastgebers mit 3:0 zu siegen. Die eifrige Spielweise der Gäste hätte bestimmt das Ehrentor verdient. — **Petersroda Jgd.** spielte gegen die gleiche von **Roitzsch** und siegte 2:0.

Mansfelder Arbeitersport. Ergebnisse: **Freckleben I — Belleben I** 3:2 (0:2). **Freckleben II — Belleben II** 0:2. — Am nächsten Sonntag steigen in Belleben die Rückspiele: 2 Uhr: Freckleben II gegen Belleben II. 3.30 Uhr: Freckleben I — Belleben I.

Es geschieht ihnen nichts

In dem Radsportskandal Sawall — Möller hat der Sportausschuß des BDR. folgende Entscheidung gefällt:

„Ein nach den Wettfahrbestimmungen zu bestrafendes Vergehen liegt nicht vor, und das Verfahren gegen Sawall und Möller wird eingestellt. Die Entscheidung ist gemäß den Wettfahrbestimmungen endgültig und unanfechtbar."

Aus der Begründung drei Sätze: „Die von Herrn Stevens ... aufgestellten Behauptungen sind nicht erwiesen. **Die von Sawall gegebenen 1000 Mark stellen eine Abgabe aus Fabrikprämien dar. Der Sportausschuß kann derartiges zwar nicht gutheißen, da aber dieserhalb nach den Wettfahrbestimmungen keine Handhabe zum Einschreiten gegeben ist ... konnte hiernach eine Bestrafung nicht erfolgen."** Das sagt eigentlich zur Charakterisierung des bürgerlichen Radsports genug!

*

Sieger im Stuttgarter Sechstagerennen wurden Rausch-Hürtgen mit 96 Punkten und 3316,560 Kilometer. Eine Runde zurück folgten Richil-Buschenhagen, Charlier-Deneef, Ehmer-Kroschel; die übrigen zwei und drei Runden zurück.

In Brüssel wurde Jacob Domgörgen vom früheren Europameister im Leichtgewicht Sybilla in der fünften Runde durch Kinnhaken ko. geschlagen. Der Weltergewichtseuropameister Gustav Roth rettete seinen Titel durch Punktsieg über den Holländer Huizmaar.

Sportamtliche Bekanntmachungen

7. Bezirk, Gruppe Eisleben. Sonnabend, den 21. November, abends 8 Uhr, findet in Helfta (Gasthof Lerchenhain) unser Gruppen-Werbeabend statt. Zu dieser Veranstaltung soll alle Vereine ihre Mitwirkung zugesagt haben, um der Helfteer Einwohnerschaft zu zeigen, was der Arbeiter-Turn- und Sportbund leistet, hoffen wir auf zahlreiches Erscheinen. Zu dieser Veranstaltung sollen die Vereine kostenlos per Auto abgeholt werden, wenn sie bis Donnerstag gemeldet haben, ob sie fahren wollen. Für Eisleben fährt das Auto pünktlich 7.30 Uhr vom Plan ab.

Martin Weber.

7. Bezirk (Kinderturnen). Zum letzten Lehrgang waren von 26 gemeldeten Abteilungen 22 mit 40 Teilnehmern vertreten. In Zukunft sollen die Kinder mehr zum Geräteturnen angehalten werden. Genosse Ritsche wurde als 1. Kinderturnwart einstimmig wiedergewählt und als dessen Stellvertreter der Gen. Kurt Riedel. Ein für nächsten Jahr in Vorschlag gebrachtes Bezirksfest für Kinder wurde wegen der unsicheren Wirtschaftslage fallen gelassen. Dafür sollen die Kinder desto mehr beim nächsten Bezirksturnfest beschäftigt werden. Die 3 Bezirksturnhalbjahre werden wie im vergangenen Jahre beibehalten.

8. Bezirk (Turnen). In Roitzsch fand ein Lehrgang für das Kinderturnen der I. Gruppe statt. Von 21 Vereinen waren 8 nicht erschienen und zwar: Delitzsch, Zschortau, Pauritzsch, Wolfen, Greppin, Burgkemnitz, Gossa und Stöna. Die übrigen Vereine waren durch 16 Turnwarte, 6 Knaben, 5 Turnerinnen und 6 Mädchen vertreten. — Die Wahl ergab: Gen. Grube (Annaburg) für Mädchen, Gen. Schiebel (Roitzsch) für Knaben.

4. Kreis, 1. Bezirk. Ausfallen: Südwest — Schkeuditz. Paritz Fb. gegen Mockau Fb. Geänderte Spiele: Marktranstädt — Dürrenberg 11 Uhr. Marktranstädt Kn. — Dürrenberg Kn. 10 Uhr.

Berichte deutlicher schreiben! — — — — — — — — — — — — — — — — Keine Abkürzungen verwenden!

Berichte nicht mit Tintenstift schreiben!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219311120-14/fragment/page=0010

Die Blutschuld der Hakenkreuz-Verbrecher

Die Terrorhetze

Während die Partei des Herrn Hitler gegenüber dem Reichspräsidenten und der Reichsregierung sich als friedliche Partei der anständigen Leute aufspielt, die unter dem Terror ihrer Feinde leide, setzt sie im Lande ihre terroristische Hetze unentwegt fort. Diese Hetze richtet sich nicht nur gegen die „Marxisten", sondern gegen alle, die nicht vor den Nazis auf dem Bauche rutschen. Hier sind zwei Beispiele aus Bayern, die den friedlichen, loyalen Charakter der Hitlerpartei trefflich illustrieren. Es handelt sich um nationalsozialistische Angriffe gegen die Bayerische Volkspartei.

Im „Kampfblatt des Gaues München-Oberbayern der NSDAP." Nr. 16, heißt es über die Bayerische Volkspartei:

„Die Fronten werden immer klarer; wer von Liebe zu Volk und Heimat beseelt ist, wer Ehrlichkeit und Wahrheit über betrügerisches Parteibonzentum stellt, wendet den berufsmäßigen Totengräbern Deutschlands den Rücken und reiht sich ein in die Bewegung Adolf Hitlers. Die übrigen: Dummköpfe, Verbrecher oder notorische Feiglinge wollen wir der Bayerischen Volkspartei gerne lassen. Ein nationalsozialistisches Deutschland der Ehre und des fanatischen Befreiungswillens wüßte mit solchen Kreaturen nichts anzufangen."

So schmutzig das ist, so ist es doch noch verhältnismäßig milde gegenüber dem, was der Herausgeber des „Uffenheimer Tageblatts" in dem mittelfränkischen Städtchen Uffenheim, ein Parteigänger der Nationalsozialisten, leistete. Er schrieb:

„Protestanten, aufgepaßt, das ist „katholische Aktion!" Bei dieser schwarzen Bande, die heute Bayern beherrscht, gibt es nur eines, das Eindrücke bei ihnen macht, das ist die Massage der harten Römerschädel mit Gummiknüppeln oder Ausrufung des Freistaates Franken. Los von römisch Bayern muß die Losung sein. Wir haben es satt, daß unsere sauer verdienten fränkischen Steuergroschen in den unersättlichen römischen Bettelsack Altbayerns verschwinden."

Kopfmassage mit dem Gummiknüppel ist offenbar ebenso legal und loyal wie Aufforderung zum Separatismus. Man kann derartige Fälle von verbrecherischer Terrorhetze zu Dutzenden beobachten, wenn man nur die Augen offen hält. Wer freilich die Welt nur durch das Medium Hitlerscher Legalitätsbeteuerungen sieht, der glaubt unentwegt an die absolute Unschuld und Friedfertigkeit der Hitlerschen Terrorbanden.

Metallschiedsspruch verbindlich

Entscheidung des Schlichters für Berlin

Der Schlichter für Berlin-Brandenburg hat den bekannten Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses im Lohnkonflikt der Berliner Metallarbeiter vom 9. November für verbindlich erklärt, mit folgender Begründung:

„Der Schiedsspruch sieht eine nur kurze Verlängerung des bisherigen Lohnabkommens vor. Das geschieht in der Annahme, daß bis zum Ablauf die in der Begründung des Schiedsspruchs erwähnten Voraussetzungen für ein neues Abkommen verwirklicht sind. Ob diese Annahme zutreffen wird, kann dahingestellt bleiben, da sie für die Entscheidung des Antrags auf Verbindlichkeitserklärung nicht in Betracht kommt.

Hierfür ist lediglich entscheidend, ob beim Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen für eine Verbindlichkeitserklärung der Arbeitgeberseite die Verlängerung des bisherigen Abkommens zugemutet werden kann. Da beides zu bejahen war, mußte wie geschehen entschieden werden."

Nach dem Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses kann das Lohnabkommen mit 14tägiger Frist erstmalig zum 13. Dezember gekündigt werden.

Der preußische Innenminister Severing in Frankfurt a. O.

An den Mordhetzer Frick

Frankfurt a. d. O., 19. November (Eigenbericht.)

In Frankfurt hatte der ehemalige Naziminister Frick, wie bekannt, in einer Versammlung folgendes gesagt: Die Nationalsozialisten würden nach italienischem Vorbild 24 Stunden nach der Machtergreifung den Marxismus mit Stumpf und Stiel ausrotten, und das werde nicht durch Polizei oder auf gesetzlichem Wege, sondern durch den Volkszorn geschehen, wobei natürlich einige Zehntausende von marxistischen Funktionären zu Schaden kommen würden.

Diese schamlos unverhüllte Mordhetze hatte einen Sturm der Empörung ausgelöst. In demselben Saal, an dem am Freitag Frick das wahre nationalsozialistische Programm verkündete, sprach am Bußtag nachmittag in einer sozialdemokratischen Massenversammlung der preußische Innenminister, Genosse Carl Severing. Schon eine Stunde vor Beginn der Versammlung mußte der riesige Raum wegen Ueberfüllung polizeilich geschlossen werden. In einem zweiten großen Saal wurde eine Parallelversammlung veranstaltet, in der der Landtagsabgeordnete Genosse Kurt Wegner-Kotibus sprach. Auch dieser Saal war überfüllt.

Genosse Severing wandte sich zunächst gegen die Dolchstoßlegende und wies des weiteren nach, daß die Einführung des Achtstundentages und des Tarifrechtes nicht als „Fesseln der Wirtschaft" und als kein „Fehlschlag", sondern, auch von den heutigen Verhältnissen aus beurteilt, als ein Segen für die Wirtschaft angesehen werden müssen. Die Leute, die heute gegen die Sozialdemokratie falsche Beschuldigungen erheben, waren damals, als es zu helfen galt, nicht zu finden, selbst wenn man sie mit der Laterne suchte. Sie hatten sich alle in die Mauselöcher verkrochen. Erst als sie sahen, daß die Sozialdemokratie Ruhe und Ordnung im Lande sicherte, kamen sie aus ihren Schlupfwinkeln hervor, so daß man von ihnen sagen konnte: Acht Wochen war der Frosch so krank, jetzt frißt er wieder, Gott sei Dank! Dieselben Leute machen auch von dem verfassungsmäßigen Recht der Meinungsfreiheit so übermäßigen Gebrauch, daß man sich fragen muß, wie weit man diese Meinungsfreiheit noch weiter treiben lassen will. (Stürmische Zustimmung.) Gewiß waren die letzten dreizehn Jahre nicht ohne Fehler. Aber die Männer, die in den Nachkriegsjahren das schwere Los der Verantwortung tragen mußten, waren oft in einer Situation, in der sie nur wählen konnten, von mehreren Fehlern einen zu machen. Als die Karre wieder lief, da meldeten sich auch die Gegner der Republik wieder und wollten gleich auf dem Bock sitzen. Severing wandte sich gegen das Treiben der sogenannten nationalen Wehrorganisationen, deren Aufmärsche schädlich für die deutsche Außenpolitik seien. Durch eine Verständigung mit Frankreich werden Deutschlands Interessen am besten gewahrt. Sodann warnte Severing, nachdem er das Experiment mit der von nationalen Kreisen propagierten „nationalen Autarkie" als für Deutschland unmöglich abgelehnt hatte, ausdrücklich vor einer Erhöhung des Notenumlaufes, hinter der das Gespenst der Inflation stehe. Es komme darauf an, das Vertrauen zu unseren Einrichtungen wieder herzustellen, dann würde auch das Ausland Vertrauen zu Deutschland wiedergewinnen, was die Voraussetzung für unsere Kreditwürdigkeit sei.

Sodann ging Severing auf die Kampfmethoden gewisser politischer Parteien ein, und meinte, daß, wenn die Dinge sich so weiter entwickeln wie bisher, Deutschland zu einem Balkanstaat herabsinke, denn die

Wehrverbände seien das Feuer des schwelenden Bürgerkrieges, ein geringfügiger Anlaß genüge, um Blutvergießen hervorzurufen. Wer darum am kommenden Totensonntag das Andenken der Toten wirklich feiern will, der muß alles tun, um das Leben der Lebendigen zu schützen. Mit deutlicher Beziehung auf die nationalsozialistischen Mordhetzer kündigte Severing dann Maßnahmen an, die in den nächsten Tagen bekanntgegeben werden. Durch diese

wird es Personen, die im politischen Kampf offene und versteckte Drohungen gegen politisch andersdenkende Volksgenossen aussprechen, nicht mehr möglich sein, in Preußen in Versammlungen zu reden.

Minutenlanger Beifall bewies dem Innenminister die Zustimmung der Versammlung. Mit der Polizei kann man nicht alles machen, sagte Severing, aber was man mit der Polizei zur Abstellung des politischen Rowdytums machen kann, das wird geschehen!

Endloser Beifall der Massenversammlung unterstrich die wirkungsvolle Rede.

Dann sprach Severing noch in der ebenfalls überfüllten Parallelversammlung, in der er sagte, nicht der sei der beste Soldat, der in guten Zeiten beim Parademarsch dabei sei, sondern der, der jetzt in der Front steht und die Schlacht der geistigen Auseinandersetzungen mitkämpft.

Faschisten verzichten auf Rüstungsfreiheit

Merkwürdige Erklärung Grandis in Amerika über Deutschland

Washington, 19. November. (Eigenbericht.)

Der italienische Außenminister hatte am Mittwoch in Gegenwart des Staatssekretärs Stimson mit Hoover eine längere Aussprache. Die Unterredung soll eine gewisse Uebereinstimmung bezüglich der Taktik auf der Abrüstungskonferenz erbracht haben. Grandi hat u. a. den Plan angeboten, die Aussichten der Konferenz durch eine gewisse Befriedigung der französischen Sicherheitswünsche zu verbessern. Da Amerika jedoch keine Sicherheitspakt beitreten will, beabsichtigt Grandi, zwischen den europäischen Staaten die Wiederbelebung des Genfer Protokolls oder des Mittelmeerabkommens zustandezubringen. Hoover soll bereit sein, diese Versuche zu unterstützen.

Vor Pressevertretern erklärte Grandi, es sei ihm gelungen, durch seinen Einfluß auf die deutschen Faschisten Brüning davon abzubringen, bei einem Scheitern der Genfer Abrüstungskonferenz Rüstungsfreiheit für Deutschland zu fordern.

Deutschland werde sich darauf beschränken, die allgemeine Abrüstung zu verlangen. Wie in journalistischen Kreisen ferner verlautet, hat der Vorsitzende des amerikanischen Ausschusses des Senats, Borah, mit Grandi u. a. die Frage des polnischen Korridors erörtert.

Kriegsopfer gedenken der Toten

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen veranstaltet am kommenden Totensonntag, 14 Uhr, im Plenarsaal des Reichstags eine Gedächtnisfeier für die Toten des Weltkrieges. Die Gedenkrede des Bundesvorsitzenden Pfändner wird umrahmt von Rezitationen, die von den Mitgliedern des Staatstheaters Maria Schanda und Heinrich Witte vorgetragen werden, von Gesangsvorträgen der „Typographia", Gesangverein Berliner Buchdrucker und Schriftgießer, und musikalischen Darbietungen des Doppelquartetts Gebrüder Steiner, die Werke von Beethoven, Brahms und Schumann bringen werden.

Das Programm wird von den Rundfunksendern Berlin, Königswusterhausen, Magdeburg, Stettin, Schlesien, Westdeutschland, Süddeutschland, Mitteldeutschland und voraussichtlich auch Danzig übertragen.

Der Herr Reichspräsident, die Mitglieder des Reichskabinetts, die Fraktionen des Deutschen Reichstags und die Behörden der Reichshauptstadt sowie viele Spitzenorganisationen sind zu der Feier eingeladen.

Zum Rundfunkkonflikt

Wie sie spucken und finnlos schimpfen

Die Rundfunkrede des Reichsbannerführers Höltermann läßt die reaktionäre Presse immer noch nicht schlafen. Die deutschnationalen „Hamburger Nachrichten" geifern darüber: „Solange natürlich der Sozialdemokrat Heilmann im Berliner Rundfunk tonangebend ist, wird man kaum erwarten können, daß die Revolution einmal nicht verherrlicht wird." Im unmittelbaren Anschluß daran sagen sie über Ludwig Frank: „Aber er blieb der einzige sozialdemokratische Führer, der zur Verteidigung des Vaterlandes voranmarschiert ist." Die wackeren „Hamburger Nachrichten" brauchen nicht zu wissen, daß gerade der Sozialdemokrat Heilmann, den sie bespucken, mit der öffentlichen Erklärung „Ich gehe zu Hindenburg" sich freiwillig zum Kriegsdienst gemeldet hat, und sehr bald an der Front verwundet wurde, während Herr Frick in Pirmasens saß und der Herr Rundfunkzensor Scholz sich für in Berlin geleistete Kriegsdienste das Eiserne Kreuz am weißen Bande erwarb.

*

Der Schulfunk des Westdeutschen Rundfunks veranstaltete in diesen Tagen eine Stunde „Deutsche Geschichte im Spiegel des Volksliedes von 1813 bis heute". Man hörte in dieser Stunde Soldatenlieder und Kriegslieder, die zum Teil längst vergessen sind und nichts anderes. In diesem Jahrhundert deutscher Geschichte ist das Volkslied aufgeblüht in innigster Verbundenheit mit dem Volk. Zu Beginn dieser Zeit haben Achim von Arnim und Brentano das Volkslied in des „Knaben Wunderhorn" wieder erweckt, der Freiheitstraum von 1848 hat eine Reihe von Volksliedern hervorgerufen, die heute noch lebendig sind, der Aufstieg der Arbeiterklasse hat Lieder hervorgebracht, die längst festes Kulturgut des arbeitenden Volkes sind, aber das alles existierte nicht in dieser Veranstaltung. Das Leben des Volkes, seine Denkweise, seine Naivität und sein Streben zum Aufstieg, die Wiederstrahlung seiner geistigen und materiellen Lage im Volkslied, alles das, was wahrer Inhalt der deutschen Volksgeschichte ist, wurde glatt vernachlässigt. Unverantwortlich ist es, das Kriegs- und Soldatenlied ohne weiteres mit dem Volkslied gleichzusetzen und das wirkliche Volkslied vor der Schuljugend totzuschweigen. Noch unverantwortlicher ist es, Schülern im Rundfunk die deutsche Geschichte einzig als Kriegsgeschichte zu zeigen.

Gegen diese Verfälschung der deutschen Geschichte und diese versteckte Kriegspropaganda erhebt sich bei amtlichen Stellen kein Bedenken. Da denkt man nicht an die Verstärkung den Zensur über den Rundfunk. Dort gerät man nur in Erregung, wenn an die wahre Vaterlandsliebe des arbeitenden Volkes erinnert wird, die allerdings mit diesem offiziellen Hurrapatriotismus der Kriegs- und Soldatenlieder gar nichts zu tun hat!

Hitler und Drewitz

Die unbefriedigenden Erklärungen des Nazi-Führers

In einer Versammlung der Wirtschaftspartei in Bunzlau berichtete der Reichstagsabgeordnete Drewitz merkwürdige Einzelheiten über seine Verhandlungen mit Hitler und Hugenberg, die kurz vor der Abstimmung über die Mißtrauensvoten in der letzten Reichstagssitzung stattfanden. Hitler habe sich in den Besprechungen, so führte Drewitz aus, im wesentlichen darauf beschränkt, eine Bilanz über seine Bewegung aufzustellen. Ueber wirtschaftliche Fragen habe er nur geringe Auskünfte erteilt. Einen Weg zur Besserung der deutschen Finanzen habe Hitler nicht gewiesen und in der Frage des Privateigentums habe er „eine sehr wenig befriedigende Antwort erteilt".

Geschäft über alles

Der Hugenbergabgeordnete Quaatz wurde kürzlich in Salzwedel, als er über „nationale Selbsthilfe" sprach, von einem Versammlungsbesucher gefragt, wie es sich mit nationaler Selbsthilfe vertrage, wenn die Blätter des Hugenberg-Konzerns große Anzeigen ausländischer Schuhfabrikanten veröffentlichten. Herr Quaatz antwortete darauf mit dem klassischen Satz: „Er verstehe nicht, was Hugenberg mit den Inseraten des Scherl-Verlags zu tun habe. Im Geschäft gebe es Unterschiede nicht." Das Nationale hört also beim Hugenberg-Konzern sofort auf, sobald ausländisches Geld im Fasten klingt!

Wo kommen die Stahlhelme her?

Bei großen Hitler-Aufmärschen werden in der letzten Zeit Stahlhelme verwandt, obgleich es verboten ist. Wo kommen sie her? Im „Hamburger Tageblatt" erscheint dauernd wiederholt die folgende Anzeige: „Gebrauchte Stahlhelme für Theateraufführung werden sofort zu kaufen gesucht. Zahlen höchste Preise. Eilangebote an .." Da steht man, wie die Nazis die Stahlhelme aufkaufen. Es bleibt die Frage: wer liefert? Die Militärbehörden sollten sich um dieses Geschäft etwas kümmern!

Börsen, Märkte und Handel

Berliner Getreidebörse vom 19. November

Weiter feste Stimmung

An der heutigen Berliner Produktenbörse herrschte weiter recht feste Stimmung. Am Markte der Zeitgeschäfte lagen die Eröffnungsnotierungen für Weizen um 1 Mark, für Roggen um zirka 2 Mark höher, gingen jedoch im Verlaufe der Börse weiter in die Höhe, so daß sich zum Schluß für Roggen Preisgewinne von 3 bis 4 Mark ergaben. Im Handel mit effektiver Ware blieb das Angebot namentlich in Roggen weiter sehr knapp. Da die Mühlen gute Kauflust zeigten, zogen hier die Preise um etwa 2 Mark an, während Weizen bei gleichfalls kleinem Angebot unverändert notiert wurde. Am Mehlmarkt zeigte sich keinerlei Bewegung. Die Käufer hielten sich zurück. Für Roggenmehl wurden teilweise etwas höhere Forderungen gestellt. Für Hafer war die Stimmung freundlicher.

	17. November (ab märkische Station in Mark)	19. November
Weizen	225—228	225—228
Roggen	197—199	199—201
Braugerste	166—175	166—175
Futter- und Industriegerste	162—165	162—165
Hafer	145—149	147—152
Weizenmehl	28.50—29.50	28.50—32.50
Roggenmehl	27.00—29.25	27.15—29.50
Weizenkleie	10.50—11.00	10.50—11.00
Roggenkleie	10.50—11.00	10.50—11.00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte. Weizen: Dezember 240—241 (Vortag 239), März 250 (248¾). Roggen: Dezember 209—210 (207), März 215—217 (213). Hafer: Dezember 168—163½ (159½), März 172½—173 (169½).

Amtliche Eiernotierungen

Preisnotierungen für Eier: Festgestellt von der amtlichen Berliner Eiernotierungskommission am 19. November. A. Deutsche Eier: Feineier, vollfrische gestempelte über 65 Gramm 14,50, über 60 Gramm 13,75, über 58 Gramm 12,25, über 48 Gramm 10,75, frische Eier über 58 Gramm 11,75, ausortierte kleine und Schmutzeier 7—8. — B. Ausländeier: Dänen 15er 13,75, 17er 13,25, Rumänen 7,75—10,50, Russen normale 8,50, Polen normale 8—8,50, abweichende 8—8,50, kleine, Mittel- und Schmutzeier 6,50—7,50. — C. In- und ausländische Kühlhauseier: extra große 11 bis 11,50, große 9,75—10,50, normale 6,50—7,50. — D. Kalteier: große 8,25, normale 6,25—6,75. Die Preise verstehen sich in Pfennigen je Stück im Verkehr zwischen Ladungsbesitzer und Eiergroßhändler ab Waggon oder Lager Berlin nach Berliner Usancen. Mitteilung: trübe. Tendenz: etwas freundlicher.

Buttermarkt

Berliner Butterpreise vom 19. November. Amtliche Notierung ab Erzeugerstation, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I. Qualität 114, II. 104, abfallende Sorten 90 Mark. Tendenz: ruhig.

Amtliche Kartoffelnotierungen

Amtliche Berliner Kartoffelpreisnotierung je Zentner waggonfrei märkischer Stationen: Weiße Kartoffeln 1,30 bis 1,40, rote Kartoffeln 1,40 bis 1,50, Odenwälder Blaue 1,60 bis 1,80, andere Gelbfleischige (außer Nieren) 1,70 bis 1,[illegible] Fabrikkartoffeln je Stärkeprozent 7—8 Pfennig.

Berliner Milchpreis

Die Preise für Milch, die nach Berlin zur Lieferung gelangt, betragen je Liter frei Berlin: für A-Milch für die Zeit vom 20. bis 26. November 14,6, für B-Milch 10,1, für tiefgekühlte Milch 15,1, für molkereimäßig bearbeitete Milch 18,35 Pfennig. Die A-Milchmenge ist auf 77 Proz. des A-Milchkontingents der einzelnen Lieferstellen festgesetzt worden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219311120-14/fragment/page=0011

Vereins-Kalender

der Ortsverein der SPD., sozialistischen Frauen und Jugendgruppen im Bezirk Halle-Merseburg / Bezirkssekretariat Halle a. S., Harz 9—44, Hofgeb. 2 Treppen. Fernruf 21039 und 23701 ✆

Gauleitungsbüro Halle a. S., Harz 9—44 Hofgebäude 2 Treppen. Fernruf 31090

Halle

SAJ. Gruppe Süd. Freitag, den 20. November, fällt unser Gruppenabend aus. Wir nehmen an der öffentlichen Kundgebung des Reichsbanners teil. Erscheinen ist Pflicht.

Frauengruppe. Dienstag, den 24. November im Volkspark (Kartellzimmer): Lichtbildervortrag über Frauenkrankheiten. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen ist Pflicht. Gäste sind willkommen. Wir bitten, an die Spenden zur Weihnachtsfeier zu denken.

Aus dem Bezirk

Dölau. Sonnabend, den 21. November, abends 8 Uhr im Lokal „Hebdschikchen": Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Karl Keune (Halle). Die Mitglieder müssen restlos und pünktlich erscheinen.

Dölauer-Gröbers: Sonnabend, den 21. November, abends 8 Uhr im Lokal Rundhahn in Gröbers: Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Rektor Gommert (Ammendorf). Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Fischerbek. Sonnabend, den 21. November, abends 8 Uhr im Lokal Siebau: Mitgliederversammlung. Die Mitglieder werden ersucht, restlos zu erscheinen.

Beesenlaublingen. Sonnabend, den 21. November, abends 8 Uhr, im Lokal „Zur Linde": Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Petsch (Halle). Das Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

Lenna. Heute abend 8 Uhr im Jugendheim Parteiabend: „Was muß der Arbeiter von der Invalidenversicherung wissen" und „Wenn eine Frau den Arbeiterrat wüßte, was eine Witwe weiß". Referent: Genosse Buchwald.

Dürrenberg. Arbeiterwohlfahrt. Jeden Mittwoch 19 Uhr Lützener Straße 54 part. links: Nähabend.

Bockwitz. Sonnabend, den 28. November, abends 8 Uhr im Volkshaus: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Bericht von der letzten Gemeindevertretersitzung, „Das Reichsbanner und wir", Parteiangelegenheiten. In Anbetracht dieser außerordentlichen Tagesordnung ergeht der Pflichtruf an die Funktionäre, Mitglieder des Reichsbanners und der Partei, sich restlos einzufinden.

Bebuse. Sonnabend, den 21. November, 20 Uhr im Gasthof Teufel: öffentliche Einwohnerversammlung. — Thema in beiden Versammlungen: „Harzburger Allerlei". Redner: Emil Bogusky (Schimmelwalde). Alle Einwohner sind zu diesen Versammlungen eingeladen.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold
Bund deutscher Reichsbannerkameraden und Freunde der L. V.

Kreis Torgau, Liebenwerda und Schweinitz. Sonntag, den 22. November, vormittags 10 Uhr in Falkenberg im Lokal „Kaiserhof" im Beisein des Gauleiters Kameraden Gebhardt: Konferenz der Kassierer aller Reichsbannerortsgruppen obiger Kreise. Kein Ortsvereinskassierer darf fehlen.

Großhandelspreise für Private

Schweizer Werke
Echt Silber, 800 gestempelt 5.—
Gold-Double, 5 Jahre Garantie 6.—
Echt Gold, 585 gestempelt . . 9,50

Herren-Armband-Uhren
Echt Silber, 800 gestempelt . . 6.—
Deutsche Taschenuhr, Anker 2.—
Taschenuhr, echt Silber, 800 . . 7,50

Ferner vorzüglich geprüfte
Qualitäts Marken-Uhren
Mutha- und Mucee-Präzision
Vorteile bis 30 %
300 Muster 15—250 Mark
Katalog gratis
Für jede Uhr schriftliche Garantie
Uhrenhaus Präzision
Versand G. m. b. H.
Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 63
Verkaufsstellen:
Leipzig, Neumarkt 24
Dresden, Amalienstraße 13
Magdeburg, Breiter Weg 36
Hannover, Bahnhofstraße 6/7
Breslau, Schweidnitzer Straße 54
Direkter Versand an Private!

Sie sollten es doch nun endlich wissen, daß Sie Ihre Anzeigen auch im Volksblatt aufgeben **müssen!**

Stadttheater
Heute, Freitag, 20—2 Uhr:
Liebeiei
Schauspiel von A. Schnitzler
Sonnabend, 20—23½ Uhr
Im weißen Rößl
Revue-Operette von Ralph Benatzky

Walhalla
8 Uhr. Tel. 288 88
Täglich d. Meisteroperette
Der Zigeunerbaron
von Joh. Strauß.
Sonntag:
2 Vorstellungen
Näheres morgen

Der Herr deckt seinen Bedarf im
Straßburger Hutlager
Eisbein
Leipziger Str. 14
Wolthut 4.50
Haarhut 8.50

Wohnung
(2 Zim. u. Küche), monatl. 40.- RM., sofort zu vermieten
Leuna, Ebertstr. 86.

Einkauf aller Rohfelle Verkauf aller Art Pelzwaren
Gebr. Dangloweitz
Fischerplatz 2.

Neue Welt Kalender 1·9·3·2
104 Seiten stark, mit vielen Abbildungen . . . nur **50** Pfennig.
Bestellungen nehmen unsere sämtlichen Zeitungsausträger entgegen sowie
Volksblatt-Buchhandlung
Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 27

RADOJEWSKI
Das gute Riebeck Bier
Riebeck Bräu GBMH Halle a/S.
AM RIEBECKPLATZ 3A
ERÖFFNUNG
MONTAG 23. NOV.

Sonntag, den 22. November (Totensonntag), im „Volkspark":
Filmabend
Lohnbuchhalter Kremke
ein sozialer Film.
Gefahren der Berge
ein Wintersport und Skifilm.
1. Vorstellung 17 Uhr: RM. 0,30 und RM. 0,15 für Jugendliche und Erwerbslose.
2. Vorstellung 20 Uhr: RM. 0,35 und RM. 0,20 für Jugendliche und Erwerbslose.
T. V. „Die Naturfreunde", Ortsgruppe Halle-Süd

Inhaber preiswerte Schlafzimmer-Garnitur
Gebr. Eiche, Aufb. mit 180 cm m. Waschgarnitur Spiegel 79 Mk.
180 cm mit 3 tel. Aufsatz 96 Mk.
180 cm mit W. u. Spiegel 116 Mk.
160 cm m. W. u. Spiegel 148 Mk.
Fürgarderobe 27,— bis 75,— Mk.
Gebr. Jungblut Halle (Saale) Albrechtstraße 37

Kleine Anzeigen haben Erfolg!

Gut und billig
ist die Goldene Sieben.
Erbsen, gelbe gutkochend
Bohnen, weiß gutkochend
Eier-Auszugnudeln.

Margarine	1-Pfund-□	37 ₰
Bruchreis	1 Pfund	14 ₰
Schotten-Vollheringe	groß . . . 2 Stück	15 ₰
Weizengrieß	1 Pfund	24 ₰
Gemüse-Allerlei	2-Pfund-Dose	48 ₰

Das einzige Schutzzeichen für unsere Waren
GOLDENE SIEBEN in allen Stadtteilen
Rückvergütung 5 % in Rabattmarken
Neueröffnung!
Sonnabend, den 21. November, vormittags
Lutherplatz Nr. 3.

Gaststätten
die sich empfehlen.
Annaburg:
Gastwirtschaft Hoppe, Feldstraße
Eilenburg:
„Kaffee Bismarck" (Martin Kohlmann)
„Stadthalle" (E. Rühnemann), Bahnhofstraße
„Reichskanzler" (A. Henze), Torgauer Straße
„Zum Lindenaartier" (Schüller), Dübener Str.
„Reichskrone" (L. Winkler), Wurzener Landstr.
„Volkshaus", Rühnemann), Mühlplatz
Gasthof Muldental (Rud. Schäfer)
„Zum Bergschlößchen" (Artur Bertram)
Delitzsch:
„Elbertzmühle" (Franz Ohme)
„Goldene Kugel", Grünstraße 3.
„Lindenhof", Grünstraße 48.
„Nordschlößchen" (G. Eichte), Nordplatz 12
„Goldener Ring", Markt 22.
Kreischa bei Torgau:
Gasthof und Gartenlokal Karl Seidel
Pflückuff (Kreis Torgau):
Restaurant Schneidemühl
In Schildau:
„Zur guten Quelle" (W. Naumann)
Torgau:
Restaur. „Bürgergarten" (Hans Zwiebel)
„Zur guten Quelle" (Wiesgang), Schulgenstr. 16
Jede Zeile kostet monatlich 1,— Mark.
Der Betrag wird mit dem Bezugsgeld eingezogen.

Noch 24 Stunden Gedruck!
der **Total-Ausverkauf** wegen vollständiger Geschäftsaufgabe
bei **Brandt Merseburg**
beginnt erst morgen!
Heute wegen der gewaltigen Vorbereitungen geschlossen.

Bockwitzer Ländchen

Christian Brüdemann Schuhmachermstr. Mückenberg
Maß- und Reparatur-Werkstatt. Wilhelm

Lichtspielhaus Haberland
Bockwitz
bringt stets gute Doppelschlager

Bett-Federn!

Halbdaunen	Pfd. 2,95	3,75	4,50
Dreivierteldaunen	Pfd. 5,75	6,50	
Volldaunen	Pfd 7,50		

Woll- und Strumpfhaus **Leipziger Str. 69**

F·E·M
Zigarren sind die besten
Eigene Fabrikation
Friedrich & Co
Merseburg, Bismarckstraße 38

KNAURS KONVERSATIONS-LEXIKON 2,85 RM.
von A—Z vollständig in einem Band
944 doppelspaltige Seiten. In Ganzleinen gebunden nur
35 000 Stichwörter. 2600 Illustrationen
70 einfarbige und bunte Tafeln und geographische Karten
Zahlreiche Übersichten. 115 statistische Schaubilder im Text
Volksblatt-Buchhandlung, Gr. Ulrichstr. 27

Nichtraucher in 3 Tagen Auskunft kostenlos Zantag-Tepo Halle a. S. 486 B

„Café Prinz" - Lauchhammer
empfiehlt seine Lokalitäten und ff. Konditorei.
Freitag u. Sonntag: Diebenbetrieb

Arbeiter
benutzt bei Bedarfsdeckung den
Konsumverein Bockwitz u. Umg.
dort erhaltet Ihr die vorzüglichen GEG-Produkte

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219311120-14/fragment/page=0012